Enough is enough!

Nr. 7
März/Mai '99

5,- DM

Zeitung für antirassistische und antifaschistische Politik und Kultur in Schleswig-Holstein

KEIN FRIEDEN MIT NAZIS

30. Januar, Kiel: Vielfältiger antifaschistischer Widerstand bereitet Nazis eine Niederlage!

Enough is enough!

Zeitung für antirassistische und antifaschistische Politik und Kultur in Schleswig - Holstein

Hg.:
Enough is Enough-
Redaktionskollektiv/Kiel,
Lübecker Bündnis gegen Rassismus

Redaktion:
c/o *Initiativenzentrum*
Schweffelstraße 6
24118 Kiel

Abo und Vertrieb:
c/o *alternative*
Willy-Brandt-Allee 9
23554 Lübeck

V.i.S.d.P.: A. Hoffmann

Bankverbindung:
A. Hoffmann
Kto. 408352-201
Postbank HH
BLZ 200 100 20
Stichwort: „*Enough*"

Auflage: 1000

Erscheinungsweise:
4x/Jahr

Abo:
20,- DM für 4 Ausgaben,
ab 5 Exemplaren 20% Rabatt
ab 30 Exemplaren 25% Rabatt

Inhalt

Inhalt

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

die Ausstellung „Vernichtungskrieg - Verbrechen der Wehrmacht 1941 - 1944" des Hamburger Instituts für Sozialforschung hat am 14. Februar ihre Pforten geschlossen; über 70.000 Menschen haben diese Ausstellung im Kieler Landeshaus gesehen. Trotz didaktischer Unzulänglichkeiten und politischer Mängel - zum Beispiel gibt es nur völlig unzureichende Hinweise auf die fortgesetzte Tätigkeit von Nazi-Generälen in der Bundeswehr - ist unser Eindruck von den vielen Begleitveranstaltungen, daß die Ausstellung und die umfassenden zusätzlichen Informationen, die durch eine Vielzahl von ReferentInnen geboten wurden, einen wichtigen Beitrag dafür geleistet haben, daß der Mythos von der „sauberen Wehrmacht" und dem „anständig gebliebenen Frontsoldaten" an Wirksamkeit verliert. Das Sonderheft zur Ausstellung, das wir gemeinsam mit der Zeitschrift „Gegenwind" und dem „Bildungswerk anderes lernen e.V." gemacht haben, ist in großer Auflage verbreitet worden und hat uns einige neue Abos gebracht.

Nicht zufällig hat die CDU massive Hetze gegen die Ausstellung und die Begleitveranstaltungen betrieben; selbst der frühere Verteidigungsminister Stoltenberg wurde in die Bütt' geschickt - und handelte sich gleich eine Klage des Hamburger Instituts für Sozialforschung ein. So ist ihm in Zukunft gerichtlich untersagt, den verantwortlichen Leiter der Ausstellung als „Lügner" oder „Fälscher" zu bezeichnen.

Die Hetze der CDU und eine landesweite Kampagne der extrem rechten „Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft" (SWG) waren geradezu eine Einladung an die bundesweite Nazi-Szene, auch in Kiel gegen die Ausstellung zu demonstrieren und dabei öffentlich NS-Propaganda zu verbreiten. Natürlich enthält dieses Heft eine ausführliche Darstellung der Nazi-Demonstration und der Gegenaktivitäten, die dazu geführt haben, daß die Nazis - erstmals seit längerer Zeit - einen Aufmarsch abbrechen mußten. Diesen antifaschistischen Erfolg gilt es nun zu stabilisieren.

Der mit der Unterschriftensammlung der CDU/CSU gegen die doppelte Staatsbürgerschaft betriebenen rassistischen und völkischen Stimmungsmache muß auch in Schleswig-Holstein deutlich entgegengetreten werden. Das muß nicht mit einer Verteidigung des völlig unzureichenden Gesetzentwurfs der Bundesregierung einhergehen, zumal SPD und Bündnis '90/Die Grünen schon wieder vor der reaktionären Kampagne von CDU/CSU eingeknickt sind. Orientierung antifaschistischer Kräfte ist vielmehr die Forderung nach gleichen Rechten für alle und Beseitigung jeglicher Sondergesetzgebung für EinwanderInnen und Flüchtlinge sowie die aktive Solidarität mit ihnen gegen den Terror der Faschisten. Der Tod des algerischen Asylbewerbers Omar Ben Noui in Guben ist das jüngste Beispiel für die Auswirkungen des so verbreiteten Rassismus in diesem Land.

Eure

Enough is enough!

-Redaktion

„Hier marschiert der nationale Widerstand"

So tönte es am 30. Januar stundenlang durch die Straßen Kiels. Aber von marschieren konnte nicht die Rede sein. Im Gegenteil - trotz des massiven Aufgebotes an Polizeikräften konnte die JN-Demonstration gegen die Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht" nur ca. 300 Meter auf der geplanten Demonstrationsroute vorankommen, und dies auch nur im Schneckentempo. Selbst der Rückweg wurde schwierig und so hatte die gesammelte Nazitruppe am Ende eines langen Tages gerade einmal einen Kilometer zurückgelegt, bevor sie nach endlosem Warten auf ihre Busse endlich abreisen konnte.

Kurz vor 12 Uhr war der Buskonvoi, in dem die meisten der Teilnehmer an der Nazidemonstration anreisten, am Kieler Wilhelmplatz, dem Ort der Auftaktkundgebung, angekommen. Zu diesem Zeitpunkt hatte die antifaschistische Gegendemonstration auf dem Europaplatz schon längst ihre Auftaktkundgebung abgeschlossen und sich in Richtung Alter Markt zum Berliner Platz in Bewegung gesetzt, wo eine Zwischenkundgebung durchgeführt wurde.

Eindeutiger Verstoß gegen das Uniformverbot

Die ersten Teilnehmer an der Nazidemonstration waren bereits um 11.30 Uhr eingetroffen, es handelte sich um zwei nicht ganz besetzte Busse und etwa 30 Nazis, die individuell angereist waren. Der Hauptkonvoi bestand aus 10 Bussen, die aus Mecklenburg-Vorpommern, Berlin, Niedersachsen und Hamburg kamen. Zu diesen insgesamt ca. 600 Personen gesellte sich noch ein kleinerer Konvoi von Schleswig-Holsteinischen Nazis, die sich in Neumünster vor dem Club 88 gesammelt hatten und mit 15 Pkw anreisten. Insgesamt waren es höchstens 750 Teilnehmer. Die Leitung der Veranstaltung lag bei altbekannten Kadern von inzwischen verbotenen Naziorganisationen, so **Christian Worch**, der mit dem Anmelder die Verhandlungen gegenüber der Polizei übernahm, und der eigentliche Veranstaltungsleiter war, **Tim Bartling** (***Club 88***), **Thorsten Heise** (***FAP***), **Thorsten DeVries** (***DKB, NL-HH***), **Oliver Schweigert** (***Anti-Antifa***).

Schon während die Nazidemonstration sich gegen 12 Uhr sammelte und abmarschbereit machte, hatten sich ungefähr 120 AntifaschistInnen, völlig unabhängig von der antifaschistischen Demonstration, die sich zu diesem Zeitpunkt auf dem Weg vom Berliner Platz zum Alten Markt befand, in der Nähe des Wilhelmplatz eingefunden und versuchten friedlich die Möllingstraße zu blockieren. Die Polizei versuchte diese Gruppe wegzudrängen, schaffte dies aber nicht, weil die AntifaschistInnen flexibel genug waren, immer wieder in eine Seitenstraße zurückzuweichen. Angesichts der Größenverhältnisse ließ die Polizei, nach einigen Debatten um die Uniformierung der Teilnehmer der Nazidemo, die durch das Wenden einiger Jacken beendet wurden, diese gegen 13 Uhr losmarschieren. Niemand hatte damit gerechnet, daß die AntifaschistInnen sich diesem Marsch entgegenstellen würden. Tatsächlich reagierten die Nazis allerdings mit panischem Rückzug, als ihnen etwa 150 AntifaschistInnen entgegenkamen. Erst eine halbe Stunde später konnten sie dann tatsächlich losgehen, nachdem die Polizei die seitlichen Straßen abgesperrt hatte. Trotzdem kam der Marsch immer wieder zum Stehen, da AntifaschistInnen die Straße zu blockieren versuchten. Zeitgleich hatten andere AntifaschistInnen auf der geplanten Demoroute, nur wenige hundert Meter weiter, einige Straßenblockaden errichtet, die später teilweise angezündet wurden. Es handelte sich im wesentlichen um umgekippte Müllcontainer. Daher kam die Nazidemonstration nach nur hundert Metern, ein Teil der Teilnehmer befand sich immer noch auf dem Wilhelmplatz, wieder für längere Zeit zum Stehen. Erst um 14 Uhr

„Wir machen den Weg frei...“, ihre Polizei

war der Knooper Weg soweit freigeräumt, daß die Nazis langsam weitermarschieren konnten.

Zu diesem Zeitpunkt hatte die antifaschistische Demonstration mit ihren 2500 TeilnehmerInnen auf dem Alten Markt entschieden, die Demonstrationsroute nicht wie geplant bis zum Landtag durchzuführen, sondern an dieser Stelle abzubrechen, um nicht den Nazis die Innenstadt freizugeben. Gut 1000 Menschen bewegten sich daraufhin vom Alten Markt aus zum Martinsdamm und blockierten dort die Straße, auf der die Nazis ursprünglich hätten marschieren sollen.

Ein deutscher Recke:
Vorher und Nachher (kleines Bild)

Diese jedoch bogen gegen 14.30 Uhr vom Knooper Weg in den Fleethörn, also von der geplanten Route ab, nachdem die Polizei den Knooper Weg nicht freibekam -sie hatten also auf dem Knooper Weg gerade einmal 250 Meter zurückgelegt. Und tatsächlich befand sich der hintere Teil der Nazidemonstration immer noch auf dem Knooper Weg, als Christian Worch um 15.25 Uhr per Lautsprecher ankündigte, die Demonstration könne nicht mehr in der geplanten Form durchgeführt werden und man würde nun zurück marschieren.

Dieser Rückzug klappte aber nun auch nicht mehr problemlos. Die große antifaschistische Blockade hatte sich nämlich, nachdem bekannt geworden war, daß die Nazis in den Fleethörn abgebogen waren, schnell und geschlossen zur Rathausstraße und von dort aus in den unteren Teil der Fleethörn bewegt, wo sie sich nun den Polizeikräften und Wasserwerfern gegenüber sahen, die vor der Nazidemonstration hermarschierten. Gleichzeitig hatten sich größere Gruppen von Antifas am Exerzierplatz und in der Möllingstraße eingefunden, wo sie weitere Hindernisse errichteten. Die Polizei ging in der Fleethörn mit Wasserwerfern gegen die Blockade vor, schaffte es aber nicht, den Weg freizumachen. Gegen 16.30 Uhr gelang es der Polizei allerdings die Muhliusstraße und den Knooper Weg soweit freizumachen, daß die Nazis in Richtung Kronshagener Weg und zurück zum Wilhelmplatz marschieren konnten. Auf diesem Rückzug konnten die deutschen Recken dann auch erstmals marschieren, da die AntifaschistInnen offensichtlich kein allzu großes Interesse mehr hatten, ihre Abreise noch weiter zu verzögern. Zurück am Wilhelmplatz wurden die Abschlußreden gehalten, unter anderem von **Ingo Stawitz**, der der Stadt Kiel auch gleich Rache schwor, denn sie würden wiederkommen ... . Erst nach 18 Uhr waren die Busfahrer der Nazis bereit, mit den Bussen zum Wilhelmplatz zu kommen, um ihre Besatzungen abzuholen. Nach weiteren Verzögerungen wurden die Busse schließlich gegen 19 Uhr mit großem Polizeischutz auf die Autobahn gebracht und bis Bad Bramstedt begleitet.

Neben den vollmundigen Reden stellte sich die Nazidemonstration insbesondere durch offen faschistische Parolen dar, die von der überwiegenden Mehrheit der Teilnehmer mitgegröhlt wurden: *„Jetzt oder nie - Euthanasie“* gehörte dabei zu den beliebtesten. Auch, und soweit mangelte es der Berichterstattung nach dem 30. Januar an Ehrlichkeit, wurden aus der Nazidemonstration heraus massiv Steine und anderes geworfen, wobei die Polizei an keinem Punkt einschritt. Deren Verhalten war maßgeblich davon geprägt, daß sie auf jeden Fall eine Auflösung der Nazidemonstration verhindern wollte.

HA

AntifaschistInnen machten den Nazis das Durchkommen immer schwerer...

...und staunten nicht schlecht, als der Marsch zum Stehen kam.

...wenig später mußten sie allerdings schon die Köpfe einziehen...

Noch konnten sich die Nazis ungestört sammeln...

Tatsächlicher Weg der Nazis

•••• Die ursprünglich geplante Route

...nd schwerer...

... und blockierten entschlossen den Weg in die Innenstadt, was zum Abbruch des Naziaufmarsches führte!

Auch mit Holfe von Wasserwerfern konnte eine weitere Blockade nicht verhindert werden!

Über 2000 Menschen demonstrierten bereits am Vormittag in der Kieler Innenstadt gegen den geplanten Naziaufmarsch

Ein Verbot wie dieses, ist kein Verbot, Herr Gansel!

Mit einer Richterschelte reagierte der Kieler Bürgermeister auf die Aufhebung des Verbotes der JN-Demonstration am 30.1.99 durch das Verwaltungsgericht Schleswig. „Mit Rücksicht auf die Polizei" ging die Stadt dann allerdings nicht weiter gegen den Richterspruch vor; eine Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts wäre womöglich erst am 30.1. selbst ergangen und hätte nach Ansicht der Stadt, die Planung des Tages für die Polizei nur schwieriger gemacht.

Tatsächlich kann es eineN jedoch nur wundern, daß der Oberbürgermeister sich durch den Richterspruch überrascht zeigte. Die Verbotsbegründung war jedenfalls geprägt durch Belanglosigkeiten. Ganz allgemein wurde auf die Möglichkeit von Straftaten und Auseinandersetzungen mit GegendemonstrantInnen, insbesondere aber auf die Möglichkeit der Beleidigung gegenüber Wehrmachtsangehörigen abgestellt, die durch die Vereinnahmung durch die ***JN*** in ihrer Ehre gekränkt sein könnten.

Die Demonstrationsfreiheit ist ja zurecht ein besonders hoch anzusiedelndes Grundrecht. Insofern sollte ein Verbot einer Demonstration nur ausgesprochen werden, wenn tatsächlich erhebliche Gefahren für andere von einer solchen auszugehen drohen. In diesem Sinne hätte die Stadt konkret vortragen müssen, welche Gefahren hier zu sehen waren. Dies wäre sicherlich möglich gewesen, hätte man sich tatsächlich und politisch mit den vergangenen Nazidemonstrationen in Schleswig-Holstein und der Bundesrepublik auseinandergesetzt. Zahlreiche Straftaten aus diesen Demonstrationen heraus, die tatsächliche Leitung solcher Demonstrationen durch den Kreis der verbotenen ***Nationalen Liste*** und deren Chef **Christian Worch** unter Verwendung eines Strohmannes als Anmelder, gewalttätige Übergriffe im Vorfeld und nach solchen Demonstrationen, Anschläge im Anschluß, die direkte positive Bezugnahme auf sie SS und den Nationalsozialismus schon in der öffentlichen Demonstrationsankündigung - die Liste der Punkte, die dem Verwaltungsgericht die Entscheidung

Oberbürgermeister Gansel

schwer gemacht hätten ist lang. Doch keines dieser Argumente tauchte in der Verbotsbegründung auf.

Stattdessen wurde selbst die erwartete Zahl an Teilnehmern der JN-Demonstration mit etwa 300 denkbar niedrig angegeben. Bei den Demonstrationen dieses Spektrums gegen die Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht" waren regelmäßig deutlich mehr Teilnehmer erschienen. Die Stadt hatte darüber hinaus lediglich mit 800 TeilnehmerInnen der antifaschistischen Demonstration gerechnet. Daß aus Anlaß der Ausstellung in Kiel sehr viel mehr Menschen, gerade am Jahrestag der Machtübergabe an die Nazis, auf die Straße gehen würden, war klar. Klar war auch, daß bei einer Demonstrationsroute der JN, die zum Einen an der Ostseehalle vorbeiführen sollte, in der um 15 Uhr einige Tausend Menschen zu einem Handballspiel erwartet wurden, und zum Anderen entlang der Innenstadt geben sollte, wo in der letzten Woche des Winterschlußverkaufs langer Samstag war, das Chaos vorprogrammiert war.

Zuletzt wäre es tatsächlich, wie zwischenzeitlich geplant, möglich gewesen, die Demonstration wegen Verstoß gegen das Uniformverbot aufzulösen und die ganze Truppe schnell nach Hause zu schicken. Große Teile der Demonstration waren quasi uniformiert, daran änderte auch das Umdrehen einiger Jacken nichts. Die Demonstration provozierte auch von Anfang an mit strafbaren Parolen und schon bald mit Gewalttätigkeiten, wie Steinwürfen. Alles dies wurde jedoch einer absurden polizeilichen Taktik geopfert.

Letztendlich hätte die Stadt Kiel sicherlich größere Chancen für ein Verbot gehabt, wenn sie sich in der Begründung nicht im Wesentlichen auf die Ankündigung von *„gewalttätigen Auseinandersetzungen"* beschränkt, sondern dezidiert mit den vergangenen vergleichbaren Demonstrationen auseinandergesetzt hätte. Die Richterschelte des Herrn Gansel kann jedoch nicht davon ablenken, daß die unzureichende Verbotsbegründung allein auf eigenem Mist gewachsen ist. Insgesamt ist wieder einmal festzustellen, daß unter dem Vorwand eines Verbots eine gesellschaftliche Auseinandersetzung vermieden werden sollte. Die Hoffnung mit einem Verbot die BürgerInnen zu beruhigen und ansonsten zur Tagesordnung überzugehen, hat sich allerdings wieder einmal nicht erfüllt. Es wäre sicherlich besser gewesen kein Verbot zu verhängen und stattdessen alles mögliche dafür zu tun, um mit zig-tausend Menschen die Stadt von vornherein für die Nazis unpassierbar zu machen. Eine polizeiliche Entscheidung, die Nazis nicht marschieren zu lassen, wäre dann unproblematisch und sofort vollziehbar gewesen.

HA

Gruß- und Solidaritätsadressen

To our comrades in the German antifascist movement

The editorial group of Monitor and all Norwegian antifascists we work together with wants to express our support to your antifascist demonstration in Kiel on January 30. On this symbolic anniversary of the nazi-take-over in Germany, we find it outrageous that Nazis are allowed to march in defence of their crimes in the past. We hope you will succeed in giving them a hard time.

No pasaran !

Oslo, January 26.1999 The editorial group of Monitor

Grußwort des SSW im Landtag zur "Kundgebung und Demonstration gegen Nazi-Aufmarsch und braune Umtriebe in Schleswig-Holstein"!

Anläßlich der Kundgebung und Demonstration in Kiel auf dem Europa-Platz am Samstag den 30. Januar 1999 wird den Teilnehmern folgendes Grußwort der Vorsitzenden des SSW im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Anke Spoorendonk, überbracht:

Der SSW im Schleswig-Holsteinischen Landtag fordert alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer der heutigen Versammlung auf, friedlich und mit Würde gegen die Aktivitäten rechter und rechtsradikaler Gruppierungen und Organisationen in Verbindung mit der Wehrmachtsausstellung im Kieler Landtag zu demonstrieren.

Der SSW hat von Anfang an die Bestrebungen des Landtagspräsidenten unterstützt, die Wehrmachtsausstellung im Landeshaus zu zeigen. Wir brauchen die politische Auseinandersetzung. Und wo sonst wird politische Öffentlichkeit hergestellt, wenn nicht im Landeshaus.

Die Wehrmachtsausstellung rührt an dem Kern der Legendenbildung der deutschen Nachkriegsgesellschaft und ihrer Vergangenheitsbewältigung. Wer heute noch an dem Mythos der „sauberen Wehrmacht" festhält, verdrängt, daß sich die Organisation „Wehrmacht" von 1941 bis 1944 an den Verbrechen des Krieges beteiligte - dafür gibt es genügend Beweise.

Die große Anzahl der Besucher - bisher über 25.000 - beweisen, daß diese Ausstellung wichtig und richtig ist. Sie ist ein längst überfälliger Beitrag zur Vergangenheitsbewältigung, weil sie - wie es mein Vorgänger der SSW-Landtagsabgeordnete Karl-Otto-Meyer ausdrückte - „den Weg frei macht für das Gespräch zwischen den Generationen über die Zeit von 1933 bis 1945."

In diesem Sinne wünsche ich Ihrer Veranstaltung einen vollen Erfolg.

expo

Solidaritätserklärung für die antifaschistische Demonstration in Kiel am 30.1.1999

Wir haben erfahren, daß am 30. Januar, dem Jahrestag der Machtübergabe an den Hitlerfaschismus, die Faschisten sich erneut die Straße zu eigen machen wollen, um die Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht" anzugreifen, die die Wahrheit über die Greueltaten der Nazis zeigt. Die antifaschistische Zeitschrift Expo erklärt hiermit stellvertretend für die antifaschistische Bewegung in Schweden und als Teil des internationalen Netzwerks aus Antifa-Infoblatt, Searchlight (Gro?britannien), Reflexes (Frankreich) und Monitor (Norwegen) dieser Demonstration seine volle Unterstützung und Solidarität.

Krossa fascismen!
Stockholm, 28.1.1999

Stellungnahme der Gruppe „Avanti -Projekt undogmatische Line“

Der 30. Januar - eine Niederlage für die Nazis

Gegen den Versuch von Alt- und Neonazis, am 30. Januar 1999 durch Kiel zu ziehen, hat es erfolgreiche antifaschistische Proteste und Gegenwehr gegeben: Die Nazis mußten auf den größten Teil des von ihnen gerichtlich eingeklagten Weges verzichten und zu ihren Bussen zurückkehren.

Am Antifaschistischen Aktionsbündnis in Kiel, der landesweiten Mobilisierung sowie an der Durchführung der Demonstration und der Behinderungsaktionen waren wir beteiligt. Diese Stellungnahme ist der Versuch einer Aus- und Bewertung des 30. Januar 1999 in Kiel, die einige Erfolgsfaktoren, aber auch Fehler und Grenzen der antifaschistischen Gegenaktivitäten zu benennen versucht, um damit ein Lernen für zukünftiges Handeln zu ermöglichen.

Wir bewerten die antifaschistischen Aktivitäten an diesem Tag insgesamt als politischen Erfolg. Für uns machen drei Aspekte diesen Erfolg aus:

a) Seit langer Zeit ist es in Kiel wieder gelungen, eine große Zahl von Menschen zu einer antifaschistischen Demonstration zu mobilisieren.

b) Die Nazis mußten ihren Aufmarsch abbrechen und haben eine Niederlage erlitten.

c) Ein beträchtlicher Teil der Demonstrierenden hat sich dem Nazi-Aufmarsch direkt in den Weg gestellt.

zu a) Mit mindestens 2.500 Teilnehmenden aus verschiedenen politischen Spektren, die meisten davon jedoch unorganisiert, war die antifaschistische Demonstration in Kiel eine der größten der letzten Jahre. Während bspw. interne Nazi-Treffen in Landgasthöfen o.ä. weitgehend unbeachtet bleiben, ruft ein solch öffentliches Auftreten von Nazis immer noch Empörung und den Willen zu Protest hervor. Die

Versprochen ist versprochen...

Mobilisierung gelang also, weil für die vielen Menschen, denen es eine nicht akzeptable Vorstellung war, daß Nazis - insbesondere am 30. Januar, dem Tag der Machtübertragung - durch Kiel ziehen wollten, mit der Demonstration ein Angebot gemacht wurde, diesen Protest öffentlich und gemeinsam mit anderen zu äußern. Die Breite des Aufruferkreises von letztlich über 80 Gruppen und Organisationen aus verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen hat viele Teilnehmende ermutigt, an diesem Tag auf die Straße zu gehen. Die breite Beteiligung von AntifaschistInnen aus anderen Orten Schleswig-Holsteins an den Gegenaktivitäten ist zudem auch Ausdruck der verbesserten Zusammenarbeit und intensivierter Kontakte antifaschistisch tätiger Gruppen in Schleswig-Holstein in den letzten zwei bis drei Jahren. Dies gilt es fortzusetzen.

Diese Mobilisierung gelang - auch das gilt es zu sehen - trotz einer Informationsblockade der örtlichen Monopolpresse, die Pressemitteilungen des Antifaschistischen Aktionsbündnisses weitgehend ignorierte, und gegen die Blockadehaltung großer Teile der SPD, der Gewerkschaften und der Landtagsfraktion von Bündnis '90/Die Grünen. Erfolglos hatte das Antifaschistische Aktionsbündnis versucht, auch SPD und Gewerkschaften frühzeitig zu einer öffentlichen und tatkräftigen Unterstützung der Gegenaktivitäten zu bewegen. Lediglich die Jusos und die SPD-Landtagsabgeordnete Ulrike Rodust ließen ihrer antifaschistischen Einstellung auch einen öffentlichen Aufruf zur Teilnahme an der Gegendemonstration folgen - nicht ohne darauf hinzuweisen, man dürfe *„jetzt nicht das Feld den autonomen und gewaltbereiten linken Splittergruppen überlassen“* (Jusos) bzw. es sei "nicht zu verhindern", daß *„bei der Gegendemonstration Menschen auftauchen werden, die eher dem linken Rand zuzuordnen sind“* (Rodust).

Bei der SPD steht das antifaschistische Selbstverständnis weitgehend nur noch auf dem Papier, wenn man nicht ohnehin gerade dabei ist, die Lebenssituation von Flüchtlingen wei-

ter zu erschweren oder bei der Doppelten Staatsbürgerschaft vor der rechten Hetzkampagne einzuknikken. Statt deutlicher Mobilisierung und Aufruf zu aktivem Engagement der Menschen gegen Neonazis und braune Umtriebe verließen sich die Spitzen von SPD und Gewerkschaften lange auf das Verbot durch die Stadt Kiel und beließen es ansonsten bei papierenen Erklärungen. So hieß es in einer Erklärung, die u.a. von Willi Piecyk (für die SPD Schleswig-Holstein), Peter Deutschland (für den DGB Nordmark) und Horst Herchenröder (für den Kieler DGB) unterzeichnet worden ist: *„Sollte das Demonstrationsverbot der Stadt Kiel gerichtlich aufgehoben und gegen den Aufmarsch der Neonazis protestiert werden, haben wir Verständnis, wenn Menschen unabhängig von ihren sonstigen politischen Überzeugungen, dagegen friedlich und gewaltfrei protestieren."* Man *„hat(te) Verständnis"*, tat jedoch nichts, um den Nazis ihren Marsch durch Kiel unmöglich zu machen. Trotz der Sonntagsreden von SPD- und DGB-Spitze beteiligte sich auch eine beträchtliche Zahl von SPD- und Gewerkschaftsmitgliedern an der Demonstration und der folgenden Aktion des zivilen Ungehorsams, die die Marschroute der Nazis am Fuß der Bergstraße erfolgreich blokkierte.

Wir hätten es begrüßt, wenn SPD und Gewerkschaften frühzeitig und öffentlich eindeutig gegen den Nazi-Aufmarsch und die polemische Kampagne der CDU Stellung genommen hätten und dieser eine aktive Mobilisierung der Parteimitglieder bzw. der Kollegen und Kolleginnen in den Betrieben und Ämtern hätten folgen lassen. Vielleicht wären dann doppelt oder dreimal so viele Demonstrierende auf der Straße gewesen. Das politische Signal, daß viele Menschen sich von den Nazis nicht einschüchtern lassen wollen und bereit sind, gegen deren Aktivitäten zu protestieren und Widerstand zu leisten, wäre noch kräftiger gewesen.

Unser Ziel bleibt es, die Nazis zu isolieren, nationalistisches, rassistisches und antisemitisches Denken und Handeln in dieser Gesellschaft zurückzudrängen und letztlich die

Materialblockaden wurden errichtet

ökonomischen und gesellschaftlichen Triebkräfte der faschistischen Gefahr zu beseitigen. Das geht z.B. bei der unmenschlichen Flüchtlingspolitik in diesem Land nicht ohne Kritik und politische Konfrontation auch mit der SPD und Bündnis '90/Die Grünen, die in Bonn und anderswo dafür politisch Verantwortung tragen. Inner- und außerhalb dieser Parteien, aber auch der Gewerkschaften gibt es aber nicht wenige, die sich trotz der gesellschaftlichen Entwicklung nach rechts (z.B. durch den sog. „Asyl-Kompromiß") weiterhin grundlegenden Wertvorstellungen und Zielen, wie z.B. gleiche soziale und politische Rechte für alle Menschen, verpflichtet fühlen. Für uns sind Aktionseinheiten und Bündnisse, wie das gegen den Nazi-Aufmarsch und braune Umtriebe am 30. Januar 1999, nicht nur deshalb wichtig, weil sie eine Basis dafür sind, mehr Menschen zu Protest und Widerstand auf die Straße zu bringen als dies *eine* politische Strömung oder Organisation alleine könnte, sondern auch, weil sie eine wichtige Möglichkeit sein können, die Diskussion um antifaschistische Strategie und Taktik auf breiterer Grundlage zu führen. Die im Vorfeld der Demonstration am 30. Januar geäußerte Einschätzung mancher Autonomer, daß nur die Autonomen noch in der Lage seien, Menschen zu Protest und Widerstand auf die Straße zu bringen und ein Bündnis daher verzichtbar sei, halten wir für falsch und politisch perspektivlos.

zu b) Die Nazis haben am 30. Januar in Kiel eine Niederlage erlitten. Dies mag angesichts der 800 Nazis aus dem gesamten Bundesgebiet, die nach Kiel gekommen sind, für manche eine überraschende Bewertung sein. Wir wollen sie hier begründen: Der Nazi-Aufmarsch ist im wesentlichen von Nazi-Kadern bzw. Mitgliedern inzwischen verbotener Organisationen organisiert worden, so z.B. **Thorsten Heise, Thorsten de Vries, Christian Worch, Thomas Wulff, Oliver Schweigert** und **Friedhelm Busse**. Die ***NPD***, deren Jugendorganisation aus Lübeck diesen Marsch angemeldet und deren Parteivorstandsmitglied **Eisenecker** als Rechtsanwalt die Aufhebung des Verbotes vor dem Schleswiger Verwaltungsgericht durchgesetzt hatte, spielte bei der Durchführung dieser Nazi-Aktion eine untergeordnete Rolle. Einmal mehr hat die NPD den Rahmen abgegeben für die Verbreitung offen nationalsozialistischer Propaganda, z.B. durch Parolen wie *„Jetzt oder nie - Euthanasie"* oder *„Ruhm und Ehre der Waffen-SS"*.

Die Nazis haben in ihren Pressemitteilungen nach dem Aufmarsch von einem Erfolg gesprochen, weil so viele FaschistInnen nach Kiel gekommen sind. Wir halten dies im wesentlichen für den Versuch, einen Erfolg herbeizureden. Zwar lag die Zahl der mobilisierten Nazis über den Erwartungen, aber Aufmärsche in dieser Größenordnung hat es in den vergangenen Jahren bereits mehrfach gegeben, z.B. im Oktober 1998 in

Die Polizei versuchte vergeblich den Nazis den Weg freizuräumen

Bonn. Insofern stellen sie - im Unterschied zu den Großdemonstrationen der NPD in München, Leipzig oder Rostock, die allerdings nur unter Einsatz der gesamten NPD-Parteiinfrastruktur möglich sind - keinen *außergewöhnlichen* Erfolg der Neonazis mehr dar. Für die eigentlichen Organisatoren des Nazi-Aufmarsches aus dem Kreis der verbotenen ***Nationalen Liste*** ist es allerdings möglich, sich mit dieser Teilnehmerzahl in der Konkurrenz der verschiedenen faschistischen Strömungen gegenüber der NPD zu profilieren.

Daß die Nazis überhaupt marschierten durften, d.h. daß das Schleswiger Verwaltungsgericht das Verbot der Stadt Kiel mit einer politischen Fehlentscheidung aufhob, ist kein unmittelbarer Erfolg der Nazis. Auf derartige Urteile können sie sich inzwischen ebenso weitgehend verlassen wie auf die Polizei, die ihnen in der Regel ihren Aufmarschweg freiräumt oder freiprügelt. (Auch für Kiel hatte die Polizei gegenüber der Anmelderin der antifaschistischen Demonstration angekündigt, daß etwaigen Störversuchen auf der Nazi-Route notfalls mit Massenfestnahmen begegnet werde. Erst während des Einsatzes stellte die Einsatzleitung fest, daß sie angesichts der großen Zahl von Neonazis und der vielfältigen Störaktionen sowie der großen antifaschistischen Blockade hierfür nicht über ausreichend Einsatzkräfte verfügte.) In unserem Flugblatt von Anfang Januar haben wir deutlich gemacht, welche Ziele die Neonazis mit solchen Aufmärschen verfolgen: "Für die neuen und alten Nazis erfüllen solche Aufmärsche wichtige Funktionen:

- *Mitläufer werden fester an die organisierten Faschisten gebunden;*
- *den Nazis wird ein Gemeinschaftserlebnis geboten, das ihnen ihre Sammlungs- und Organisationstätigkeit erleichtert;*
- *ungestört/ungestraft kann Nazi-Propaganda verbreitet werden;*
- *gegenüber Sympathisanten stellen sie die Aktionsfähigkeit unter Beweis;*
- *die Sichtweise, daß die Nazis kein Recht zu öffentlichen Auftritten haben dürfen, wird aufgeweicht.*

Diese Ziele erreichen die Nazis, wenn man - wie von Oberbürgermeister Gansel empfohlen - ihrem Treiben mit Fassung zusieht. **Daß die Neonazis eine politische Niederlage erlebt haben, liegt an der antifaschistischen Mobilisierung.** Sie hat die politische und räumliche Bewegungsfreiheit der Nazis eingeschränkt: Eine große Demonstration hat deutlich gemacht, daß viele Menschen den Nazis kein öffentliches Auftrittsrecht zubilligen wollen. Mit Materialblockaden und mit einer Aktion des zivilen Ungehorsams wurde die Strecke des Nazi-Aufmarsches blockiert. Sie wurden aus Wohnungen und auf ihrem Weg mit Abfällen beworfen und konnten letztlich nur etwa ¼ der geplanten Strecke gehen. Sprechchöre störten die Hetzparolen der Nazis, die mehrere Stunden lang mehr standen als marschierten und sich schließlich noch beim mehrstündigen Warten auf ihre Busse den Arsch abfroren. Gegenüber den Mitläufern und Sympathisanten war der Aufmarsch in Kiel keine Werbeveranstaltung, offenbarten die Nazi-Chefs ihre Hilflosigkeit gar mit der Überlegung, den Weitermarsch gegenüber der Polizei mit einer Sitzblockade durchsetzen zu wollen. An diesem Tag ist jedenfalls von den vollmundigen Ankündigungen der Nazis *„Hier marschiert der nationale Widerstand"* und *„Heute gehört die Straße uns"* nicht viel zu sehen gewesen.

zu c) Der Rückschlag der Nazis in Kiel am 30. Januar ist das Ergebnis eines Ansatzes, der verschiedene Aktionsformen in ihrer ergänzenden Wirkung ernstnimmt, d.h. sich weder einem rein legalistischen Protest verschreibt noch die Militanz zum politischen Konzept erhebt und damit einer Verwechslung von Militanz und politischer Radikalität das Wort redet. Zur Bedeutung der Demonstration haben wir bereits oben etwas gesagt; an ihr nahmen viele Menschen teil, für die von Anfang an feststand, daß sie die angemeldete Demoroute nicht ganz bis zum Landeshaus mitgehen würden, da dies bedeutet hätte, die Innenstadt den Nazis zu überlassen. Dieser Stimmung hat die Demonstrationsleitung richtigerweise Rechnung getragen und die Demo am Alten Markt vorzeitig aufgelöst. Von dort zogen etwa 1.000 AntifaschistInnen aus verschiedenen politischen Spektren los und besetzten die Nazi-Demoroute. Gegenüber der Polizei wurde von Anfang an deutlich gemacht, daß von dieser Blockade keine Konfrontation mit der Polizei gesucht würde. Diese Orientierung trug wesentlich zum Erfolg der Aktion bei, denn sie blieb für die Teilnehmenden weitgehend berechenbar. Es wurde das Maß der Regelverletzung vorgenommen (Besetzung einer Straße trotz Verbot

solcher „*spontaner Aktionen*"), was zur Erreichung des Ziels (Stop des Nazi-Aufmarsches) notwendig und der Erfahrung der meisten Teilnehmenden angemessen war. Für diejenigen, die an ihr teilgenommen haben, hat sich gezeigt, daß ihr Regelverstoß, d.h. ihr ernsthaftes und entschlossenes Auftreten gegen die Nazis, einen Beitrag zum politischen Erfolg dieses Tages geleistet hat. Viele von ihnen würden es in einer vergleichbaren Situation wieder tun. Darin sehen wir einen der wichtigsten Erfolge des Konzeptes.

Daher wäre es sinnvoll gewesen, diesen Charakter der Blockade auch in der Straße Fleethörn beizubehalten, wohin sich die Teilnehmenden der Blockade bewegten, nachdem sicher war, daß der Nazi-Aufmarsch nicht mehr in die Innenstadt führen würde. Im oberen Teil der Straße steckte der Nazi-Aufmarsch fest, begleitet/geschützt von Polizeieinheiten mit schwerem Gerät, u.a. Wasserwerfer. In dieser Situation ging es politisch vor allem darum, sicherzustellen, daß die Nazis auf keinen Fall noch weiter gehen können, sondern gezwungen werden, auf dem kürzesten Weg zu ihrem Ausgangsort zurückzukehren. Hierfür waren die Scharmützel mit der Polizei völlig überflüssig. Sie haben jedoch dazu geführt, daß sich ein beträchtlicher Teil derjenigen, die vorher an der Blockade teilgenommen haben, von da an vor allem als ZuschauerInnen gesehen hat. Diese Auseinandersetzung war nicht die ihre, denn für sie war nicht die Polizei der Gegner. Statt weitgehend losgelöst von den konkreten Umständen ohnmächtig gegen die Wasserwerfer anzurennen, wäre es politisch ertragreicher gewesen, die Aktion - wie zuvor - als entschlossene Blockade durchzuführen.

Besonders verantwortungslos haben auch am 30. Januar wieder solche „Helden" gehandelt, die Flaschen u.a. auf die Polizei werfen und dann - sobald die Polizei Wasserwerfer oder Schlagstock einsetzt - am schnellsten weglaufen. Dabei werden dann zum Teil auch andere Menschen umgerannt und in vielen Fällen unnötige Panik verbreitet. In solchen Situationen gilt immer noch, daß die Zahl der Festnahmen und Verletzten am geringsten ist, wenn sich viele Menschen unterhaken („Ketten bilden") und stehenbleiben bzw. langsam, rückwärts gehend zurückweichen. Die Bereitschaft zu einem solch entschlossenen Widerstehen hängt ganz wesentlich davon ab, ob es größere Gruppen gibt, die in solchen Situationen die der Polizei zugewandten Ketten bilden, und ob die Betroffenen den Polizeieinsatz als unmittelbar gegen ihr Anliegen und sich selbst gerichtet empfinden. Das wäre am 30. Januar für viele derjenigen, die sich im unteren Teil der Fleethörn aufhielten, bei einer Blockade sicherlich eher der Fall gewesen als bei den Scharmützeln, wie sie dann stattgefunden haben.

Zum Abbruch des Nazi-Aufmarsches haben auch die Behinderungen von antifaschistischen Gruppen in der Möllingstraße und im Knooper Weg beigetragen; diese Störaktionen haben die Nazis verunsichert und ihren Marsch verzögert. (Welchen Beitrag die Zerstörung etwa von Scheiben bei *Schlecker* oder *Foto-Dohse* politisch oder praktisch zur Verhinderung des Nazi-Aufmarsches geleistet hat, ist uns aber schleierhaft.) Sie haben ebenso ihren Teil dazu beigetragen, daß so mancher Nazi entnervt und demoralisiert aus Kiel abgefahren ist, wie Hunderte derjenigen, die den Rückweg der Nazis am Exerzierplatz und zum Wilhelmplatz noch mit antifaschistischen Sprechchören begleitet haben. Allerdings halten wir es für sinnvoll, ein politisch bestimmtes Ende militanter Störaktionen gegen die Nazi-Demo vorzunehmen. Ob es gelingt, noch einer Gruppe von Nazis ein paar Schellen zu verpassen, ist für den politischen Erfolg oder Mißerfolg eines solchen Tages in den allermeisten Fällen nicht mehr entscheidend. Insbesondere gegen Ende solcher Aktionen steigt aber die Zahl der Verhaftungen an, weil die Polizei entweder weitere Einheiten hinzuzieht oder ihre Kräfte umgruppiert und auf diese Aufgabe konzentriert. Meist ist bereits vorher entschieden, ob die Aktion ein politischer Erfolg für die Antifas war oder nicht.

Der 30. Januar 1999 in Kiel war ein Erfolg der antifaschistischen Bewegung. Die richtigen Ansätze weiterzuentwickeln und die Fehler in Zukunft zu vermeiden, das sind Aufgaben, die nun anstehen. Wie dieser politische Erfolg zudem dauerhaft gesichert werden kann, etwa in einer gemeinsamen Kampagne gegen die Unterschriften-Aktion der CDU/CSU und gegen die fortgesetzte Entrechtung von MigrantInnen und Flüchtlingen, ist ebenso dringlich zu diskutieren.

Avanti - Projekt Undogmatische Linke

Die Blockade am Kleinen Kiel ließ die Polizei endgültig verzweifeln und zwang die Nazis zur vorzeitigen Umkehr

Presseerklärung VVN
- Bund der Antifaschisten, Landesverband Schleswig-Holstein

Aufmarsch der neofaschistischen NPD und JN am 30.01.99 in Kiel

Der Landesverband Schleswig-Holstein der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten" begrüßt es, daß in Kiel ein breites Bündnis von ca. 60 Organisationen und Gruppen gebildet werden konnte und es somit zu einer mächtigen Demonstration gegen den Aufmarsch der faschistischen *Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD)* und *Junger Nationaldemokraten (JN)* kam. Dem Bündnis ist es auch zu verdanken, daß der Durchmarsch der NPD und JN durch die Innenstadt gewaltfrei gestoppt werden konnte. Daß es am Rande des Aufmarsches der Faschisten zu gewalttätigen Aktionen kam, die weder von der Polizei noch von autonomen Gruppen verhindert werden konnten, heißen wir nicht gut. Haben da Provokateure mitgemacht, wie wir das z.B. in Hamburg erlebt haben ? Diese Aktionen weisen allerdings daraufhin, welche enorme Wut junge Antifaschisten im Bauch haben, die sie nicht in adäquates politisches Vorgehen übertragen können. Wir wissen, daß in vielen Orten Schleswig-Holsteins gerade junge Antifaschisten und Antifaschistinnen der alltäglichen Gewalt von Faschisten ausgesetzt sind, die von den kommunalen politischen Instanzen und Amtsgerichten nicht entsprechend geahndet werden. Es sind NPD-Mitglieder, die Antifaschisten und Antifaschistinnen bedrohen, wenn z.B. gegen die Teilnahme der NPD an Wahlen protestiert wird, und es waren NPD-Mitglieder, die die Morde in Mölln im November 1992 verübt haben. Wir wenden uns gegen die Praktiken der Verwaltungsgerichte, die gegen den Willen der Städte und Gemeinden Aufmärsche neofaschistischer Parteien und Gruppen genehmigen. Auffallend dabei ist, daß demokratische Organisationen und Parteien mit der NPD gleichgesetzt werden. Die NPD und ihre Jugendorganisation JN machen in ihrem Vorgehen, ihren Schriften und mündlichen Aussagen deutlich, daß sie in der Tradition und der Nachfolge zur *NSDAP* bzw. zum deutschen Faschismus von 1933 stehen. Das wird auch dadurch bewiesen, daß sie den Jahrestag der Machtübertragung an Hitler am 30. Januar 1933 mit einem Aufmarsch feiern. Allein diese Tatsache wäre auch für die Richter Grund genug gewesen, den Aufmarsch zu verbieten - so Karl-Otto Meyer, dänischer Widerstandskämpfer gegen die Nazis und langjähriger Vertreter der dänischen Minderheit im Landtag, auf der Kundgebung. Die Gewerkschaft der Polizei hat mehrfach öffentlich kritisiert, daß Polizisten zum Schutz von Naziaufmärschen eingesetzt werden, zumal der grundgesetzwidrige Charakter dieser Demonstrationen schon von vornherein feststeht. In allen Reden zum Auschwitz-Tag am 27. Januar wurden Lehren aus der faschistischen Vergangenheit beschworen und die Bekämpfung von Rassismus und von nazistischer Ideologie angemahnt. Die Bemerkung von Norbert Gansel, Oberbürgermeister von Kiel, im Fernsehen, daß der *„Naziaufmarsch eine Schande für Kiel sei"*, ist in dieser Deutlichkeit zu begrüßen - das genügt aber nicht. Interviews mit Anwohner drückten deren Erschütterung aus, daß solch ein faschistischer Aufmarsch wie zu Hitlers Zeiten mit allem Pomp wieder möglich ist. Wir fordern die Politik auf, endlich den § 139 Grundgesetz ernstzunehmen und dafür zu sorgen, daß neofaschistische Parteien bzw. Gruppen wie die NPD oder JN verboten und aufgelöst werden und ihr Vermögen eingezogen wird. Als Sofortmaßnahme fordern wir die Landesregierung auf, die Richter energisch darauf hinzuweisen, daß sie die Möglichkeit haben, neofaschistische Aufmärsche zu verbieten oder zumindest stark einzuengen, wenn von derartigen Aufmärschen Gefahr für die Sicherheit der Bürger einer Gemeinde ausgeht oder verfassungsfeindliche Handlungen vorgenommen werden sollen. Das ist dringend erforderlich eingedenk der Opfer faschistischer Gewalt in der Vergangenheit und Gegenwart und unter Respektierung der Gefühle derjenigen, die das Naziregime überlebt haben. Dem Bündnis gegen den Naziaufmarsch, dem auch die „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten" in Kiel angehört, danken wir für die erfolgreiche Arbeit.

VVN/BdA, S-H

Stellungnahme der VVN/BdA und die aus Elmshorn

Widerstand nur zum Teil erfolgreich

Zum antifaschistischen Widerstand gegen den neofaschistischen Aufmarsch am 30. Januar, der gegen die Ausstellung *„Vernichtungskrieg - Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944"* hetzte, ein paar Ergebnisse aber auch Fragen: 2500 Menschen demonstrierten anfangs gegen den neofaschistischen Aufmarsch, die Hälfte beteiligte sich an Blockaden gegen die 800 aus ganz Deutschland angereisten Neonazis. Dadurch mußte der neofaschistische Aufmarsch mehrmals umgelenkt und letztlich zum Ausgangsort zurückgeführt werden. Den Nazis wurde gezeigt, daß sie sich trotz genehmigter Demonstration durch das Schleswiger Ver-

waltungsgericht nicht ungehindert und nur durch ein massives Polizeiaufgebot geschützt, im öffentlichen Raum bewegen konnten. Für die Auftaktkundgebung des antifaschistischen Widerstandes konnten der ehemalige Landtagsabgeordnete Karl-Otto Meyer vom SSW, Mattäus Weiß von den Sinti und Roma in Schleswig-Holstein, Peter Swane vom Landesvorstand der Grünen und Eckart Colmorgen vom „Arbeitskreis zur Erforschung des Nationalsozialismus" gewonnen werden. Die Auflösung der Demonstration nach mehreren langanhaltenden Zwischenkundgebungen auf halber Strecke durch die Veranstalter überraschte nicht nur die Polizei, sondern auch viele Teilnehmer, die auch so bereit gewesen wären, sich den Faschisten nach durchgeführter Demonstration entgegenzustellen. In der bürgerlichen Presse wurde dann der „Chaostag" in der Landeshauptstadt vermeldet, die Inhalte der Reden komplett unterschlagen. Die antifaschistische Demonstration, eine Kritik an der Hetze der CDU gegen die Ausstellung, die offensichtlich nach Hannover, dort waren ca. 180 Nazis gegen die Wehrmachtsausstellung angetreten, den braunen Gestalten wieder zu neuer Mobilisierung verhilft, trat in den Hintergrund.

Es fragt sich schon wie der Rahmen, den die bürgerliche Sichtweise der Dinge zieht, durchbrochen werden kann. Warum sollte es nicht gelingen, wesentlich mehr Menschen, bei den zigtausenden, die die Ausstellung besuchen, für den praktischen Widerstand gegen diejenigen, die die Verbrechen verteidigen, zu gewinnen. Eine durchgeführte Abschlußkundgebung hätte zumindest bei den vielen Besuchern an dem Tage Aufmerksamkeit für das antifaschistische Anliegen gefunden.

(rua / Elmshorner Gegensätze Nr.2 vom 12.2.1999)

Der Ermittlungssauschuß

Zu den Antifa-Aktionen gegen den Nazi-Aufmarsch am 30.1.'99 in Kiel

Am 30.1. konnte der Aufmarsch von ca. 1000 FaschistInnen durch eine große antifaschistische Demonstration erfolgreich gestört werden.

Vielfältige Aktionen, beginnend mit Blockaden und dem Bau von Barrikaden auf der angemeldeten Demonstrationsroute der Nazis, sowie direkte militante Angriffe auf den Nazi-Mob verhinderten, daß die Faschisten ihren Marsch wie geplant durchführen konnten.

Während dieser Aktionen kam es zu zahlreichen Übergriffen von Bullen in Uniform und in Zivil. 52 Menschen wurden festgenommen, 16 davon in sogenannte „Sicherungsverwahrung" (d.h. kein direkter Straftatvorwurf), die übrigen 36 Menschen wurden mit unterschiedlichen Vorwürfen gefangen genommen, überwiegend jedoch wegen „Schwerem Landfriedensbruch" und „Körperverletzung".

51 wurden noch am Abend wieder freigelassen, gegen einen dänischen Genossen wurde Haftbefehl erlassen. Er wurde am nächsten Morgen dem Haftrichter vorgeführt und gegen eine Kaution ebenfalls wieder rausgelassen.

Die Festnahmen wurden zum Teil auf brutale Weise durchgeführt. Zahlreiche Gefangene waren deshalb verletzt, u.a. gab es Kopfplatzwunden und Nieren- sowie andere Prellungen, ärztliche Behandlung wurde einigen Gefangenen verweigert.

Ein großer Teil der Gefangenen war in extra auf dem Polizeigelände aufgestellten, unbeheizten Containern eingesperrt - bis zu 7 Stunden bei Temperaturen von unter Null Grad. Das Recht zu Telefonieren wurde einem Teil der Gefangenen ohne Begründung verweigert – mit Sprüchen wie *„Du hast wohl zu viele Krimis gesehen"*.

Solidarität ist eine Waffe ! oder: Laßt die Kriminalisierten nicht allein!

Die festgenommenen Personen müssen nun mit Gerichtsverfahren rechnen, bei sogenannter „In-Gewahrsam-Nahme" (oder auch „Sicherungsverwahrung") haben die Betroffenen erstmal wahrscheinlich nichts mehr zu befürchten.

Vor dem Hintergrund militanter antifaschistischer Aktionen versuchen herrschende Medien und PolitikerInnen derzeit in Kiel ein politisches Klima zu schaffen („*...mit aller Härte gegen Gewalttäter vorgehen* ..."), in dem Antifaschismus, der sich staatlicher Kontrolle entzieht, entpolitisiert und kriminalisiert werden kann. Wir teilen die Einschätzung, daß die Repressionsorgane ein starkes Interesse an exemplarischen Verurteilungen Einzelner haben, die auf den gesamten Widerstand abschreckende Wirkung haben und die angekratzte Allmacht des Apparates wieder aufpolieren sollen. Es wird deshalb unserer Ansicht nach in den anstehenden Verfahren weniger um „Wahrheitsfindung" gehen, die Verteidigung der betroffenen AntifaschistInnen wird somit vor allem auf einer politischen Ebene stattfinden müssen. Trotzdem ist es auch unsere Aufgabe, die Bedingungen für den juristischen Teil der Gerichtsverfahren so gut wie möglich vorzubereiten. Deshalb rufen wir euch auf:

Wenn ihr am 30.1. festgenommen oder verletzt wurdet,

Wenn ihr Polizeieinsätze beobachtet habt, bei denen Menschen festgenommen oder verletzt wurden,

Wenn ihr sonstige Polizeiübergriffe erlebt oder beobachtet habt,

Wie schreibe ich ein Gedächtnisprotokoll?

Beispiel: Du hast eine Festnahme beobachtet:

- Wo und wann wurde die Person festgenommen?

- Wie viele Bullen waren beteiligt?

- Wie lief der Bulleneinsatz ab?

- Was passierte drum herum?

- Wurde der/die Festgenommene verletzt?

- Hat jemand Fotos gemacht, hast du eine Filmkamera gesehen?

- Wurden andere Personen festgenommen oder geschlagen?

- VERMEIDE AUF JEDEN FALL BELASTENDE BESCHREIBUNGEN („*und dann hat sie dem Bullen mit voller Wucht gegen's Schienbein getreten*"...).

- BELASTE DICH NICHT SELBST!

- KONZENTRIERE DICH BEI DER BESCHREIBUNG VON DETAILS AUF GEGENSTÄNDE, BULLEN, FASCHOS, AKTIVBÜRGERINNEN, ETC.

Wenn du besonders heikle Beobachtungen gemacht hast, die du aber wichtig findest, schicke diese NICHT PER POST. Überlege dir einen Weg, direkt an die Leute vom EA ranzukommen, oder wähle den Weg der PGP-verschlüsselten email, wenn du dich damit auskennst. (schreibt an unsere email-Adresse (ea@ nym.alias.net), daß ihr den öffentlichen PGP-Key haben wollt, oder holt ihn euch aus dem Internet unter http://www.biosys.net/no_nazis/ - da gibt's den PGP-Schlüssel vom EA)

Wenn ihr Fotos oder andere Dokumentationen von derartigen Vorfällen gemacht habt, dann laßt uns dieses Material zukommen und

schreibt Gedächtnisprotokolle!

Gedächtnisprotokolle haben folgende Funktion:

1. In späteren Prozessen Darstellungen der Polizei zu entkräften oder als Lügen zu entlarven, eventuell ZeugInnen zu finden.

2. Gedächtnistraining gerade für die Kriminalisierten selbst, weil das Aufschreiben die erlebte Situation genauer vor Augen führt, scheinbar vergessene Details wieder auftauchen und alles sich viel besser im Gedächtnis einprägt. Zudem finden Gerichtsverfahren meist erst viele Monate nach einer Festnahme statt, wichtige „Kleinigkeiten" sind dann oft schon vergessen.

3. Vorfälle, die der Öffentlichkeit verborgen geblieben sind, bekannt zu machen.

Gedächtnisprotokolle dürfen auf gar keinen Fall in die falschen Hände gelangen. Der normale Weg über die Post ist nicht sicher, weil die Bullen keine Probleme damit haben, unsere Post abzufangen, wenn sie das wollen. Wir raten deshalb davon ab, Gedächtnisprotokolle per Post zu schicken. Eine technisch ebenso einfache Alternative fällt uns derzeit nicht ein, aber bekanntlich führen viele Wege zur Revolution, und vielen von euch wird vielleicht eine Möglichkeit einfallen, uns ein Protokoll direkt in die Hände zu drücken.

Hinterlaßt eine Kontaktadresse oder -telefonnummer, unter der wir euch gegebenenfalls erreichen können.

Wenn die Protokolle erst einmal bei uns angekommen sind, könnt ihr uns vertrauen, daß wir mit diesen Infos verantwortlich umgehen.

Wie haben wir als neuer EA unseren „ersten Einsatz" erlebt?

Wir hatten den Eindruck, daß sehr viele Menschen sich verantwortlich gefühlt haben, Festnahmen, Verletzungen und andere Bullenübergriffe beim EA zu melden. Das ist super gelaufen und hat dazu geführt, daß uns nahezu alle Namen der Festgenommenen sehr schnell bekannt waren und unsere AnwältInnen sich zumindest in der ersten Zeit schon um die Gefangenen kümmern konnten, bevor diese überhaupt auf der Wache angekommen waren. Überhaupt nicht gefallen hat uns der Umgang vieler Menschen mit Namen von Vermißten am EA-Telefon. Viele riefen beim EA an, um uns zu fragen, ob vermißte FreundInnen festgenommen worden seien. Die Durchgabe der vollständigen Namen dieser vermißten Personen konnte von uns oft, aber nicht immer unterbunden werden, aber wir waren etwas schokkiert, wie leichtfertig zum Teil damit umgegangen wird. Deshalb betonen wir hier noch einmal:

Die EA-Arbeit kostet 'ne Menge Kohle, deshalb sind wir dringend auf Eure Spenden angewiesen. Spenden zahlt ihr auf folgendes Konto ein:

rote hilfe e.V. - kontonr.: 910 12 880 - blz: 200 70 501 - sparkasse kiel, stichwort: ea

Namen von Personen dürfen dem EA NUR DANN durchgegeben werden, WENN SICHER ist, daß diese Personen festgenommen wurden. Das Telefon wird mit Sicherheit von den Bullen abgehört und wir sollten ihnen nicht freiwillig Namen von Demo-TeilnehmerInnen liefern. Wir begreifen uns nicht als Kontaktstelle für Menschen, die sich auf der Demo verloren haben. Versucht, solche Szenarien vor Beginn der Demo in eure Planungen einzubeziehen, macht Treffpunkte ab, für den Fall, daß ihr euch verliert. Und wenn's gar nicht anders geht, fragt beim EA nicht nach Namen, sondern überlegt euch Fragen, die die Identität der/des Vermißten nicht preisgeben. Zum Beispiel: „Ist ein Mann aus Hannover als festgenommen gemeldet?" oder „Ist eine Sabine unter den Verhafteten?". Wir wollen solche Fragen aber am liebsten gar nicht haben. Am 30. Januar war dadurch eine Zeit lang die EA-Leitung völlig blockiert, Festnahmen konnten nicht mehr so schnell gemeldet werden und Gefangene, die tatsächlich einmal telefonieren durften, kamen nicht zu uns durch bzw. konnten nur auf den Anrufbeantworter sprechen.

Ebenso blockierend waren die Versuche vieler Leute, das EA-Telefon als Info-Telefon zu nutzen, das heißt, Infos zu bekommen oder uns Infos zu melden. Dafür waren wir nicht zuständig und das wird auch zukünftig nicht unsere Aufgabe sein! Bitte denkt daran! Wir denken allerdings, daß in den Vorankündigungen auch unsererseits diese Trennung von Info-Telefon und EA deutlicher hätte gemacht werden können.

Im übrigen hat auch bei uns innerhalb des EAs nicht immer alles optimal funktioniert, aber wir sind im Großen und Ganzen zufrieden und können vieles trotzdem noch viel besser machen...

Ausblick: Wie geht es weiter fuer die Kriminalisierten?

Wenn gegen euch ein Ermittlungsverfahren eingeleitet worden ist, werdet ihr vermutlich als erstes Post von der Polizei bekommen. Darin werdet ihr aufgefordert, zu einem bestimmten Termin auf irgendeiner Bullenwache zu erscheinen, um euch zu dem gegen euch eingeleiteten Verfahren zu äußern. Diese Aufforderung solltet ihr getrost ignorieren. Ihr braucht diesen Termin nicht wahrzunehmen, und zwar ohne Angabe von Gründen. Geht einfach nicht hin! Bei dieser Vorladung handelt es sich um den Versuch, euch zu Aussagen zu bewegen, so wie es einige Bullen möglicherweise (hoffentlich erfolglos) bereits nach eurer Festnahme am 30. Januar versucht haben.

Ihr habt als Beschuldigte das Recht, konsequent von der Festnahme bis hin zum Ende eines möglichen Gerichtsverfahren die Aussage zu verweigern! Davon solltet ihr unbedingt Gebrauch machen, da alle Versuche seitens Bullen und Justiz, euch zum Reden zu bringen, nur das Ziel haben, euch oder eure GenossInnen zu belasten! Wenn ihr trotz allem, was unserer Meinung nach gegen Aussagen spricht, etwas aussagen wollt, könnt ihr das später vor Gericht, nachdem ihr ausführlich mit FreundInnen und AnwältInnen darüber gesprochen habt.

Aber ihr solltet bedenken, daß von Seiten des Staates gerade nach den erfolgreichen Aktionen gegen den Nazi-Aufmarsch ein politisches Interesse darin besteht, Menschen exemplarisch zu verurteilen. Es geht ihnen nicht darum, Einzelnen eine bestimmte Tat nachzuweisen, sondern der Öffentlichkeit eine bestimmte Zahl von Verurteilungen zu präsentieren. „Schuld" oder „Unschuld", „Wahrheit" oder „Lüge" sind dabei Begriffe, die diesem politischen Interesse untergeordnet werden.

Wenn ihr also eine polizeiliche Vorladung bekommt, geht nicht hin, sondern meldet euch noch einmal beim EA. Eine Vorladung wäre vielleicht ein Punkt, an dem ihr euch überlegen solltet, euch mit anderen Betroffenen zusammenzusetzen und AnwältInnen einzuschalten, die Akteneinsicht beantragen können.

Wie es dann für euch weitergeht, können wir nicht genau sagen. Möglicherweise hört ihr nie wieder etwas, weil euer Verfahren eingestellt wurde. Oder ihr erhaltet irgendwann einen sogenannten „Strafbefehl", in dem ihr zur Zahlung einer Geldstrafe aufgefordert werdet. Oder ihr erhaltet einen Gerichtstermin, an dem der gegen euch erhobene Vorwurf „verhandelt" werden soll.

Wartet am besten erst einmal ab, ob eine polizeiliche Vorladung kommt und meldet euch dann beim EA, damit wir uns einen Überblick über die Repression verschaffen können und Kontakte zu anderen Betroffenen herstellen können.

Wenn ihr eine ZeugInnen-Vorladung von der BULLEREI bekommt, könnt ihr damit so wie mit einer Beschuldigten-Vorladung verfahren: Nicht hingehen! Es kann aber auch sein, daß die Vorladung direkt von der Staatsanwaltschaft oder vom Gericht kommt. Meldet Euch in diesem Fall UMGEHEND beim EA und besprecht Euch mit FreundInnen.

In jedem Fall gilt beim Umgang mit dem Staat und seinen Bütteln:

NICHTS SAGEN - NUR DAS IST SICHER!!

ea (0431) 57 96 555

Nazis in Kiel mucken auf...
Angriffe auf Gaardener Kneipe SUB ROSA

Einen Tag nach dem versuchten Nazi-Aufmarsch in Kiel griffen zwei Männer das SUB ROSA im Kieler Stadtteil Gaarden mit Baseball-Keulen an und schlugen eine Fensterscheibe ein. Einer der beiden Täter, die mit einem Taxi vorgefahren waren, konnte identifiziert werden. Knapp zwei Wochen später fuhren ebenfalls zwei Männer mit einem Privat (!)-PKW vor und schlugen wiederum eine Scheibe des SUB ROSA ein. Sie wurden kurz darauf von der Polizei festgenommen. Im Folgenden dokumentieren wir ein Flugblatt des Kneipen-Kollektivs vom SUB ROSA, worin zu den Angriffen Stellung genommen wird:

Wie Sie/Ihr vielleicht schon bemerkt haben/habt, wurden in den letzten Wochen zwei Fensterscheiben unserer Kneipe Sub Rosa, Elisabethstraße 25, eingeschlagen. Am 31.1. und am 14.2. fanden während der Öffnungszeiten zwei Angriffe statt. Die Täter fuhren in PKWs vor und zerschlugen die Scheiben. Dieses nehmen wir zum Anlaß, um Sie/Euch über die Umstände, die dazu führten, zu informieren. Für uns stellen sich die Vorfälle als Angriffe auf unsere Arbeit dar. Das Sub Rosa ist nicht nur eine Kneipe im herkömmlichen Sinne. Sie wird von Leuten kollektiv betrieben, die hier im Stadtteil leben. Wir bieten einen Raum an, in dem sich Leute in einem solidarischen Miteinander treffen können. **Hierbei wenden wir uns klar gegen u.a. Frauen- und Fremdenfeindlichkeit, die sich gerade auch in Kneipen durch Diskriminierung und Anmache äußern**. Wir bieten seit Anfang an (Stadtteil)Kultur-Veranstaltungen an, in denen sich dieses Selbstverständnis widerspiegelt und die für alle zugänglich sein sollen. Bei uns fanden und finden u.a. Lesungen und Filmvorstellungen mit lokalen und internationalen KünstlerInnen statt, ebenso wie Informations- und Diskussionsveranstaltungen (u.a.. zu Themen wie AIDS, Arbeitslosigkeit und Existenzgeld, Diskussionsfrühstücke zu wechselnden Themen). Wir sind sicher, daß die Angriffe sich gerade gegen dieses Selbstverständnis richten; die zeitliche Nähe zum NPD-Aufmarsch in Kiel am 30.1., sowie im Vorfeld aufgetauchte Aufkleber an unserer Fassade mit rechtsextremen Parolen, weisen darauf hin. Sie sollen der Einschüchterung der BetreiberInnen und BesucherInnen des Sub Rosa dienen. Sie bedeuten, daß sich Angriffe, die sich schon tagtäglich in diesem Land gegen „Nichtdeutsche", „Andersdenkende" etc. Richten, nun auch unsere Kneipe direkt bedrohen. Für uns belegen diese Angriffe die Notwendigkeit, unsere Arbeit fortzusetzen, um Wege zu finden, die zu einem solidarischen und gleichberechtigten Zusammenleben führen, in Gaarden genauso wie anderswo!

Sub Rosa-Kollektiv

Nazi-Besuch in der Hansastraße 48

Am 24.1. gegen 23.30 Uhr entdeckte ein Bewohner der Hansastr. 48 auf dem Hof drei auffällige Personen, zwei davon mit Glatze und Bomberjacke, eine weitere weniger eindeutig dem Neonazi-Umfeld zuzuordnen. Die Nazis bewegten sich auf den Vorraum der Sponti-Hansa-Kneipe zu. Dort konnten sie von ihm und zwei weiteren Hausbewohnern zur Rede gestellt werden. Sie gaben an, sie schrieben für die „*Deutsche Stimme*" und wollten sich informieren - offenbar über die Aktivitäten der Linken gegen die JN-Demonstration am 30.1. Da einer der Nazis anfing zu pöbeln, verwies man sie des Ortes. Dieser Aufforderung kamen die Nazis unter weiteren Pöbeleien nach. Als man die Nazis bis zur Hansastraße verfolgte, um sicher zu sein, daß diese das Gelände auch wirklich verlassen, drehte sich einer der Nazis um und fotografierte die drei Hausbewohner. Einen Moment später fielen mehrere Schüsse aus einer Gaspistole, wobei einer der Hausbewohner eine geringe Dosis Tränengas direkt abbekam. Der Anführer des Trupps, offensichtlich älter als seine „Kameraden", die auf 18 bis 20 Jahre geschätzt wurden, drohte mit einem Knüppel. Dennoch zogen sich die Nazis zurück, wurden aber in einigem Abstand von den Hausbewohnern verfolgt. Einer der jüngeren Nazis kehrte noch einmal zurück und drohte aus der Entfernung mit gezücktem Messer, wurde jedoch von dem Anführer harsch zurückgepfiffen. Die Nazis entfernten sich Richtung Schauenburger Straße, zunächst in eiligem Schrittempo. Nach Einbiegen in die Schauenburger Straße begannen sie zu rennen, immer noch in sicherem Abstand verfolgt von den Hansastraßenbewohnern. An der Ecke zum Knooper Weg wartete ein weißer Golf mit Kieler Kennzeichen und laufendem Motor auf die fliehenden Nazis. Die Hausbewohner konnten sich jedoch das Kennzeichen merken. Der Vorfall wurde kurz darauf der Polizei gemeldet, die die Täter noch in der Nacht festnehmen konnten. Die Hausbewohner bewerteten die Aktion gegenüber der LinX als gut geplant, wofür insbesondere das Fluchtfahrzeug spreche. Es handelt sich also offenbar nicht um eine spontane Aktion, sondern einen Ausspähversuch linken Terrains durch den Nazitrupp.

PDS-Büro im Visier der Anti-Antifa oder nur eine Mutprobe ?

Ein Mitglied der Kieler PDS ist in deren Gaardener Büro durch die Scheibe hindurch fotografiert worden. Ganz offensichtlich stand auch diese Aktion im Zusammenhang mit der Nazi-Demo am 30.1. und diente wohl der Verunsicherung der Linken. Jedoch besteht auch die Möglichkeit, daß sich organisierte Nazis einen Überblick über Treffpunkte und Personen aus der Linken verschaffen wollen, möglicherweise um gegen diese zu einem anderen Zeitpunkt vorgehen zu können. Überdies konnte einer der Fotografen auf einem Foto identifiziert werden. Das Foto zeigt ihn bei einer ***NPD***-Kundgebung zur Bundestagswahl mit dem früheren ***DVU***-Abgeordneten im Kieler Landtag, **Ingo Stawitz**. (aus: LinX 3/99 - leicht gekürzt)

CDU und Faschisten Hand in Hand gegen die Wehrmachtsausstellung

Als am 1. März 1997 in München über 5.000 Alt- und Neonazis zusammen mit Burschenschaftlern und Angehörigen soldatischer Traditionsverbände gegen die Ausstellung „Vernichtungskrieg - Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944" demonstrierten, hatte ihnen eine wochenlange Kampagne der CSU politisch den Boden bereitet. Während die CDU an anderen Ausstellungsorten etwas verhaltener auftrat, war die CDU in Schleswig-Holstein bemüht, es ihrer bayerischen Schwesterpartei gleichzutun.

Bereits die lange zurückliegende Ankündigung des Landtagspräsidenten Heinz-Werner Arens (SPD), die Ausstellung werde Anfang 1999 im Landeshaus, dem Sitz des Schleswig-Holsteinischen Landtages, gezeigt, hatte die CDU zu einer aggressiven Kritik veranlaßt. Der 51. Parteitag der CDU Schleswig-Holsteins verabschiedete dann am 22. August 1998 eine Resolution, in der das Verhalten von Arens „*mißbilligt*" und die Verwendung von Steuermitteln für die Ausstellung verurteilt wurde. Längst waren aber schon einzelne CDU-Unterorganisationen aktiv geworden. In Henstedt-Ulzburg war mit logistischer Unterstützung der örtlichen CDU eine Hetzschrift gegen die Ausstellung versandt worden, deren verleumderischer Charakter Ausstellungsmacher Reemtsma veranlaßte, den CDU-Landesvorsitzenden in Schleswig-Holstein, **Peter Kurz Würzbach**, in einem Brief um Auskunft zu bitten, ob er eine solche Diffamierung mittrage, die auch all diejenigen treffe, die bisher als EröffnungsrednerInnen tätig geworden sind, wie z.B. Michael Friedman (CDU) oder Jutta Limbach (Verfassungrichterin). Der Text von Brief und Pamphlet folgte „*in Duktus, Wortwahl sowie der Art, der mit ihnen verbreiteten Lügen und Desinformationen, neonazistischem Propagandamaterial*" (Reemtsma). Würzbach distanzierte sich in seiner Antwort hiervon nicht und empfahl Reemtsma, die Ausstellung doch einfach nicht

Die Soldaten der Wehrmacht im Urteil der Geschichte

Eine Kritik an der umstrittenen Wehrmachtsausstellung im Landeshaus

von Ministerpräsident a.D. Dr. Gerhard Stoltenberg

CDU Schleswig-Holstein

Sylvia Green-Meschke

...emtsma-Ausstellung ...a oder historische Aufklärung?

„Dergleichen linksextreme Meinungen sind nicht verboten, sie sind gleichwohl gefährlich" Altbundeskanzler Helmut Schmidt in der WELT am SONNTAG vom 21.12.97

swg Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft e.V.

Landtagspräsident Arens finanziert mit über DM 100.000 unserer Steuermittel die „Anti-Wehrmachtausstellung" im **Kieler Landeshaus**

Wir protestieren. Helfen Sie mit?!

Zuschriften u. Spenden an: SWG (Staats- u. Wirtschaftspolitische Ges. e.V.)

Anzeige der SWG, die u.a. in den Kieler Nachrichten veröffentlicht wurde

im Landeshaus zu machen. Im Kreis Segeberg führten der Kreisverband der Jungen Union eine Veranstaltung mit dem Ex-Bundeswehrgeneral **Reinhard Uhle-Wettler** durch, der kürzlich im Kieler *ARNDT-Verlag* eine Festschrift für den englischen Auschwitz-Leugner **David Irving** vorlegte. Uhle-Wettler ist zugleich Bundesvorsitzender der ***Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft*** **(SWG)**, die sich in der Braunzone zwischen CDU und Faschisten bewegt. In Kiel bereitete die SWG seit dem Herbst mit einer Reihe von Veranstaltungen ihre öffentliche Kampagne gegen die Ausstellung vor (zur SWG vgl. EiE Nr. 6). Mit Anzeigen in den *Kieler Nachrichten* und der *Dithmarscher Landeszeitung* wurde im September um weitere Unterstützung und Geldspenden gebeten.

Anfang Dezember führte die CDU eine prominent besetzte Pressekonferenz durch, bei der auch der Ehrenvorsitzende der CDU Schleswig-Holstein, frühere Ministerpräsident und Ex-Verteidigungsminister **Gerhard Stoltenberg** auftrat und gegen die Ausstellung vom Leder zog. Mit der verharmlosenden Behauptung „*Es gab Verbrechen der Wehrmacht, aber sie waren die Ausnahme*" bemühten sich Stoltenberg und Co. die ebenso alte wie unzutreffende Legende von der „sauberen Wehrmacht" zu retten. Mitte Dezember wurde es Stoltenberg dann freilich gerichtlich untersagt, den verantwortlichen Leiter der Ausstellung weiterhin einen „Lügner" oder „Fälscher" zu nennen. Andernfalls müsse er ein Ordnungsgeld in Höhe von 500.000 Mark zahlen. Stoltenberg verfaßte auch das Vorwort für das von der SWG gesponsorte Buch „*Die Soldaten der Wehrmacht*"; darin beklagt Stoltenberg u.a. den Mangel an „*Patriotismus*". Umgehend wurde der Text von der extrem rechten Wochenzeitung *Junge Freiheit* nachgedruckt.

Einen geeigneten Anlaß, um von der schwarz-braunen Zusammenarbeit abzulenken, fand die CDU in der Teilnahme einzelner linksradikaler Gruppen und der VVN/BdA an dem umfangreichen Begleitprogramm zur Ausstellung. In Dutzenden von Veranstaltungen mit WissenschaftlerInnen wurden die Ausstellung ergänzende Zusatzinformationen bereitgestellt. Die CDU diffamierte diese Begleitveranstaltungen flugs als „*Tummelplatz für Extremisten*" und forderte, die Veranstaltungsankündigungen dieser Gruppen aus der offiziellen Landtagsbroschüre zu streichen. Unterstützung erhielt sie hierbei von rechts außen. Unter der Überschrift „*Kieler Landtagspräsident paktiert mit Linksextremisten*" durfte Jochen Arp - in der Vergangenheit bereits Autor in der neofaschistischen Zeitschrift *Nation und Europa* - im *Ostpreussenblatt* allerlei dummes Zeug verbreiten, so u.a. die Behauptung, die Redaktion der Zeitschrift *Gegenwind* sei mit der der *Enough Is Enough* identisch. Das wurde dann wenig später auch von der CDU übernommen.

Zur Eröffnung der Ausstellung am 7. Januar durfte die SWG im Landeshaus dann eine Pressekonferenz abhalten, bei der Uhle-Wettler u.a. eine SWG-Broschüre gegen die Ausstellung vorstellte, die als Handreichung insbesondere an Schulen verschickt würde. Die anwesenden JournalistInnen zeigten sich jedoch weitgehend desinteressiert bzw. wollten vor allem etwas über die Verbindungen Uhle-Wettlers zur ***DVU*** wissen, in deren Wochenzeitung kurz zuvor ein Interview mit ihm erschienen war. Dies ist ebenso aussagekräftig wie die Unterzeichner der am selben Tag in den Kieler Nachrichten erscheinenden halbseitigen Anzeige der SWG: Zu den über 200 Unterschriften gehören sowohl Mitglieder der CDU als auch (ehemalige) Angehörige extrem rechter Parteien und Gruppen, wie z.B. **Dr. Jens Steffen** (Kiel, ***REP***), **Oswald K. Becker** (Lübeck, ***REP***), **Uwe Holdorf** (***BFB***), **Eilhard Koppenhöfer** (***Wählerbund Deutschland***), **Fritjof Berg** (***KLA***) oder **Rüdiger Dorff** (***Freibund***).

Für den 12. Januar lud die SWG dann zu einer - aus Angst vor antifaschistischen Protesten geschlossenen - Veranstaltung in den Kieler Yacht-Club ein. Uhle-Wettler begrüßte die ca. 250 Teilnehmenden, darunter etliche Burschenschaftler, die auch den „Ordnerdienst" stellten. An diese „*vielen jungen Krieger*" (Uhle-Wettler) erging ein gesonderter Dank der Versammlungsleitung. Zur Verteidigung des "*deutschen Soldatentums schlechthin*" (Uhle-Wettler) sprachen dann **Dr. Albrecht Jebens** (für die ***Arbeitsgemeinschaft für Kameradenwerke und Traditionsverbände***), **Dr. Walter Post, Martin Rosenau** (Vorsitzender des ***Ausschusses für burschenschaftliche Arbeit***) und **Dr. Günter Wagenlehner**.

Zunächst gab Diskussionsleiter **Uwe Greve** das Wort aber an **Rüdiger Proske**, der in der Vergangenheit bereits durch seine Hetze gegen eine angebliche *„rote Zelle"* im Militärgeschichtlichen Forschungsamt der Bundeswehr in rechten Kreisen bekannt geworden ist. Er sagte u.a., daß für den Erfolg der Ausstellung *„die Wucht der Bilder"* ausschlaggebend sei. Und fuhr dann fort: *„Wenn ich eine solche Ausstellung mache, die von der Wucht der Bilder lebt, dann kann ich nur sagen, die Nazis haben natürlich Ausstellungen gegen die Juden gemacht, die auch von der Wucht der Bilder lebten."* und *„Also am Anfang des 3. Reiches konnte man nicht alles das sagen, was man wollte .... Und heute kann man nicht mehr sagen - sie können als Bürger nicht ohne weiteres sagen, was sie wollen, sondern müssen sich sozusagen in einer geschlossenen Gesellschaft verstecken. Soweit sind wir gekommen. Das war am Anfang des 3. Reiches nicht viel anders."* Proske setzte hier antifaschistische Proteste mit dem staatlich organisierten Terror der Nazis gegen Andersdenkende gleich und stellte die wissenschaftliche Ausstellung des „Hamburger Instituts für Sozialforschung" mit der antisemitischen Hetze der Nazis auf eine Stufe. Die Versammlung nahm seinen Beitrag mit starkem Applaus auf.

FührerInnnen von Partisanenabteilungen nach der Rückeroberung von Minsk, 1944

Rüdiger Proske

Hans-Joachim von Leesen, Landesvorsitzender der SWG in Schleswig-Holstein und ehemaliger Geschäftsführer des SH-Heimatbundes, feierte Ende Januar im *Ostpreußenblatt* diese Veranstaltung als Erfolg. Zwei Wochen später griff er den Landtagsvizepräsidenten Dall'Asta (CDU) an, weil dieser beim Jahresempfang des *Landesverbandes der vetriebenen Deutschen* (LvD) darauf hingewiesen hatte, daß der Verlust der ehemaligen deutschen Ostgebiete ohne die Nazi-Aggression nicht zu verstehen ist.

Den Abschluß der SWG-Aktivitäten stellte eine weitere Pressekonferenz im Februar 1999 im Kieler Yacht-Club dar, zu der das *Ludwigsfelder Verlagshaus* eingeladen hatte. Gut $1^1/_2$ Stunden behaupteten Proske, Post und **Karl-Heinz Schmick** erneut Verfälschungen durch die Ausstellungsmacher und rechtfertigten die Erschießung von Zivilisten als völlig legal. Auch wenn die Presse von der SWG wenig Kenntnis genommen hat, dürften die SWG-Aktivitäten insgesamt zu einer verstärkten Vernetzung dieser Organisation mit Burschenschaftlern und Teilen der CDU bzw. der JU und des RCDS in Schleswig-Holstein geführt haben.

VF

Der Kieler CDU-Ortsverband Mitte hat **Uwe Greve** in das Rennen um die Landtagskandidatur im Wahlkreis Kiel-Mitte geschickt. Die Mitgliederversammlung entschied dies einstimmig. Beim Kreisparteitag am 27. März wird Greve, der selbst in der CDU als Rechtsaußen gilt und jüngst eine Hetzveranstaltung der ***Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft*** gegen die Ausstellung *„Vernichtungskrieg - Verbrechen der Wehrmacht 1941- 1944“* moderierte, gegen Silke Engelke antreten.

Der reaktionäre „***Deutsche Kreuzorden***" um **Dietmar von Seht** (Neumünster) hat Ende 1998 eine engere Zusammenarbeit mit der „***Evangelischen Notgemeinschaft***" und der Aktion „***Die Wende***" vereinbart. Gemeinsam tritt man nun unter dem Namen „***Ring offensiver Christen***" auf.

In einem Leserbrief an das neofaschistische Monatsblatt *NATION + EUROPA* nimmt der ***NPD***-Landesvorsitzende **Ingo Stawitz** (Uetersen) zu den Wahlabsprachen zwischen DVU-Chef Frey und dem REP-Bundesvorsitzenden Schlierer Stellung. Stawitz, ehemaliger DVU-Fraktionsvorsitzender im schleswig-holsteinischen Landtag, schreibt u.a.: *„Die Absprache erfolgte nur, weil beide Parteivorsitzende nach dem Scheitern bei der Bundestagswahl unter gewaltigen Druck der Parteibasis geraten waren und so einen ‘Befreiungsschlag’ durchführen mußten, um der Resignation entgegenzuwirken und das Abwandern der Mitgliedschaft zu verhindern.“*

Zum neuen ***FSU***-Bundesvorsitzenden wurde 1998 der frühere Landesvorsitzende der FSU in Schleswig-Holstein, **Horst Mikonauschke** (Hamburg), gewählt. Mikonauschke betätigte sich in den letzten Jahren auch beim ***NPD***-nahen „***Deutschen Arbeitnehmer-Verband***" (***DAV***) und beim NPD-Arbeitskreis „Wirtschaftspolitik". Regelmäßig schreibt der Diplomingenieur auch in der FSU-Zeitschrift *„Der Dritte Weg"*.

Mit einem Aufsatz zum Thema *„Die Welt sehen. Sanfter Tourismus - Traum oder Ausweg?"* ist die Kieler Studentin **Briga Bohlinger** in der jüngsten Ausgabe der Zeitschrift *wir selbst* vertrteten. Bohlinger ist Tochter des Viöler Verlegers antisemitischer Schriften, Roland Bohlinger, und in Kiel politisch im ***RCDS*** und der ***Deutschen Hochschulgilde*** aktiv.

Als neue Landesvorsitzende der ***REP*** in Schleswig-Holstein ist seit kurzem **Ingeborg Akkermann** (Kiel) im Amt. Sie ist zugleich Bundesschriftführerin der REP und im Vorstand des „Republikanischen Bund der Frauen" (RBF). Als Stellvertreter sind der Arzt **Jens Steffen** (Kiel), der Kaufmann **Henning Raffel** (Mitgliedsnummer: 2829) aus Lübeck sowie **Heiner Marxen** (Mitgliedsnummer.: 18013) aus Süderbrarup und **Werner Frey** (Tellingstedt) aktiv.

Am letzten Tag des Jahres 1998 ist **Max Klüver** (Plön) verstorben. Seit er 1928 dem ***Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund*** beitrat, blieb er faschistischer Ideologie verbunden: zunächst als Leiter einer „Adolf-Hitler-Schule", später als Offizier und nach dem Krieg durch eine Reihe von geschichtsfälschenden Büchern, in denen er zum Beispiel den Überfall der Deutschen Wehrmacht auf die Sowjetunion zum „Präventivkrieg" umlog. Dies trug ihm lobende Nachrufe u.a. in der *Deutschen National-Zeitung* und in *Nation + Europa* ein.

Der Streit um den Gesetzentwurf zur doppelten Staatsbürgerschaft bestätigt:

Eine Bürgerrechtsbewegung ist durch nichts zu ersetzen

Die Ankündigung der Bundesregierung, mit der gesetzlich geregelten automatischen Einbürgerung der meisten in Deutschland geborenen Kinder von Einwanderern (die Eltern hätten bestimmte Kriterien zu erfüllen, etwa einen jahrelangen rechtmäßigen Aufenthalt in der Bundesrepublik) und der Zulassung doppelter Staatsbürgerschaften einen Schritt weg vom auch juristisch als Blutrecht ("ius sanguinis") bezeichneten deutschen Abstammungs-Staatsbürgerrecht zu gehen, ist bereits wieder in Frage gestellt.

Entscheidend dazu beigetragen hat das erfolgreiche Bemühen von CDU und CSU, ausländerfeindliche, rassistische Stimmungen in der deutschen Bevölkerung zu mobilisieren und mit Hilfe ihrer demagogischen Unterschriftenkampagne („*Ja zur Integration – Nein zur doppelten Staatsbürgerschaft*") sogar die Landtagswahl in Hessen für sich zu entscheiden. Und es ist keineswegs nur die SPD, die jetzt den Kompromiß zumindest mit der FDP, wenn nicht gar der CDU sucht – in der CDU gibt es die erklärte Absicht, die Unterschriftensammlung fortzusetzen, bis die SPD genau dazu reif ist - ; auch von den Grünen sollte man nicht allzuviel erwarten, eigentlich gar nichts, außer daß sie um (nahezu?) jeden Preis ihre Kabinettssitze behalten wollen. Die Frage, ob in der Bundesrepublik weiter ein bedeutender Teil der Einwohnerschaft politisch rechtlos bleibt, ist etwa für den frischgebackenen Kieler Bundestagsabgeordneten Klaus Müller ein minder wichtiges „*Minderheitenproblem*". Es hat wirklich keinen Wert, auf die Politjuppies zu setzen, die jetzt bei den Grünen als Hoffnungsträger gehandelt werden, mit denen sich auch diese Partei die vielbesungene „Neue Mitte" erschließen will.

Worauf wir allein setzen müssen, ist die Entwicklung starken öffentlichen Drucks.

Was die doppelte (oder mehrfache) Staatsbürgerschaft angeht, so halte ich sie nach wie vor für die vernünftigste Forderung für alle, die politische Gleichberechtigung aller Menschen, die ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland haben, durchsetzen wollen. Und zwar müßte die deutsche Staatsbürgerschaft nicht auf Antrag, sondern automatisch all diesen Menschen nach kurzer Zeit ihres Aufenthalts in diesem Land zuerkannt werden. Nur so wäre auch die Forderung nach Abschaffung der Sondergesetzgebung für (= gegen) AusländerInnen zu erfüllen. Was diese Frage angeht, so hat sich auch bestätigt, was ich vor bald fünf Jahren in der Auseinandersetzung mit Menschen, die die Frage der Staatsbürgerschaft für pipifax hielten (weil sie den Rassismus und die Diskriminierung nicht automatisch beseitigt) und den nach den Mordanschlägen von Mölln und Solingen geführten Politikerreden von der möglichen Einführung der doppelten Staatsangehörigkeit einerseits zu viel Glauben

schenkten und diese Einführung andererseits als einen besonders fiesen Trick ansahen, in der „Atze" geschrieben habe: Daß die generelle doppelte Staatsbürgerschaft nämlich gar nicht so einfach kommen werde – „*Wenn wir nicht erheblich mehr Druck entwickeln können als bisher, wenn sich nicht eine wirkliche Bürgerrechtsbewegung für die vollständige rechtliche Gleichstellung aller Menschen, die hier leben, entwickelt, wird dieser Fall ... nicht eintreten.*" Alle Ansätze zu einer solchen Bewegung müssen genutzt und ausgebaut werden.

In Kiel haben sich die TeilnehmerInnen eines Nachbereitungstreffens zur antifaschistischen Demonstration vom 30. Januar geeinigt, gemeinsam im Bündnis gegen die CDU-Kampagne vorzugehen. Der Vorschlag kam von Genossen der „Föderation der demokratischen Arbeitervereine aus der Türkei" (DIDF). Ein Teil dieser Einzelpersonen bzw. VertreterInnen der beteiligten Organisationen traf sich dann tatsächlich eine Woche später wieder. Es wurde beschlossen, die CDU-Veranstaltung am 16.2. im „Haus des Sports" zu besuchen. Dort wie auf allen anderen Veranstaltungen der Unionsparteien, die unter dem verlogenen Motto ihrer Kampagne zur Zeit in verschiedenen Städten durchgeführt werden, wurde dann, ganz aktuell, gegen die KurdInnen gehetzt, die in diesen Tagen Protestaktionen wegen der Entführung Abdullah Öcalans durchführen. Tenor solcher Stellungnahmen: Stellt euch bloß mal vor, diese Terroristen wären Deutsche! Dann könnte man sie gar nirgendwohin abschieben! Es entwickelt sich gerade eine öffentliche Kampagne, diese Menschen dem Folter- und Mörderstaat Türkei in die Hände zu spielen.

Zurück zu den Kieler Vereinbarungen: Der absehbaren Entscheidung auch der Kieler CDU, ihre Unterschriftensammlung fortzusetzen, sollte der tatkräftige Protest der AntifaschistInnen entgegengestellt werden. Anlaß boten angekündigte Stände der CDU in der Kieler Innenstadt am 19. und 20. Februar (diese Termine wurden von der CDU, aus Angst vor Ausschreitungen abgesagt, Anm. d. Redaktion). Schwerpunkt der Gegenaktionen, die auch der Aufklärung der Bevölkerung und der Verbreitung der Forderung nach gleichen Rechten für alle dienen sollten, würde der Sonnabend (20.2.) sein. Neben dem Aufgreifen der aus Marburg bekannten Gegen-Unterschriftenaktion „*Ja zur Integration der CDU – Nein zur doppelten Staatshörigkeit*" sollte dort ein im Bündnis erarbeitetes Flugblatt verteilt werden.

Der Text dieses Flugblatts ist im folgenden dokumentiert. Das Bündnis hat beschlossen, weitere Treffen folgen zu lassen. Denn weitere Aktionen werden nötig sein.

DL

Gleiche Rechte für alle Menschen, die hier leben!

Die CDU hat beschlossen, ihre Unterschriftenkampagne gegen die von der Bundesregierung geplante Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft, mit der erstmals einem Teil der als Ausländer bezeichneten EinwohnerInnen Deutschlands obligatorisch die politische Gleichberechtigung zugestanden werden sollte, fortzusetzen. Auch in Kiel. Daß sich die Faschisten der ***DVU***, der ***NPD*** und der ***Republikaner*** von dieser Aktion begeistert zeigen, der CDU offiziell Unterstützung angeboten und tatkräftige Unterstützung auch ohne direkte Absprachen zwischen den Parteien organisiert haben, stört die Christdemokraten nicht – es gehört zu ihrem politischen Kalkül. Daß mit der Mobilisierung ausländerfeindlicher Stimmungen nicht nur die CDU Stimmen vom „rechten Rand" gewinnt, sondern die Faschisten selbst ermutigt werden, mehr Spielraum bekommen und faschistische Politik in Deutschland immer mehr schreckliche Normalität gewinnt, wohl auch. Das zeitliche Zusammentreffen der Mordtat von Guben und der Ankündigung Schäubles, weitere volksverhetzende Kampagnen zu starten, ist durchaus kein Zufall.

Stoppt die Nazis und die CDU!

Das sollte das gemeinsame Anliegen aller DemokratInnen und AntifaschistInnen angesichts der fortgesetzten rassistischen Stimmungsmache sein. Die Bundesregierung aber geht bereits vor dem Druck der Rechten und Faschisten in die Knie. Sie zeigt sich bereit, neue Verschlechterungen ihres Gesetzentwurfs vorzunehmen, um zumindest mit der FDP zu einer Einigung zu kommen (die Stimmen, die auf einen auch von CDU und CSU getragenen Kompromiß setzen, sind noch in der Minderzahl). Zur Begründung muß die Landtagswahl in Hessen herhalten – man müsse einsehen, daß man nicht an der Bevölkerung vorbeiregieren könne. Daß hier von dem Teil der

Bevölkerung, den diese politische Entscheidung am meisten angeht, offensichtlich nicht die Rede ist, spricht für sich. Etwa 13,9 Prozent der EinwohnerInnen Hessens sind sogenannte Ausländer; annähernd die Hälfte von ihnen (49,7%) wohnt bereits seit mehr als 10 Jahren in Deutschland, überwiegend abhängig Beschäftigte und ihre Familienangehörigen. Die rassistische Kampagne zielt nicht zuletzt auf die fortdauernde Spaltung der Arbeiterschaft. Mehr als 550.000 volljährige Menschen durften in Hessen nicht mitwählen – Apartheid in Deutschland!

Keine Kompromisse mit den Anhängern der Apartheid!

Schon der bisherige Gesetzentwurf war unzureichend und in den meisten Punkten abzulehnen. Er beinhaltete allerdings eine grundsätzliche Bestimmung, die gegen alle Angriffe zu verteidigen war: der überwiegenden Zahl der in Deutschland geborenen Kinder von EinwanderInnen sollte in Zukunft automatisch die deutsche Staatsbürgerschaft und damit die politische Gleichstellung zuerkannt werden. Die Bedeutung dieser Bestimmung liegt darin, daß in diesem Punkt von einem Staatsbürgerrecht Abschied genommen werden sollte, das manch andere Nationen gar nicht kennen: vom Abstammungsrecht, dem „Recht des Blutes" („ius sanguinis"), sollte zum Einwohnerrecht übergegangen werden. Ein lange überfälliger Schritt.

Ansonsten waren sogar Verschärfungen der Einbürgerungsvoraussetzungen vorgesehen. Abzulehnen an den Plänen für ein neues Staatsbürgerrecht sind *alle* Bestimmungen, die bestimmten Bevölkerungsgruppen dann doch wieder die Bürgerrechte vorenthalten würden: Die für Ältere vorgesehene erleichterte Einbürgerung soll verweigert werden können bei mangelhaften Sprachkenntnissen (Steuern zahlen darf man trotzdem!) und bestimmten Vorstrafen, sie soll nicht gewährt werden – oder, nach anderen Überlegungen, womöglich wieder entzogen werden können, was die Gefahr von Staatenlosigkeit heraufbeschwören würde - bei mangelnder Verfassungstreue (notorische Gegner des Kapitalismus kriegen keinen deutschen Paß) und bei Bezug von Arbeitslosenhilfe oder Sozialhilfe. Damit würde sogar Armut (oft von Menschen, die jahrzehntelang in deutschen Fabriken geschuftet haben!) zum Grund für die Verweigerung von Bürgerrechten. Wer das befürwortet, ist kein/e Demokrat/in.

Menschenrechte sind nicht teilbar!

Die Bundesregierung bekräftigt die Bereitschaft, wichtige Elemente der spezifisch deutschen Apartheid beizubehalten, indem sie das einzige positive Anliegen ihres Gesetzesvorhabens wieder zur Disposition stellt. So wird vielleicht von den EinwanderInnen in einem bestimmten Alter die Entscheidung für *einen* Paß, den deutschen oder den des Herkunftslandes (der Eltern oder Großeltern), verlangt werden. Wer diese „Entscheidungsfreiheit", die Möglichkeit des Verzichts auf Bürger- und Menschenrechte für ein „Recht" hält, offenbart eine unerträgliche Pervertierung des Rechtsempfindens.

Gleiche Rechte für alle Menschen, die hier leben, ist dagegen unsere Forderung. Die Zuerkennung eines deutschen Passes ist die einfachste Form, sie sicherzustellen. Schließlich ist selbst ein *deutscher* Paß nichts mystisch-heiliges, sondern schlicht ein Stück Papier oder Plastik, das den BesitzerInnen Staatsbürgerrechte bescheinigt. Von den betroffenen Menschen nicht die Aufgabe irgendeines anderen Passes zu verlangen, schafft für sie zusätzliche Sicherheit; ein solches Verfahren ist in vielen europäischen Ländern kein Problem. Mit Sicherheit würde ein solches Verlangen – zumal bisher die deutsche Staatsangehörigkeit nicht *automatisch* allen Menschen zukommt, die ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland haben – auch dazu führen, daß viele auf die Gleichberechtigung verzichten. Die Existenz von Einwohnern 2. Klasse würde fortdauern.

Wir fordern von der Regierung, ihren Gesetzentwurf nicht weiter zu verschlechtern, sondern im Gegenteil alle die rechtliche Gleichstellung von EinwanderInnen erschwerenden oder gar ausschließenden Bestimmungen zu streichen. Wir rufen die AnhängerInnen der Regierungsparteien auf, in diesem Sinne tätig zu werden. Neben dem Kampf für die Wiederherstellung des Grundrechts auf Asyl (die die Bundesregierung gar nicht vorhat) ist dies die zweite wesentliche Forderung für alle, die sich für eine demokratische „Ausländerpolitik" einsetzen, denn eine solche kann schließlich nur ein Ziel haben:

Weg mit den Ausländergesetzen!

Kieler Bündnis gegen die rassistische Kampagne der CDU

Proteste gegen die CDU-Unterschriftenkampagne

Wie in vielen anderen Städten im ganzen Bundesgebiet kam es auch in Schleswig-Holstein zu Protesten und Störaktionen gegen die Hetzkampagne der CDU. So fanden u.a. Aktionen z. B. in Ahrensburg, Bargdeheide und Bad Oldesloe statt. Es wurden Flugblätter verteilt und Unterschriften für die doppelte Staatsbürgerschaft gesammelt. Die Stände der CDU wurden zum Teil erfolgreich mit Transparenten blockiert.

In Lübeck meldete die CDU für den 6. Februar einen Stand in der Lübecker Innenstadt an. Mehrere linke Gruppen mobilisierten ca. 50 Personen, die die Unterschriftensammlung nicht störungsfrei ablaufen lassen wollten. Für ca. fünf Stunden wurde die Sammlung mit Transparenten und Stellschildern erfolgreich gestört. Nur am Rand kam es zu einzelnen Scharmützeln zwischen Protestierenden und rassistischen Rentnern.

Gegen den geplanten Abschiebeknast in Rendsburg!

„Illegaler Tanz auf der Nase des Staates", lautete im September 1998 eine Artikelüberschrift in den „Elmshorner Nachrichten". „Wegen fehlender Haftplätze werden in Schleswig-Holstein Ausländer nicht abgeschoben", hieß es dann etwas generalisierend im Artikel. „Erst in der vergangenen Woche hatte die Elmshorner Polizei einen Illegalen gefaßt und wieder laufen lassen müssen, obwohl er per Haftbefehl gesucht wurde." Der Informant der Zeitung: Ingo Stratmann, Chef der Pinneberger Kreisausländerbehörde.

Solche Berichterstattung ist kein Einzelfall. Seit Anfang 1998 tauchten immer wieder Artikel in Lokalzeitungen in Schleswig-Holstein auf, in denen darüber Klage geführt wurde, Abschiebungen könnten nicht vollzogen werden, weil die betreffenden Ausländer abtauchten — zu wenig Haftplätze. Die Informanten waren anscheinend immer Polizei oder Ausländeramt. Im Prinzip ist das nicht falsch. In Schleswig-Holstein gibt es etwas über 1500 Plätze in Gefängnissen, aber zur Zeit fast 1600 Untersuchungs- und Strafgefangene. Die Justizvollzugsanstalten unterstehen dem Justizministerium, Abschiebehaft wird von Ausländerämtern beantragt, die dem Innenministerium unterstehen. Die Durchführung der Abschiebehaft, also das Wegsperren selbst, übernehmen die Gefängnisse nur dann, wenn alle "eigenen" Gefangenen untergebracht und trotzdem noch Zellen frei sind. Freie Zellen werden immer mehr zur Mangelware. Denn in den Gefängnissen sitzen immer mehr Menschen, die weder in Untersuchungs- noch in Strafhaft sind, sondern in „Ersatzhaft": Sie sind zu einer Geldstrafe verurteilt worden, die sie nicht bezahlen konnten. 39 Prozent der männlichen und 54 Prozent der weiblichen Gefangenen in Schleswig-Holstein sitzen zur Zeit Geldstrafen ab, d.h. sie wurden vom Gericht ausdrücklich nicht zu Freiheitsstrafen verurteilt. Es kommt noch ein Aspekt dazu: Abschiebehäftlinge gelten beim Gefängnispersonal als „unbequem". Sie sitzen eine unbekannte Zeit, im Schnitt vier bis sechs Wochen, oft nur ein paar Tage, manchmal auch 12 oder 18 Monate. Sie wissen häufig nicht, warum sie sitzen, und oft ist auch eine ausreichende Verständigung nicht möglich. So werden immer wieder bei Nachfragen nach freien Abschiebehaftplätzen durch Ausländerämter oder dem mit der Koordinierung beauftragten Landesamt die wenigen leeren Zellen noch schnell mit Häftlingen der beschriebenen Art gefüllt, die dann eine Aufforderung bekommen, ihre Ersatzstrafe anzutreten.

So ist in den letzten Monaten die Zahl der Abschiebehaftplätze, die seit 1995 immer zwischen 70 und 90 lag, drastisch gesunken: von 97 Ende Januar 1998 über 70 Ende April und 43 Ende Juli auf 16 Ende November.

Abschiebehaft

Abschiebehaft wird vom Ausländeramt beantragt und von einem Amtsrichter angeordnet, normalerweise für drei Monate. Sie kann dann auf sechs Monate verlängert werden, das kann sich bis zu viermal wiederholen. Wenn nach 18 Monaten Haft die Abschiebung nicht geklappt hat, wird der oder die Gefangene freigelassen.

Zwei Bedingungen müssen erfüllt sein, damit ein/e AusländerIn in Abschiebehaft kommt:

1. Die Abschiebung muß rechtskräftig beschlossen sein, möglich sein und betrieben werden. Das Zielland der Abschiebung muß also erreichbar sein und für den betreffenden Menschen müssen die notwendigen Papiere (Paßersatzpapiere) erhältlich sein.

2. Dem/der AusländerIn muß nachgewiesen werden, daß sie/er sich der Abschiebung entziehen will, so daß die Haft zur „Sicherung der

Abschiebung" nötig ist. Das wird automatisch angenommen, wenn der/die AusländerIn heimlich eingereist und ohne Papiere ist, „illegal" also. Ansonsten muss eine „Wahrscheinlichkeit" herhalten, sei es ein Umzug ohne Ummeldung, sei es das „Verpassen" eines früheren Abschiebetermins.

Beim ersten Punkt ist immer auch die Sachkenntnis des Richters gefragt, denn viele Abschiebungen können letztlich gar nicht stattfinden, weil die Zielländer kein Interesse an der Rückkehr ihrer StaatsbürgerInnen haben und die notwendigen Papiere nicht ausstellen. In diesem Fall darf niemand in Haft genommen werden — es entscheiden aber Amtsrichter ohne spezielle Kenntnisse, wie sie viele Verwaltungsrichter aus Asylverfahren haben. Bei der Beurteilung des zweiten Punktes kommt es häufig darauf an, ob der betroffene Abschiebehäftling anwaltlich gut vertreten wird — wer Geld hat, hat mehr Chancen. Doch Geld dürfen Abschiebehäftlinge bei der Festnahme nicht bei sich haben, das wird sonst sichergestellt, um die Kosten der Abschiebung zu sichern.

Planungen in Rendsburg

Um die Durchführung der Abschiebehaft endlich verläßlich und kalkulierbar zu machen, soll jetzt ein eigenes „Abschiebegefängnis" in Rendsburg entstehen. Dazu wird ein vorhandenes Gebäude genutzt: Das Rendsburger Gefängnis ist ungefähr hundert Jahre alt. Es wird seit geraumer Zeit nicht mehr als Gefängnis genutzt, sondern als Jugendarrestanstalt — es bietet 33 Jugendlichen Plätze für den (Wochenend-)Arrest und begleitende Gruppenarbeit. Allerdings gilt die Anstalt seit längerem als zu alt, zu eng und ungeeignet. Jetzt soll eine neue in Boostedt gebaut werden, dort gibt es einen Bauplatz auf dem Gelände eines Ökohofes, der zum Gefängnis Neumünster gehört und Arbeitsplätze für Freigänger bietet. Die dann leergewordene Jugendarrestanstalt in Rendsburg soll für 90.000 DM umgebaut werden, die Gruppenräume werden zu Zellen, dann soll sie für 300.000 DM ausbruchssicher gemacht werden (Dachverstärkung, Mauerkronensicherung), ab Oktober 1999 bietet sie dann 56 Abschiebehaftplätze, 48 für Männer und 8 für Frauen.

Argumente der BefürworterInnen

Die Befürworter dieser Abschiebehaftanstalt, also z.B. das Justizministerium oder SPD-Politiker, sagen, erst durch eine eigenständige Anstalt könnten Abschiebehäftlinge von normalen Strafgefangenen oder gar den streng isolierten Untersuchungsgefangenen getrennt und besser behandelt werden, schließlich sollen Abschiebehäftlinge nur festgehalten, nicht aber bestraft werden. So sagte der zuständige Justizstaatssekretär Wulf Jöhnk in einem Interview, das Abschiebegefängnis würde *„wesentlich offener sein als andere typische Knäste. Aus meiner Sicht ist es die angenehmste Haftanstalt in Schleswig-Holstein überhaupt und deswegen auch besonders geeignet für die Form der Abschiebehaft"* (Landeszeitung, 25.1.99). Das Argument stimmt insofern, als Aufschlußzeiten, Hofgang, Besuchszeiten und Betreuung/Beratung etc. tatsächlich in einer eigenen Haftanstalt viel einfacher, möglicherweise besser geregelt werden können als in einem „normalen" Gefängnis. Wie die Haftbedingungen in Rendsburg geregelt werden, steht noch nicht fest.

Argumente der GegnerInnen

Einerseits ist die Abschiebung per se rassistische Politik, weil sie Menschen allein aufgrund ihrer Staatsangehörigkeit zu Menschen minderer Rechte macht. Abgesehen davon wird die Einrichtung einer eigenen Haftanstalt die Abschiebehaft selbst zementieren: Während jetzt, wie oben gezeigt, nur ein Dutzend Menschen gleichzeitig untergebracht werden kann, wird sich die Zahl schnell entsprechend den Rendsburger Plätzen vervierfachen — Haftanträge von einzelnen Ausländerbehörden liegen auch jetzt schon genügend vor. Eine zentrale Haftanstalt erleichtert auch Abschiebungen ganzer Gruppen per Charterflug, andererseits erschwert es Besuche, weil Familienangehörige und Freunde weit fahren müssen. Auch ist zu befürchten, daß Flüchtlinge insgesamt stigmatisiert werden („Wenn man jetzt schon ein eigenes Gefängnis nur für die braucht...").

Wie weiter?

Die Rendsburger Gruppe „Netzwerk Asyl" hat es übernommen, Aktionen gegen die Einrichtung des Abschiebeknastes zu koordinieren. Eine erste Demonstration mit ca. 300 TeilnehmerInnen hat im Dezember 1998 stattgefunden. Die im Flüchtlingsrat zusammengeschlossenen örtlichen Flüchtlingsgruppen haben beschlossen, die Kampagne gegen den Abschiebeknast zu einem Schwerpunkt 1999 zu machen. So wird zur Zeit in Kiel eine Veranstaltungsreihe für Ende April / Anfang Mai vorbereitet, einzelne Veranstaltungen (Podiumsdiskussion, Theater, Musik) sollen und können in anderen Orten wiederholt werden. Gleichzeitig bemühen sich andere, z.B. kirchliche Gruppen darum, die jetzt im Entstehen befindlichen Haftregeln so zu beeinflussen, daß sie so liberal wie möglich gefaßt werden — nach dem Grundsatz: Wenn der Knast nicht zu verhindern ist, dürfen die Flüchtlinge auf keinen Fall alleingelassen werden. Zu den Forderungen gehören Besuchsregelungen ohne zeitliche Begrenzungen, freier Zugang für ÄrztInnen und sonstige HelferInnen, eine fest installierte Verfahrensberatung innerhalb des Gefängnisses und Freizügigkeit innerhalb der Anstalt. So gibt es zum Beispiel keinen Grund, Zellentüren abzuschließen. Die Erfahrung zeigt bisher, daß Schleswig-Holstein in der Ausländerpolitik liberaler agiert als alle übrigen Bundesländer. So schiebt Schleswig-Holstein generell weniger ab als andere, gibt sich gegenüber UnterstützerInnen gesprächsbereit (zumindest die meisten Kreisausländerbehörden) und ergreift gerne auch die Initiative im Bundesrat, bestimmte Regelungen zu entschärfen. Wer schon mal mit Flüchtlingen aus anderen Bundesländern zu tun hatte oder mit den Behörden anderer Bundesländer verhandeln mußte, weiß das. Andererseits wird aber das Ausländerrecht in seiner Gnadenlosigkeit auch in Schleswig-Holstein vollständig angewendet — die Liberalität bleibt eine hübschere Verpackung für den gleichen Inhalt.

Reinhard Pohl

Das Warten hat ein Ende

Aufenthaltsbefugnis für die Brandopfer

Am 18. Januar, dem dritten Jahrestag des Brandanschlages auf die Flüchtlingsunterkunft in der Lübecker Hafenstraße, ist den Überlebenden ein Bleiberecht im Rahmen einer Aufenthaltsbefugnis zugesichert worden. Damit haben – trotz einiger Haken – die Flüchtlinge und ihre UnterstützerInnen einen wichtigen Erfolg errungen.

Bundesinnenminister Schily hat damit dem Antrag des schleswig-holsteinischen Innenministers Ekkehard Wienholtz entsprochen. Nach dem Asylgesetz kann einer Gruppe von Flüchtlingen ein Bleiberecht gewährt werden, wenn humanitäre Erwägungen oder besondere politische Interessen der BRD dafür sprechen. Die Aufenthaltsbefugnisse haben eine Gültigkeit von zwei Jahren, können dann jeweils für weitere zwei Jahre verlängert werden und nach acht Jahren kann eine dauerhafte Aufenthaltsgenehmigung ausgesprochen werden. Bedingung für die Verlängerungen der Befugnisse ist, daß die Flüchtlinge nicht straffällig werden, für die endgültige Aufenthaltsgenehmigung ist zudem die wirtschaftliche Existenzsicherung aus eigener Kraft – sprich Arbeit – notwendig.

Bereits direkt nach dem Brandanschlag wurde für die Überlebenden ein dauerhaftes Bleiberecht gefordert. Im Verlaufe eines zähen Kampfes versprach die Landesregierung, sich für das Bleiberecht einzusetzen, verwies aber auf die notwendige Genehmigung durch den Bundesinnenminister, damals noch **Manfred Kanther**, Abschiebehardliner der CDU. Der verweigerte strikt seine Zustimmung, einmal mit der zynischen Bemerkung, daß ja dann noch mehr Ausländer ihre eigenen Häuser anzünden würden! Eine harte Konfrontation mit der Bundesregierung haben Wienholtz und Simonis stets vermieden, Anfang 1997 vertröstete Heide Simonis auf die bevorstehenden Bundestagswahlen. Gütliches Einvernehmen mit einem „Genossen Minister" stand an, statt politischer Kampf gegen eine reaktionär-rassistische und menschenverachtende Politik – obgleich zehntausende von Menschen aus den unterschiedlichsten politischen Spektren ihre Unterstützung für das Bleiberecht versprachen.

Ende gut – alles gut?

Die jetzige Regelung erscheint als Optimum im Rahmen des rigiden AusländerInnen- und Asylgesetzes. Eine sofort aussprechbare Aufenthaltsgenehmigung bzw. ein dauerhaftes Bleiberecht ohne Bedingungen sieht das Gesetz nicht vor. Eine Garantie für einen dauerhaften Aufenthalt ist also nicht vorhanden: nach Ablauf von zwei Jahren können die Behörden eine Verlängerung verweigern. Dieses Risiko steigert sich enorm, wenn beispielsweise die CDU und Volker Rühe die Landtagswahlen gewinnen sollten...

Dennoch stellt der Erlaß vom Januar eine enorme individuelle Erleichterung für die betroffenen Flüchtlinge dar: der Gang zur Ausländerbehörde

(bislang mindestens alle 6 Monate), und das damit verbundene Bangen erfolgt nun mit einer positiven Perspektive. Aber auch der Lebensstandard wird bei den meisten Flüchtlingen steigen: statt Geld- und Sachleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz steht jetzt den Flüchtlingen mindestens der Sozialhilfesatz zu – der bis zu 20% über den bisherigen Leistungen liegt. Und die Betroffenen können jetzt eine Arbeitserlaubnis bekommen oder eine Berufsausbildung anfangen.

Die Brandopfer haben übrigens vom Gruppenbleiberecht erst aus den Medien erfahren, viele hatten sich am 18. Januar zusammengefunden, um den Opfern des Brandanschlags zu gedenken. Ob der Zeitpunkt der Bleiberechtsgewährung aus Publicitygründen gewählt wurde, oder den Schmerz der Überlebenden lindern sollte – jedenfalls war er ungünstig gewählt. Der Jahrestag des Brandes kann keine ungetrübte Freude über die Aufenthaltsbefugnis zulassen. Zudem wäre eine Vorabinformation an die Betroffenen taktvoller gewesen.

Der politische Erfolg, das Bleiberecht erwirkt zu haben, sollte als nicht zu gering bewertet werden. Zwar erscheint er vielleicht als Gnadenakt einer Regierung, dahinter steht aber der Druck, den die Flüchtlinge und ihre UnterstützerInnen seit dem Brandanschlag entwickelt haben. Ohne diesen Druck wäre wahrscheinlich schon ein nicht geringer Teil der Überlebenden abgeschoben worden. Bei aller Erleichterung und Freude heißt es trotzdem, wachsam zu bleiben: bis die endgültige Aufenthaltsgenehmigung ausgesprochen wurde, also in 8 Jahren, wird das Verhalten von Regierung(en) und Behörden mit Argusaugen betrachtet werden müssen.

Zweiter Prozeß startet im September

Anfang September wird laut Presseberichten der zweite Prozeß gegen Safwan Eid, diesmal vor dem Kieler Landgericht, beginnen. Im Mittelpunkt dürften die Protokolle der Abhörmaßnahme stehen, die während Safwans Untersuchungshaft durchgeführt wurde. Diese Protokolle waren im ersten Prozeß als illegale Maßnahme eingestuft worden, die Nebenklagevertreter der Familie El Omari hatten in diesem Punkt erfolgreich Revision vor dem Bundesgerichtshof eingelegt. Am Freispruch für Safwan wird dies nichts ändern – zumindest nicht, wenn auch nur halbwegs rechtsstaatlich geurteilt wird. Neue Erkenntnisse dürfte der zweite Prozeß kaum bringen. Diese sind nur in einem Verfahren gegen die vier Neonazis aus Grevesmühlen zu erwarten, die ohne Alibi für die Tatzeit, mit handfestem Motiv, mit schweren Indizien (Sengspuren bei drei Verdächtigen an Augenbrauen und Kopfhaar/ wiederholte Geständnisse) tausendmal passender auf der Anklagebank sitzen würden, als der junge Libanese Safwan.

Die UnterstützerInnen der Opfer aus der Hafenstraße können sich nach dem Erfolg in puncto Bleiberecht voll auf die Begleitung des Prozesses konzentrieren. Wir können an dieser Stelle schon mal eine Sonderbeilage zum Brandanschlag Hafenstraße in einer der nächsten Nummern der *Enough is enough* ankündigen und um rege Unterstützung bei den Aktivitäten zu Safwans Prozeß und dem noch zu erkämpfenden Verfahren gegen die tatverdächtigen Nazis auffordern.

HPW

Henstedt-Ulzburg:

Rechtes Gedenken an Wehrmachtsverbrechen

Auch 1998 ließen es sich die Spitze der Henstedt-Ulzburger CDU, die Ulzburger Bundeswehr-Patenkompanie aus Bad Segeberg, die Freiwillige Feuerwehr des Ortes, eine Abordnung des FC Union Ulzburg und zahlreiche BürgerInnen nicht nehmen, auf dem ehemaligen NS-Aufmarschgelände Beckersberg dem Militarismus und der Wehrmacht zu huldigen. Dieses Mal allerdings ohne Blut- und Boden-Stein, dafür mit Nazis, die nur von der Polizei daran gehindert werden konnten, der CDU in ihrem Treiben zuzustimmen.

Rund 15 „Kameraden“ der örtlichen ***Patriotischen Jugend*** hatten nichts weiter tun wollen, als der offiziellen Zeremonie zum Volkstrauertag in Ulzburg beizuwohnen und - wie die anderen Gruppierungen auch - einen Kranz für ihre „Helden“ aus Wehrmacht und NSDAP niederzulegen. Im Gegensatz zu diesen anderen Gruppierungen samt der konservativen Prominenz des Ortes durften sie das allerdings nicht tun, ganz im Gegenteil: Etwa die Hälfte der Nazis wurde festgenommen, die übrigen vom Ort des Geschehens abgedrängt. Unangenehm scheint den Veranstaltern des Ulzburger Heldengedenkens die geistige Verwandtschaft mit den Naziskins und Schlägern aus ihrer Mitte zu sein, so unangenehm, daß sie sich in diesem Jahr nach erneutem öffentlichem Druck bereiterklärt hatten, den ärgsten der NS-Kultsteine auf dem Gelände abzudecken. Von einem Heldengedenken könne nicht die Rede sein, so der wertkonservative Pastor Andreas

Rüß, selbstverständlich gedenke man mit der Zeremonie *„allen Opfern von Krieg und Gewaltherrschaft"*. Warum dieses Gedenken neben der morgendlichen Veranstaltung an der Henstedter Kirche am Nachmittag noch einmal auf dem ehemaligen NS-Aufmarschgelände stattfinden muß, daß konnte Rüß nicht aufklären.

Nachdem sich die Proteste 1997 inhaltlich vornehmlich an den konkreten Vorgängen in Henstedt-Ulzburg orientierten, konzentrierten sich die OrganisatorInnen der Kampagne im Herbst 98 auf den Volkstrauertag selbst als nationalistische und revisionistische Institution.

Heldengedenken im November '98 - Aufmarsch entlang des abgedeckten NS-Kultsteines

In Flugblättern und Veranstaltungen arbeiteten sie die Geschichte dieses Tages auf und forderten unter dem Motto *„Keine Träne für die Täter aus Wehrmacht und Nationalsozialismus"* dessen Abschaffung.

Der Film *„Als Soldaten Mörder wurden"* dokumentierte die Verstrikkungen der Wehrmacht in die Verbrechen des Vernichtungskrieges in Weißrußland. Ingrid Strobels Dokumentarfilm *„Mir zeyn do!"* machte den jüdischen antifaschistischen Widerstand in einem Ghetto im besetzten Polen zum Thema. Karl-Otto Meyer schilderte die Geschichte seiner Desertion aus der Wehrmacht und sprach sich gegen unbedingte Loyalität dem Staat gegenüber aus. Bernd Meimbergs Vortrag skizzierte die neuerlichen Hegemonialmachtbestrebungen des heutigen Deutschland in Osteuropa.

Das Bündnis „Gegen die Verdrehung der Geschichte" wertete die Kampagne als einen wichtigen Beitrag zur Auseinandersetzung mit den deutschen Verbrechen von 1933-1945 und - gemessen an mehr als 300 Interessierten während des Kampagnenprogramms - als Erfolg.

Die einschneidendste Folge der seit zwei Jahren anhaltenden Proteste dürfte die sich abzeichnende Umgestaltung der NS-Kultstätte Beckersberg in Henstedt-Ulzburg sein. Die Fraktion der SPD sprach sich für eine Spaltung des Blut- und Boden-Steines („Es *wirkt das Blut als heil'ge Saat, aus Gräbern wächst die Kraft zur Tat*") aus. Außerdem sollen Tafeln aufgestellt werden, die den Platz und seine Geschichte kommentieren. Allerdings: Wie diese Kommentierung ausfallen wird, muß wachsamen Auges abgewartet werden.

ram / tüdl

Nazi-Propaganda verbreitet - Verfahren eingestellt

Der 55-jährige **Ingo Lachnit** aus Flensburg, der zugegeben hat, verbotene Propaganda der ***NSDAP/AO*** in Umlauf gebracht zu haben, verließ Anfang Januar unbescholten das Flensburger Landgericht. Der ehemalige Berufsschullehrer war angeklagt, verfassungsfeindliche Schriften in Umlauf gebracht zu haben, nachdem im Rahmen einer bundesweiten Aktion von Hausdurchsuchungen am 23. März 1995 auch in seinen vier Wänden umfangreiches Material der verbotenen NSDAP/Auslandsorganisation gefunden wurde. Neben dem Periodikum *NS-Kampfruf* stellte die Polizei seinerzeit 3.700 Aufkleber mit antisemitischen und ausländerfeindlichen Inhalten bei dem Flensburger sicher. Dazu hatte Lachnit in den USA, von wo auch die NSDAP/AO ihre Pamphlete weltweit versendet, Buttons, Broschüren und Disketten bestellt. Fahndern war es seinerzeit gelungen, einen Teil des Postweges von den Vereinigten Staaten in die Bundesrepublik offenzulegen. Bei allen bekannten Adressen wurde man schließlich fündig. Folge von 84 Durchsuchungen waren 57 Ermittlungsverfahren. Federführend bei der Fahndungsaktion war das Bundeskriminalamt.

Der Studienassessor a.D. Ingo Lachnit schwieg während des Ermittlungsverfahrens und erklärte sich erst vor Gericht. Er wolle das bei ihm entdeckte Material bereits 1992 erhalten haben und die Restbestände über mehrere Jahre lediglich aufbewahrt haben, so der ehemalige Lehrer, dessen Studienschwerpunkte Romanistik und Geschichte waren. Die vorsitzende Richterin legte das Lachnit zur Last gelegte Delikt daraufhin zurück ins Jahr 1992 und kam zu dem Entschluß, daß der Tatvorwurf damit verjährt sei. Somit wurde das Verfahren eingestellt.

Lachnits nationalsozialistische Ader fiel Berufsschülern bereits während des Geschichtsunterrichts in den 80er Jahren auf. Er griff als Unterrichtsmaterial mehrfach auf Aufsätze aus der Postille *Nation und Europa* zurück. Das tat er nicht unbedacht, wirkte er für das Magazin doch wiederholt selbst als Autor.

NS KAMPFRUF
KAMPFSCHRIFT DER NATIONALSOZIALISTISCHEN DEUTSCHEN ARBEITERPARTEI AUSLANDS - UND AUFBAUORGANISATION

Familie Pedersen ausgewandert

Über Jahrzehnte begleiteten das Ehepaar Hans Christian Krog und Thora Ruth Pedersen die neonazistischen Umtriebe nördlich und südlich der dänisch / deutschen Grenze. Sie waren fest in der Nazistruktur eingebunden und sorgten regelmäßig für Aufregung. Jetzt leben sie mit ihren Kindern im Staate Südafrika.

Die Fälle um die Pedersens füllen viele Aktenordner im Flensburger Landgericht. Unzählige Anzeigen gegen das Ehepaar liegen dem Gericht vor und nur ein Bruchteil wurde jemals verhandelt. Aber auch mit Unmengen von Anzeigen und Anträgen der Pedersens mußte sich das Gericht befassen. So forderte H.C. Pedersen z.B. in einem pseudowissenschaftlichen Vortragsmarathon, daß die Greueltaten in deutschen Konzentrationslagern bezweifelt werden dürfen. Gleich nach dieser Verhandlung äußerte er gegenüber von Antifaschisten: „*Diesmal nehmen wir kein Gas, wir bündeln euch zu zehnt und schmeißen Euch gleich in den Ofen.*" Der 50-jährige dänische Zahnarzt Pedersen, dem 1989 von der schleswig-holsteinischen Ärztekammer wegen rassistischer und antisemitischer Hetze die Approbation entzogen wurde, lebte bis zu seiner Auswanderung mit seiner Familie in der Gemeinde Steinbergkirche (Kreis Schleswig-Flensburg). Die Pedersens gehörten zum engsten Umfeld von **Thies Christophersen**. Der Vater von H.C., Henry Krog Pedersen, war ein Freund Christophersens aus alten SS-Zeiten. Die Pedersens gehörten etlichen rechtsextremen Gruppen und Organisationen an und beteiligten sich an Unmengen von Aktivitäten der dänischen und bundesdeutschen NS-Bewegung

Schon 1971 war H.C. dabei, als im dänischen Silkeborg ein Gedenkstein der SS-Nachfolgeorganisation ***HIAG*** (***Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit***) eingeweiht wurde. Im Mai 1975 war er beim sogenannten „Reichstag zu Flensburg",

Hans Christian Krog Pedersen und seine Frau Thora Ruth Pedersen

anläßlich des 30.Jahrestages der Festnahme von Hitlernachfolger Großadmiral Dönitz in Flensburg, zu gegen. Er war Aktivist in Christophersens ***Bürger- und Bauerninitiative***, gehörte zur 1987 gegründeten ***Arbeitsgemeinschaft Schönes Sörup*** (***ASS***) und zum Herausgeberkreis der Hetzzeitschrift *„Söruper Rundschau"*. Ebenso traten er und Thora Ruth als Autor und Autorin in der Bauernschaft auf. H.C. Pedersen besuchte 1986 eine Veranstaltungen des ***Nordischen Ringes*** in Schleswig und pflegte so die guten Kontakte zum bekannten Nazi-Anwalt **Jürgen Rieger**. Desweiteren war er Mitglied im ***Förderkreis Junges Deutschland***, einer Vorfeldorganisation der verbotenen ***Nationalistischen Front*** (***NF***) und Angehöriger der ***Gesinnungsgemeinschaft der neuen Front*** (***GdnF***).

Auf dänischer Seite wirkte er 1977 beim Aufbau des ***Landesvereins zur Bekämpfung von Christiania*** mit und wurde Mitglied der ***Dänischen Nationalsozialistischen Bewegung*** (***DNSB***). Er unterstützte die NF bei ihrem Versuch im dänischen Kvaers ein Propagandazentrum zu errichten und trat als Bevollmächtigter des NF-Führers **Meinolf Schönborn** auf.

Nach dem Rückzug der Nationalistischen Front und dem Abgang von Thies Christophersen aus dem südlichen Dänemark, wurde es ruhiger um die Pedersens. Zuletzt verfaßten sie in gewohnter antisemitscher Manier Artikel für die belgische, revisionistische Stiftung ***Freie Historische Forschung*** und ihrem *„Vierteljahresheft für freie Geschichtsforschung"*.

1998 führte H.C. noch einen leider erfolgreichen Prozeß gegen den SSW-Politiker Fleming Meyer (siehe Enough Nr.2+5). Dieses war hoffentlich das politische Ende eines Psychopaten-Ehepaars im Grenzgebiet. *Please - never come back, white scum!*

Literaturhinweis: Versorgungslinie Nord, DK/D 1995, Bezug über Enough-Redaktion

Preußische Tafelrunde in Flensburg

Die ***Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik***, der Kreisverband der vertriebenen Deutschen und der Zollernkreis luden Anfang Januar zur 44. Preußischen Tafelrunde. Das Thema: „Fürst Otto von Bismarck". Als „Gastredner" hatten die Organisatoren keinen anderen als den überzeugten Monarchisten und Antikommunisten **Prof. Dr. Wolfgang Stribrny** als Geschichtswissenschaftler zu präsentieren. Stribrny, selbst Mitbegründer der seit 1976 existierenden Tafelrunde, wurde laut Flensburger Tageblatt dadurch bekannt, *„daß er unbeirrt vom Zeitgeist für Preußen, für die Wiedervereinigung Deutschlands und gegen den Marxismus-Leninismus eintrat"*. Mit lebhaften Beifall und dankenden Worten wurde die Veranstaltung beendet.

Prozeß wird neu aufgerollt

Der im November 1998 begonnene Prozeß gegen **Holger Priehn** (39) wird noch einmal aufgerollt. Grund dafür ist ein Verfahrensfehler. Priehn war vor dem Amtsgericht Neumünster angeklagt, als Verfasser oder Verbreiter der antisemitischen und fremdenfeindlichen Broschüre *„Ist der Weltfrieden noch zu retten?"* aufgetreten zu sein. Auf 131 Seiten wurde in dem Pamphlet für *„Rassentrennung"* geworben. Der wegen Volksverhetzung angeklagte Priehn saß bereits 1990 in Haft; sein Name fand sich 1991 auch im Adreßssbuch des im selben Jahr verstorbenen Nazis Michael Kühnen.

DVU-Stammtisch verhindert

Kreisverband Schleswig-Flensburg lud ein / Antifa lud aus

Eine ausgesprochene Frechheit für Flensburger Verhältnisse leistete sich der nördlichste Kreisverband der Deutschen Volksunion. Über eine Anzeige im Flensburger Tageblatt, anstatt wie üblich über die DVU-eigene Nationalzeitung, luden sie öffentlich zum Stammtisch am 06. Januar. Dabei verzichteten die Einladenen allerdings auf die Angabe des Treffpunktes, so blieb der örtlichen Antifa zumindest ein wenig die Möglichkeit, Recherchearbeit zu leisten.

Die vorgesehenen Örtlichkeiten waren schnell ausgemacht. Ausgerechnet eine griechische Taverne in Satrup (ca. 15 km südlich von Flensburg) sollte den Rechten als Treffpunkt dienen. Daraus sollte nichts werden. 30 AntifaschistInnen waren vor Ort und blockierten vorzeitig den Eingang des Lokals. Die ProtestlerInnen debattierten mit der überraschten Polizei, mit der aufgeregten Wirtin und mit interessierten AnwohnerInnen und warteten gleichzeitig auf die Ankunft der Rechtsradikalen. Diese kamen auch. Aber anstatt der erwarteten 5-10 alten „Herren", hatten die AntifaschistInnen es mit ca. 20 hauptsächlich jüngeren Personen, die kleckerweise eintrafen, zu tun. Es waren eben nicht „nur" einige vergraute Ewiggestrige, die beim Bier von alten Zeiten schwärmen. Neben dem DVU-Landeslistenkandidat zur Bundestagswahl **Erwin Nissen** aus Wees (bei Flensburg) und einigen DVU-Mitgliedern und SympatisantInnen, kamen auch militante Naziskinheads und organisierte Neofaschisten wie **Tim Kirschner** aus Handewitt nach Satrup. Den TeilnehmerInnen der Blockade drängte sich die Vermutung auf, hier nicht nur einen einfachen Rechts-Stammtisch, sondern ein Treffen mit Vernetzungscharakter zu verhindern. Umso erfreulicher war die Einsicht der Wirtin, das Lokal an diesem Abend zu schließen und dem Anmelder des Stammtisches abzusagen. Die Rechtsradikalen, die sich größtenteils nicht an die Blockade herantrauten, entfernten sich daraufhin verärgert und verwirrt vom Ort des Geschehens. Und damit sie ja nicht sobald wiederkommen, wurden am folgenden Wochenende einige hundert Aufklärungsschreiben an die EinwohnerInnen verteilt, indem sie über den Hintergrund und Charakter des Stammtisches und der Protestaktion informiert wurden.

Nazi-Schläger bei Punk-Konzert in Kieler Pumpe

Am 16. 12.1998 tauchten beim Konzert von „V-Punk" und „Hass" im alternativen Kieler Veranstaltungszentrum „Die Pumpe" 25-30 Nazi-Skins auf. Sie begannen während des Auftritts der Kieler Band „V-Punk" eine Schlägerei. Die Rechten prügelten sich durch den Kneipen- in den Konzertbereich und verschwanden vor Eintreffen der Polizei durch die Notausgänge. Bei der Schlägerei wurden einige Konzertbesucher verletzt, der Auftritt von „V-Punk" wurde abgebrochen. Der sichtlich geschockte Hauptakt des Abends, die Marler Deutschpunker „Hass" traten mit verkürztem Programm auf. So weit so schlecht. Doch leider gibt es bei näherer Betrachtung der Veranstaltung einige Dinge, die über die einfache Einordnung „Nazi-Skins überfallen Punk-Konzert" hinausgehen.

Bereits am 4.6.1998 gab es in der „Pumpe" ein Konzert von „V-Punk" als Vorband der Berliner „Terrorgruppe". Auch hier tauchten Nazi-Skins auf - offensichtlich um den Auftritt von „V-Punk" zu sehen. Hier wurde auch deutlich, daß V-Punk in der Punk-Szene nicht anerkannt werden. Die Punks blieben bis zum Hauptakt draußen, anders die Faschos, die sich nach dem „V-Punk"-Gig verzogen. Nur durch Zufall eskalierte die Situation nicht völlig.

Worin die Verbindung der Nazis zu „V-Punk" besteht, ist zunächst nicht einsichtig. Wenn die Texte der Band

„politisch" werden, so sind sie nicht unbedingt rechts einzuordnen, es überwiegen platte Parolen, z.B. daß alle Politiker korrupt und Schweine sind. Die Texte sind weder rassistisch noch nationalistisch. Auch bei Outfit mit RAF-T-Shirts wirkt das Rumgepose nicht gerade Nazi-kompatibel. „V-Punk" jedoch in engeren Sinne als „links" einzuordnen fällt vor dem Hintergrund schwer, dass ein Bandmitglied mit Zuhälterei in Verbindung gebracht wird oder zumindest „eine Immobilie am Hafen hat" (O-Ton-„Pigmaster-Production").

Es bleibt festzuhalten, dass nach dem 4.6. der Veranstalter „Pigmaster-Production", „V-Punk" und die „Pumpe" wissen, was für ein Gefahrenpotential von „V-Punk"-Konzerten in Kiel ausgeht. Dass am 16.12.1998 noch ein Konzert von „V-Punk" sogar ohne nennenswerte Sicherheitsvorkehrungen seitens der „Pumpe" stattfand, ist nicht mehr nur leichtsinnig zu nennen. In der „Pumpe" weigerten sich viele MitarbeiterInnen die Schichten an diesem Abend zu übernehmen, was die Veranstaltung aber nicht verhindern konnte. Problematisch ist auch, dass es im Vorstand der „Pumpe" bisher keinen Konsens über ein generelles Hausverbot für Nazis gibt.

„Pigmaster Produktion" sind im Dezember ebenso erfolgreich wie im Juni nach der Strategie vorgegangen, Auftritte einer als links anerkannten überregionalen Punk-Band durch umstrittenen „V-Punk" zu supporten, damit treffen SS-Runen-Tattooträger auf ein Punk-Publikum. Dies scheint also nicht nur „dumm gelaufen", sondern, wenn wir Pigmaster mal keinen bösen Willen unterstellen, Idiotie mit System zu sein. Hierzu passt auch, dass sich die von Pigmaster gestellte Security nach Augenzeugenberichten während der Schlägerei zurückhielt, um dann bereits am Boden Liegende zusammenzutreten.

Hoffmann verteidigt „Club 88"

Nach der Großen Anfrage der Fraktion Bündnis '90/Die Grünen in der Ratsversammlung Neumünster zum Neonazi-Treffpunkt ***„Club 88"*** sah sich **Rolf Hoffmann** genötigt, die Berichterstattung in der örtlichen Presse mit einem Leserbrief zu kommentieren. Dabei nahm er den überregionalen Anlaufpunkt der Rechtsextremisten - so wird es von den örtlichen Behörden und vom Verfassungsschutz des Landes gesehen - in Schutz. Sein Urteil habe er sich nach einem persönlichen Besuch gebildet, erklärte er. Das reichte ihm wahrscheinlich nicht, denn er fühlte sich berufen, auch das Info-Cafe im selbstverwalteten Jugendzentrum AJZ in Augenschein zu nehmen. Tenor seines Leserbriefes: Im Club 88 würden doch nur wie in einem gewöhnlichen Lokal Getränke konsumiert. Das seien junge Leute, teils orientierungslos, und schon gar nicht die Verfassung oder Republik gefährdend politisch engagiert. Sein Rat: Die „*Verbotskeule*" einpacken, dafür das Gespräch mit dem Club 88-Publikum suchen. Im gleichen Atemzug vergaß er nicht, gegen die Arbeit des Info-Cafes zu hetzen. Wer ist dieser Hoffmann, mag man sich fragen. Er lebt in Großenaspe (Kreis Segeberg) als sogenannter „Ökobauer". Er schwärmt von seiner autarken, gesunden Lebensweise - mit der Natur im Einklang. Überhaupt ist er esoterisch angehaucht, plädiert für eine heidnische Erziehung mit Jugendweihe - verwandt den bündischen Organisationen, den Unitariern, den sogenannten „Freidenkern".

Regelmäßig lädt er auf seinem Hof zu Sonnenwendfeiern ein. Ein Zubrot verdient er sich durch Teilnahme an städtischer Seniorenarbeit bzw. als Referent an der Volkshochschule in Neumünster. Aus seiner Gesinnung machte er vor vielen Jahren bereits keinen Hehl, denn durch einen Leserbrief outete er sich als Leser der inzwischen eingestellten antisemitischen Zeitschrift *Die Bauernschaft* (Herausgeber: der inzwischen verstorbene Altnazi **Thies Christophersen**). Interesse bekundete Hoffmann auch Mitte Oktober 1998, als er am Landesparteitag des rechtsgerichteten ***Bund freier Bürger*** (***BFB***) teilnahm. Dort - wie im Club 88 - teilen viele seine Bewertung der Ausstellung *„Vernichtungskrieg: Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944"*, die er einem Leserbrief an die Kieler Nachrichten anvertraute: *„Mir kam es vor, als wenn hier mit großem Aufwand und unterstützt durch Mittel aus dem Landeshaushalt 'bewiesen' werden soll, daß der Verlierer - daß wir Deutsche sehr, sehr schuldig sind... Ich erhoffe mir eine Gegenausstellung, aber bitte auch auf Landeskosten!"*.

Rolf Hoffmann

Nazi-Überfall auf Gaststätte

Am 24.10.98 wurde die Gaststätte "Buddy's" in Heide von ca.15 mit Baseballschlägern und Knüppeln bewaffneten Nazis überfallen. Diese betraten kurz nach Mitternacht das Lokal und fingen sofort an, auf Inventar und Gäste einzuschlagen. Außerdem wurde die Kasse geöffnet und Geld entwendet. Fazit: Drei Gäste erlitten Platzwunden und Prellungen, es entstanden ca. 3.000 DM Sachschaden und etwa 500 DM wurden gestohlen. Von den anwesenden wird die Tat als äußerst brutal und skrupellos beschrieben. Die Nazis schlugen gezielt auf die Köpfe der Gäste ein und nahmen keine Rücksicht auf bereits Verletzte. Es wurde auch von "Uniformierung" gesprochen, da alle in dem typischen Nazi-Skin-Outfit auftraten. Die ganze Aktion dauerte ungefähr eine Minute und wirkte auf einige der Anwesenden "routiniert". Die kurz darauf erschienene Polizei machte sich auf die Suche nach den Tätern. Sie konnte an verschiedenen Orten zehn Nazis festnehmen. Nach einem Hinweis, daß einer der Täter in einer Wohnung gegenüber der Gaststätte wohne, wurde diese aufgebrochen und weitere sieben Nazis festgenommen. Es wurden diverse Waffen wie Baseball-Schläger, Knüppel, Messer und Schreckschußpistolen sichergestellt. Drei der festgenommenen wohnen in Heide. Sie sind Brüder und vor ca. zwei Jahren mit ihrer Familie von Ribnitz-Damgarten dorthin gezogen. Alle anderen stammen aus Mecklenburg-Vorpommern (Güstrow, Franzburg, Ribnitz-Damgarten und Umgebung). Sie gehören teilweise dem "Club MSF" (Mecklenburger Skinhead-Front) in Ribnitz-Damgarten bzw. dem "Mecklenburger Sturm" an. Vermeintlicher Hintergrund: Der Überfall ist eine Racheaktion für einen Vorfall am vorherigen Wochenende. Vier der Tatbeteiligten wurde der Eintritt in die Gaststätte "Buddy's" verwehrt. Bei einer anschließenden Auseinandersetzung wurde ein Nazi mit einer Bierflasche am Kopf verletzt. An diesem Abend wurde bereits gedroht, den "Laden platt zu machen". Für das darauffolgende Wochenende mobilisierten die Heider Nazis dann Bekannte aus ihrem früheren Wohnort.

Polizei und Justiz tatenlos!

Die Serie von Nazi-Schmierereien und Brandanschlägen in Lübeck setzte sich auch Ende letzten Jahres fort. In zeitlicher Nähe zu einem über mehrere Tage dauernden Internationalen Historikerkongreß anläßlich des 60. Jahrestages der Reichspogromnacht wurden mehrere Gebäude mit Hakenkreuzen und dem Namen des St. Marien-Pastors, Günter Harig, besprüht. Die St. Marien-Gemeinde war im Frühjahr 1997 in die Schlagzeilen geraten, als sie einer algerischen Familie Kirchenasyl gewährte. Dies dauert bis zum heutigen Tag an, eine Lösung für die Familie scheint derzeit nicht in Sicht. Seit der Entscheidung der Kirchengemeinde diesen Schritt zu gehen, haben Neonazis mehrere Brandanschläge und über ein Dutzend Hakenkreuzschmierereien verübt. Zumeist waren kirchliche Einrichtungen das Ziel. Im Oktober und November letzten Jahres wurden u.a. die nach den jüdischen Geschwistern Prenski benannte Gesamtschule, sowie die nur circa 50m von der rund um die Uhr bewachten Synagoge entfernt gelegene St. Aegidien-Kirche beschmiert. Desweiteren wurden in diesem Zeitraum auch das Gebäude der Fachhochschule, ein kirchlicher Kindergarten und die Andreaskirche zur Zielscheibe der Neonazis. Alle letztgenannten Örtlichkeiten liegen im Stadtteil St. Jürgen, in dem sich die Täter scheinbar sehr gut auskennen. Weit über die Hälfte der in den letzten zwei Jahren begangenen neofaschistischen Straftaten wurden dort verübt. Am Abend des 16. Dezember gegen 18.30 Uhr kam es dann zu einem Brandanschlag auf den Sendemast des Norddeutschen Rundfunks (NDR). Auch dort wurden Hakenkreuze gesprüht, zudem die Worte „NDR" und „Sau". Anlaß war augenscheinlich die geplante Ausstrahlung eines Berichtes über die Pressekonferenz der Lübecker Kriminalpolizei zu den vermehrt auftretenden Brandstiftungen (laut Auskunft der Polizei zumeist Laubenbrände!) in Lübeck, der um 19.30 Uhr desselben Tages im „Schleswig-Holstein Magazin" des NDR gesendet werden sollte. Die Täter reagierten also innerhalb weniger Stunden, da ihnen die Tatsache über die Ausstrahlung dieses Berichtes frühestens am Abend des Vortages bekannt geworden sein dürfte. Ihr Ziel, diese zu verhindern, erreichten sie jedoch nicht. Dennoch haben sie so den Empfang der Radiosender NDR 1-4 und Njoy sowie des Fernsehsenders ARD für den Bereich Lübeck bis zum Abend des 17. Dezember lahmgelegt. Zudem war auch das E-Plus-Netz gestört. In welchem Kreis die Täter und Drahtzieher der organisierten Nazi-Kampagne zu suchen sind, dürfte klar sein. Am 7. Oktober letzten Jahres -also kurz vor Beginn der neuerlichen Serie neofaschistischer Straftaten- gründete sich in Lübeck eine sogenannte „**Volksfront gegen linke Gewalt**", bestehend aus Vertretern von **NPD, DLVH, DVU, Rep.**, **Bündnis Rechts** und „**Freien Kameradschaften**". Ziel dieses organisationsübergreifenden Zusammenschlusses ist es, „*in nächster Zukunft Konzept zu erarbeiten, wie effektiv der linke Terror eingedämmt oder noch besser verhindert werden kann*". Mit „links" sind alle Menschen, Organisationen und Institutionen gemeint, die Nazis nicht „respektieren". Seien es nun beispielsweise Kirchenvertreter, unabhängige AntifaschistInnen, unbequeme Schriftsteller oder kritische Presse. Die Ermittlungsbehörden können indes keine konkreten Ergebnisse nachweisen. Der Ermittlungsdruck auf die Lübecker Neonazi-Szene scheint nicht sehr groß zu sein, denn die Täter sind keineswegs eingeschüchtert, im Gegenteil! Das Lübekker Bündnis gegen Rassismus wird aus diesem Grund in den kommenden Monaten den Druck auf die hiesige Nazi-Szene ebenso erhöhen wie auf die Ermittlungsbehörden.

VS-Anwerbeversuche fehlgeschlagen!

In den letzten Monaten sind uns zwei Anwerbeversuche des Schleswig-Holsteinischen Verfassungsschutzes (VS) bekannt geworden. Im November letzten Jahres traf es einen 18jährigen Lübecker, zwei Monate später einen 19jährigen aus Bad Segeberg. In beiden Fällen versuchte ein Mitarbeiter des VS die Jugendlichen, unter dem Vorwand er mache eine Umfrage, in ein Gespräch zu verwickeln.

Einmal sollte die politische Einstellung von Lübecker Jugendlichen nach den Aufmärschen des neofaschistischen „Bündnis Rechts für Lübeck" Thema sein, ein anderes Mal die Wehrmachtsausstellung in Kiel. Die Anwerbeversuche fanden jeweils an der Haustür der Betroffenen statt, in einem Fall hatte sich der VS-Mitarbeiter (er nannte sich **Peter Heiden**) bereits 10 Minuten zuvor telefonisch gemeldet. Obwohl er dort abgewimmelt worden war, versuchte er es, mit der Begründung er sei wohl falsch verstanden worden, noch einmal direkt vor Ort. Als Einstieg lobte er die antifaschistische Arbeit in Bad Segeberg und versuchte so ein gleiches Interesse vorzugaukeln.

Der VS hatte in beiden Fällen keinen Erfolg! Die Jugendlichen taten genau das Richtige, sie ließen sich nicht auf das Gespräch ein und machten die Vorfälle öffentlich. Die „Geheimen Dienste" -wie der VS- fürchten nichts mehr als die Öffentlichkeit. Dies gilt um so mehr, wenn die angesprochenen Personen noch sehr jung sind. In der konkreten Situation kann manchmal schon eine hinzukommende Person eures Vertrauens den VS-Mitarbeiter zum Gehen veranlassen. Im übrigen hat dieser keine polizeilichen Befugnisse, d.h. er hat euch gegenüber keine Rechte!

Der kurze zeitliche Abstand zwischen den Anwerbeversuchen läßt darauf schließen, daß es noch weitere gegeben haben könnte bzw. geben wird. In solchen Fällen könnt ihr euch vertrauensvoll an den Ermittlungsausschuß Schleswig-Holstein (Tel.: 0431/576555) wenden. Dort erhaltet ihr Hilfe. Der Verfassungsschutz hat sicherlich zwei Hauptbeweggründe für diese Anwerbeversuche. Der erste ist natürlich die Informationsbeschaffung. Es kann jedoch davon ausgegangen werden, daß es in den beschriebenen Fällen auch darum ging, eine Einschüchterung der jungen Leute zu bewirken. Abgesehen davon, daß sich alle erst einmal die Frage stellen, warum gerade sie ausgewählt wurden, stellt sich dieser Druck gerade bei Menschen, die noch bei ihren Eltern wohnen, als sehr effektiv dar. Es gehört also zu Taktik des VS in erster Linie sehr junge Leute, die das erste Mal politisch aufgefallen sind, z.B. durch ihre Festnahme auf einer antifaschistischen Demonstration, anzusprechen. Die Personen wurde also nicht ausgewählt, weil sie einen so tiefen Einblick in die politisch arbeitenden Gruppen haben, sondern weil sie Kontakte zu diesen haben, jedoch aufgrund ihres Alters oder ihrer politischen Erfahrung eine Zusammenarbeit nicht von vornherein ausgeschlossen zu sein scheint. Menschen die schon längere Zeit politisch aktiv sind, ist die Funktion des VS ja meist bekannt und eine Zusammenarbeit somit von Anfang an tabu. Diese Menschen lassen sich meistens nicht durch Erpressungen (z.B. laufende Ermittlungsverfahren) unter Druck setzen und reagieren auch nicht auf Geldangebote, auch wenn diese oft verlockend klingen.

Anwerbeversuche des Verfassungsschutzes sind keine Privatsache und daher ist es ausgesprochen wichtig, Vorfälle dieser Art öffentlich zu machen und sich FreundInnen und GenossInnen anzuvertrauen. Natürlich wollen wir nicht übertriebene Vorsicht oder Verfolgungswahn schüren, da diese bei der politischen Arbeit genauso schädlich sein können wie Arglosigkeit und Naivität. Angst vor totaler Überwachung, vor Spitzeln und Provokateuren lähmt und paßt sich nahtlos in das Konzept politischer und geheimdienstlicher Zersetzungsarbeit ein. Ziel all dieser Aktivitäten ist die Behinderung und letztendliche Zerschlagung der politischen Arbeit.

Nix sagen
- nur das ist sicher!
Avanti -Projekt
undogmatische Linke

Weihnachtliche Naziprovokationen in Lübeck

Die Woche vor den Weihnachtsfeiertagen nahmen einige leichtsinnige Neonazis zum Anlaß vor dem selbstverwalteten politischen Zentrum „alternative" in Lübeck ihren Mut zu erproben.

Der erste Vorfall ereignete sich am Samstag, den 17. Dezember gegen 21 Uhr. Ein Taxi, mit einigen Neonazis als Fahrgästen, hielt vor der „alternative", eine Person sprang aus dem Wagen, lief kurz aufs Gelände, rief „*Antifa hahaha!*", und lief zum Wagen zurück, der mit quietschenden Reifen abfuhr. Nur zwei Stunden später versuchten erneut zwei Faschisten, diesmal zu Fuß, vor dem Gelände zu provozieren. Bei einem der Faschisten handelte es sich um **Dirk Oliver Bollmann**, ehem. Mitglied der verbotenen ***Nationalistischen Front*** (***NF***) und Sänger der Nazi-Band ***Zerstörer***. Sie griffen ohne Vorwarnung eine Besucherin der alternative an, und schlugen ihr mit einer Flasche ins Gesicht. Wenige Augenblicke später mußten sie dann allerdings die Beine in die Hand nehmen. Doch Dirk Bollmann kam jedoch nur ca. 20m weit und mußte deshalb die Nacht im Krankenhaus verbringen. Diesem Vorfall folgte noch ein weiterer am 23. Dezember, bei dem ein 47jähriger Bewohner der „alternative" von drei Neonazis verletzt wurde. Bei diesem Überfall warfen die Angreifer zudem eine Fensterscheibe auf dem Gelände ein. Die vom Wachdienst der gegenüberliegenden Musik- und Kongreßhalle, alarmierte Polizei konnte zwei der Täter jedoch wenig später festnehmen.

„NIT"-Betreiber Goertz interviewt

Mit einem vierseitigen Interview mit dem Betreiber des „***Nationalen Infotelefon Hamburg***" (***NIT***), **Andre Goertz**, wartet die Musikzeitschrift für rechte Skinheads „*Rock Nord*" (Aufklage: 15.000) in ihrer letzten Ausgabe auf. Der BWL-Student, der zur Zeit seine Diplomarbeit schreibt, verfügt mittlerweile über vier regionale Anschlüsse seines Infotelefons und betreibt zudem eine eigene Homepage im Internet. Jede seiner Ansagen, so Goertz, werde derzeit von etwa 1300 Personen genutzt. Goertz rühmt sich in dem Interview seiner bislang 30 Ermittlungs -und 10 Gerichtsverfahren und dreier Hausdurchsuchungen. Nur einmal sei er bislang verurteilt worden und zwar wegen Verstoßes gegen den § 86a („*Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen*"). Er habe wohl „*beim Grüßen zu viele Finger abgespreizt*", so der ehemalige Landesvorsitzende der 1995 verbotenen „***Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei***" (***FAP***). Im Gegensatz zu seinem Infotelefon, daß das „*professionellste*" und „*technisch versierteste*" aller NITs sei, seien alle anderen NIT-Projekte „*rein regionale Freizeitprojekte*". Er beabsichtige nun, künftig allen anderen NITs in Bundesländern, in denen er ein eigenes Infotelefon betreibe, „*die Benutzung dieses Namens*" zu untersagen. „*Bei den organisierten NS-Fetischisten*" wie Goertz seine Konkurrenten bezeichnet, sei er wegen eines bereits 1991 begangenen "*multikulturellen Vergehens*" sowieso „*unten durch*". Die Zeitschrift „*Bramfelder Sturm*", die „*Stimme der nationalen Jugend*" hatte Goertz damals ins Visier genommen, weil dieser eine Türkin geheiratet hatte, „*damit diese Türkin hier in Deutschland Bleiberecht bekommt und in der Gärtnerei seiner Mutter billig arbeiten konnte*", so der „*Bramfelder Sturm*" (10/96). Im Gegensatz zu anderen NIT-Betreibern, die Goertz als "Leute aus dem Ghetto" bezeichnet, wo „*sie auch immer drin bleiben*" werden, plädiert Goertz „*für ein vernünftiges Maß an nationalem Denken*", „*vorzeigbare Leute*" und „*ein entsprechendes Auftreten*". „*Subkultur und Politik*" seien für ihn „*zwei Paar Schuhe*". Er könne sich nicht zugleich als „*überzeugter Vertreter der Skinheadbewegung*" und „*als politischer Vertreter einer Partei*" präsentieren. Der NPD wirft Goertz u.a. vor, „*die Skinheads nur als Füllmaterial für ihre Demonstrationen*" zu „*benutzen*". Besser wäre, „*wenn beide Seiten nebeneinander arbeiten und keine Seite versucht, das Verhalten der anderen zu bestimmen*", so der Hamburger NIT-Betreiber. Eine Organisierung in einer Partei sei für ihn ohnehin nicht mehr denkbar. Er wolle sich nicht „*selbst in Ketten*" legen, zumal eine „*Organisierung in Vereinen*" doch „*sofort kriminalisiert*" werde. Er trete dafür ein, aktiv zu sein ohne Mitgliedsbuch, nach dem Motto: „*Jeder macht mit, keiner ist verantwortlich*". Nach dem Wahlsieg der „*rot-grünen Banausen*" habe er zwar „*vor Wut in den Teppich gebissen*", aber die „*Jungs haben uns zwar nicht gefördert, aber auch nicht aufgehalten*". Nun sei die Gründung weiterer „*Nationaler Infotelefone*" geplant, so u.a. „*im Südwesten*" der Republik, wo er es sich „*an Rhein und Neckar gemütlich machen*" will. (hma/AN 3/99)

Neuer Landesverband des „Bündnis Rechts"

In Neustrelitz wurde Mitte Dezember ein Landesverband ***Bündnis rechts Mecklenburg-Vorpommern*** gegründet. Auf Initiative des ***Bündnis rechts für Lübeck***, dessen 1. Vorsitzender **Dieter Kern** (Lübeck) bei der Gründungsversammlung sprach, ist dies der erste Schritt zu einer organisatorischen Ausdehnung der bisher auf Schleswig-Holstein beschränkten faschistischen Wählergemeinschaft. In Mecklenburg-Vorpommern denkt das Bündnis rechts angeblich an eine Teilnahme an den Kommunalwahlen; weitere Landesverbandsgründungen sind angekündigt. Wie in Schleswig-Holstein sei eine „organisationsübergreifende Zusammenarbeit" der faschistischen Organisationen angestrebt, um schließlich eine „vereinigte Rechte" zu schaffen, ohne allerdings „vorhandene Parteistrukturen zu schwächen". In Schleswig-Holstein bietet das Bündnis Rechts bisher ein Forum für die Diskussion um Zusammenarbeit insbesondere von ***NPD*** und militanten Neonazis; in Lübeck scheiterte Anfang 1998 der Versuch, nach einem Schwerpunktwahlkampf in das dortige Stadtparlament einzuziehen. Dem Ziel einer Vereinigung der verschiedenen faschistischen Gruppen war bereits die ***Deutsche Liga für Volk und Heimat*** verpflichtet, sie scheiterte. Mit gewisser Skepsis darf man also auch diesen Versuch verfolgen.

REP-Vorsitzender in Mecklenburg-Vorpommern wiedergewählt

Schlechter, als in der Partei erwartet, hatte der ***REP***-Landesverband bei den Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern Ende September 1998 abgeschnitten. REP-Bundesvorsitzender **Schlierer** machte dafür auf einem Landesparteitag in Schwerin u.a. **DVU** und **NPD** verantwortlich, die *„durch zweifelhafte Aktionen rechte Politik in Mißkredit gebracht"* hätten. Mit Blick auf die Kommunalwahlen in Mecklenburg-Vorpommern trat der als Landesvorsitzender wiedergewählte **Bernd Bernhard** inzwischen dafür ein, zu einer Abstimmung mit den anderen faschistischen Parteien zu kommen, um sich nicht gegenseitig Stimmen weg zu nehmen. Als Bernhards Stellvertreter sind **Steffen Zedler** (33, Neubrandenburg), **Rainer Birkholz** (33, Witzin) und **Bernd Hollmichel** (27, Schwerin) gewählt worden.

Nazis bauen brennende Barrikaden

In der Nacht vom 20. auf den 21. Februar löste eine Hundertschaft der Polizei im vorpommerschen Spantekow eine Feier von circa 120 Neonazis auf. Diese hatten ausländerfeindliche Parolen gebrüllt. Bei ihrem Eintreffen wurden die Beamten von den Gästen sofort mit Steinen, Flaschen und Stühlen beworfen. Als der Saal schließlich geräumt war, errichteten die Neonazis vor dem Lokal Barrikaden aus Müllcontainern, zündeten diese an und skandierten „Sieg Heil". Die Polizei nahm mehrere Personen fest und beschlagnahmte zudem zwei Rucksäcke mit CDs einschlägig bekannter Nazi-Bands.

Landesregierung will härter gegen Rechte vorgehen

Kurz vor Weihnachten kündigte Mecklenburg-Vorpommerns Innenminister Gottfried Timm (SPD) an, das Land werde konsequenter gegen Treffen von Faschisten vorgehen. Beim Landeskriminalamt werde eine besondere Arbeitsgruppe eingesetzt. Er erwarte von der Polizei, daß sie Veranstaltungen wie Skinhead-Konzerte, sogenannte Sonnenwendfeiern oder als Geburtstagsfeiern getarnte Treffen schon im Vorfeld verhindere. Kein Anlaß dürfe für ein Einschreiten der Polizei zu unbedeutend sein. Im Dezember hatte die Polizei im vorpommerschen Jürgensdorf ein Skinkonzert mit 200 Teilnehmenden nach drei Stunden aufgelöst, nachdem dort *„Sieg Heil"* und *„Ausländer raus"* skandiert worden war. Anfang Dezember hatte in Groß Schwiesow ein Skin-Konzert ungehindert stattfinden können.

Bund Freier Bürger in der Krise

Das schlechte Abschneiden des extrem rechten **Bund Freier Bürger (BFB)** bei den Bundestagswahlen (0,3%) hat zu einer tiefgehenden Krise dieser Partei geführt. Auf der für den 28. Februar geplanten außerordentlichen Mitgliederversammlung ist der Parteigründer, **Manfred Brunner**, als Bundesvorsitzender zurückgetreten. Erst am 2. Mai wird der Vorstand auf einer Delegiertenversammlung neu gewählt; bis dahin sollte die Partei von **Markus Roscher** geleitet werden. Roscher kommt wie Brunner ursprünglich aus der FDP. Deren Bundesvorsitzender Wolfgang Gerhardt hat derweil ein Gespräch mit Brunner über eine Mitarbeit auf Bundesebene geführt. Von Teilen der FDP, darunter das Präsidiumsmitglied Leutheusser-Schnarrenberger und der bayerische Landesvorsitzende Hermann Stützer, wird eine Rückkehr Brunners entschieden abgelehnt. Brunner selbst läßt verlauten, daß er *„niemals auf die Idee kommen* (würde), *in die bayerische FDP einzutreten"*. Angeblich hat auch die CSU Interesse an Brunner bekundet. In Hessen, wo der BFB über eine vergleichsweise gut ausgebaute Parteistruktur verfügt, konnten bei der Landtagswahl am 6. Februar 1998 lediglich 0,4 % der Zweitstimmen erreicht werden. Spitzenergebnisse gab es in Hersfeld (3,3%), im Main-Taunus-Kreis I (2,2%) und in Rotenburg (1,5%). Der in Hessen ansässige BFB-Generalsekretär **Heiner Kappel** vertritt den Kurs einer Annäherung an die ***REP*** und hatte sich im Dezember mit deren Bundesvorsitzenden **Rolf Schlierer** getroffen. Mitte Februar wurde in Jena der Öffentlichkeit ein Bündnis aus REP, BFB und ***Pro-DM-Partei*** vorgestellt, das zur Landtagswahl in Thüringen antreten will. Der dortige Pro-DM-Landesvorsitzende **Gerhard Otto** soll inzwischen jedoch aus der Partei ausgeschlossen worden sein. Mittlerweile hat auch der geplante BFB-Interims-Parteichef , Markus Roscher, seinen sofortigen Austritt aus dem BFB erklärt. Hintergrund sei die erwähnte gemeinsame Landesliste von REP und BFB in Thüringen.

„Junger Freiheitlicher" -Patrick Reimers

Trotz der parteiinternen Auseinandersetzungen beim BFB geht der Aufbau der Jugendorganisation weiter. Auch in Hamburg und Schleswig-Holstein wurden inzwischen Landesverbände der ***Jungen Freiheitlichen*** gegründet. Vorsitzender in Schleswig-Holstein ist der Quickborner **Patrick Reimers**, der auch im JF-Bundesvorstand ist.

DVU-Fraktion im Magdeburger Landtag verliert Abgeordnete

Zehn Monate nach der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt hat sich die Landtagsfraktion der faschistischen ***DVU*** um ein Viertel verkleinert. Mitte Februar erklärten die Abgeordneten **Torsten Miksch, Jörg Büchner, Werner Kolde** und **Horst Montag** ihren Austritt aus der Fraktion. Gegen Miksch (hat inzwischen engen Kontakt zur ***NPD***) und Büchner läuft ein Parteiausschlußverfahren; mit den beiden anderen ist der DVU-Fraktionsgeschäftsführer **Wolf** weiter im Gespräch. Diese Entwicklung - von vielen BeobachterInnen erwartet - führt derzeit noch nicht dazu, daß die Möglichkeiten der DVU zur rassistischen und nationalistischen Agitation geringer werden; DVU-Chef **Frey** kommt diese Entwicklung aber besonders ungelegen, weil die REP trotz fehlender Konkurrenz bei der Landtagswahl in Hessen den Einzug in das dortige Landesparlament verpaßt haben. Anfang Juni ist die DVU in Bremen dran; die REP verzichten dort absprachengemäß auf eine Kandidatur. In Bremen jedoch möchte Frey die DVU als Kraft präsentieren, die im politischen Geschäft akzeptiert ist. Das wird nun wieder schwerer.

DVU-Fraktionsgeschäftsführer Wolf

Zivilcourage bestraft

Gründerin der „Passauer Aktion Zivilcourage" wird wegen der Blockade einer NPD-Versammlung zu einer Geldstrafe verurteilt

Antifaschistische Proteste gegen den NPD-Kongreß in Passau

Nun hat es die Passauer Justiz doch noch geschafft: Das Amtsgericht verurteilte die Rechtsanwältin Eleonore Stern wegen „*Aufforderung zur groben Störung einer nicht verbotenen Versammlung*" zu einer Geldstrafe von 800 Mark. Stern hatte die „Passauer Aktion Zivilcourage" (PAZ) als ein Bündnis von Einzelpersonen ins Leben gerufen und für eine von 2.000 Menschen getragene Blockadeaktion verantwortlich gezeichnet. Die Aktion hatte sich am 7. Februar letzten Jahres gegen einen von der **NPD** in der Nibelungenhalle durchgeführten „*Tag des nationalen Widerstandes*" gerichtet. Die NPD hatte sich bei Stern mit einer Anzeige wegen „*Bildung einer kriminellen Vereinigung*" revanchiert.

Die Passauer Staatsanwaltschaft blieb ebenfalls nicht untätig. Sie leitete insgesamt 60 Ermittlungsverfahren gegen Unterstützer der PAZ-Aktion wegen „*öffentlicher Aufforderung zu Straftaten*" ein. Übrig blieb nur das Verfahren gegen Stern, die auf zahlreichen Flugblättern und Plakaten als Kontaktadresse der PAZ fungierte. Obwohl über 2.000 Bürger mit ihrer Unterschrift zur Hallenblockade aufgerufen hatten, konzentrierte sich das staatsanwaltschaftliche Interesse auf die Rechtsanwältin. Nur ihr sei es konkret nachzuweisen, daß sie tatsächlich zur Blockade aufgerufen habe. Die gewaltfreie Blockade der Eingänge der Nibelungenhalle wertete Oberstaatsanwalt Huber als „*grobe Störung einer Versammlung*". Es erging ein Strafbefehl über 60 Tagessätze à 80 Mark.

Vor Gericht machte sich nun Amtsrichter Hammer, der der angeklagten Rechtsanwältin ein „*mangelndes Standesbewußtsein*" vorwarf, die Argumentation der Staatsanwaltschaft zu eigen. Ein Sich-in-den-Weg-Stellen stellte er auf eine Stufe mit einem gewalttätigen Vorgehen gegen Versammlungen. Beides diene dem Ziel, diese zu vereiteln und sei daher strafbar. Hammer weigerte sich jedoch, den Begriff der „*groben Störung*" präzise zu definieren und schmetterte alle entsprechenden Anträge von Sterns Verteidiger ab. Zugleich kritisierte er die Weigerung der Staatsanwaltschaft, nach dem Grundsatz der rechtlichen Gleichbehandlung auch die restlichen Unterstützer der Blockadeaktion wegen „*Aufforderung zu Straftaten*" zu belangen.

Da die PAZ auch im September letzten Jahres zur Blockade einer **DVU**-Versammlung in der Nibelungenhalle aufgerufen hatte, laufen gegen Stern derzeit 15 weitere Ermittlungsverfahren. „*Was von der Glaubwürdigkeit öffentlicher Forderungen nach Zivilcourage und 'Eingreifen statt Zuschauen' zu halten ist, mag sich jeder und jede selbst zusammenreimen*", kommentiert die PAZ das Vorgehen der Justiz.

(Bernd Siegler, die tageszeitung vom 10.2.1999)

Von rassistischer Kampagnenpolitik zur tötlichen Hetzjagd

Am Morgen des 13. Februar wurde der 28jährige Algerier Omar Ben Noui im brandenburgischen Guben ermordet. 15 Neonazis hatten ihn und einen Freund durch die Stadt gehetzt, dabei ausländerfeindliche Parolen gebrüllt und ihn schließlich soweit in die Enge getrieben, daß er in Todesangst durch die Glastür eines Hauseinganges sprang. Hierbei verletzte er sich so schwer, daß er verblutete. In der Zwischenzeit sind circa ein Dutzend Neonazis zumindest vorübergehend festgenommen worden. Nur ein kleiner Teil von ihnen sitzt jedoch noch in Haft. Die meisten sind wieder auf freiem Fuß, da sie die Tat gestanden hatten und angeblich keine Fluchtgefahr besteht. Mit blankem Zynismus reagierte die Brandenburger CDU. Sie warf der SPD-Landesregierung Versäumnisse bei der Bekämpfung des Neofaschismus vor. Als läge dies im Interesse der CDU. Sie selbst schürt doch Fremdenfeindlichkeit und Rassismus und bereitet somit erst den Boden für neofaschistische Gewalttaten. Mit ihrer Unterschriftenkampagne gegen die doppelte Staatsbürgerschaft hat die CDU ihre rassistische Kampagnenpolitik zum wiederholten Mal unter Beweis gestellt. So wird Neofaschismus erst salonfähig gemacht. Und Omar Ben Noui ist nur ein weiteres Opfer dieser menschenverachtenden Politik.

Um des Profits willen: Deutsche Konzerne zahlen Entschädigung

Zwölf deutsche Konzerne haben sich Mitte Februar bereit erklärt, die Einrichtung einer „Stiftungsinitiative deutscher Unternehmen: Erinnerung, Verantwortung und Zukunft" zu unterstützen: Allianz-Versicherung, BASF, Bayer, BMW, DaimlerChrysler, Deutsche Bank, Degussa, Dresdner Bank, HoeschKrupp, Hoechst, Siemens und VW. Damit nimmt ein Projekt Gestalt an, daß Bundeskanzler Schröder zur Chefsache gemacht hat: in Sachen Sklavenarbeit im Dienste deutscher Konzerne während des deutschen Faschismus soll nun ein „abschließendes materielles Zeichen" (so Kanzleramtsminister Bodo Hombach) gesetzt werden.

Bei der Pressekonferenz stellte Bundeskanzler Schröder übereinstimmend mit Krupp-Boß Gerhard Cromme und dem Vorstandssprecher der Deutschen Bank, Rolf Breuer, fest, daß es beim Fonds in erster Linie darum gehe, mit zwischenstaatlichen Vereinbarungen „Rechtssicherheit" für die Unternehmen zu schaffen. Die nun, 54 (!) Jahre nach der militärischen Zerschlagung des Faschismus gestartete Initiative richtet sich also in erster Linie gegen die Sammelklagen, die in den USA gegen deutsche Konzerne anhängig sind oder vorbereitetet werden. So heißt es in der von den o.g. Konzernen verbreiteten Erklärung denn auch deutlich, daß die Initiative eine Grundlage schaffen solle, *„um Klagen, insbesondere Sammelklagen in den USA, zu begegnen und Kampagnen gegen den Ruf unseres Landes und seiner Wirtschaft den Boden zu entziehen"*.

Jahrzehntelang hat die deutsche Industrie alles getan, um ihre Mitwirkung und Verantwortung am deutschen Faschismus und seinen Verbrechen zu leugnen und zu beschönigen: sie hat die Nazis an die Macht gebracht, sie hat die Kriegszielpanung vorangetrieben und am Krieg ebenso verdient wie an der „Vernichtung durch Arbeit" in den KZ. Auch die Verschleppung zur Arbeit nach Deutschland war nach dem Nürnberger Urteil eine Form der Verfolgung, ein Verbrechen, für das Fritz Sauckel als „Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz" gehenkt wurde.

Zur treibenden Rolle, die die deutsche Wirtschaft dabei einnahm, sind viele Dokumente seit Jahrzehnten bekannt und veröffentlicht. Die deutsche Wirtschaft bekennt sich erst in den letzten Jahren vereinzelt und in Teilbereichen zu diesem Teil ihrer Geschichte. Wenn Teile der deutschen Wirtschaft nun mit Unterstützung Schröders nach einer Entschädigungsregelung suchen, so haben sie dabei die Erfahrung der Schweizer Banken vor Augen, die nach einer längeren politischen und juristischen Auseinandersetzung, zu der auch ein Boykott Schweizer Banken durch 20 US-Bundesstaaten gehörte, schließlich zur Zahlung von 1,25 Milliarden US-Dollar gezwungen wurden. Eine Schädigung ihrer Geschäftsmöglichkeiten befürchten auch deutsche Unternehmen, so z.B. die Deutsche Bank, die die für 17 Milliarden Mark geplante Übernahme des US-Investmenthauses *Bankers Trust* möglichst rasch abschließen und damit zur weltgrößten Bank aufsteigen will.

Die nun geplante Initiative ist jedoch weit entfernt von einer *„abschließenden materiellen"* Lösung:

a) Ein Teil der derzeit auf 2,5 bis 3 Milliarden Mark veranschlagten Fondsmittel soll in eine sog. „Zukunftsstiftung" gehen, d.h. z.B. für den Jugendaustausch verwendet werden.

b) Wer weniger als sechs Monate von deutschen Unternehmen in „Sklavenarbeit" ausgebeutet wurde, soll nichts erhalten. Ebenso sollen Kriegsgefangene von der Regelung ausgeschlossen bleiben.

c) Angelehnt an die Erfahrungen mit dem VW-Fonds soll die maximale Entschädigungssumme bei etwa 10.000.- DM liegen. Tatsächlich müßten die deutschen Unternehmen jedoch den kompletten Lohn zuzüglich Zins und Zinseszins zahlen.

Überlebende aus Osteuropa, die den größten Teil der noch lebenden ZwangsarbeiterInnen stellen, waren bis vor neun Jahren von Zahlungen ganz ausgeschlossen; nun sollen sie nur ein Drittel bis ein Viertel der Summe von 10.000.- Mark erhalten. Von den etwa zwei Millionen Menschen, die aus der Ukraine zur Zwangsarbeit verschleppt wurden,

hat ein Teil vor ein paar Jahren von der Bundesrepublik etwa 600 Mark pro Person erhalten. Auch die ehemaligen polnischen ZwangsarbeiterInnen sind über die Stiftung deutsch-polnische Aussöhnung in der Regel mit der Zahlung von 500 Mark abgespeist worden. Sie verlangen nun zu recht Gleichbehandlung.

Noch fehlen die Einlagen und Eingeständnisse wichtiger Konzerne, die von den Raubzügen der Nazis, den „Arisierungen" und der Ausbeutung der Arbeitssklaven profitierten. *Aktion Sühnezeichen* hat eine Liste aus dem „Catalogue of Camps and Prison" veröffentlicht und damit über 70 deutsche Unternehmen aufgefordert, sich an dem Entschädigungsfonds zu beteiligen. Zu diesen Firmen gehören auch die Howaldtswerke-Deutsche Werft AG in Kiel.

Alleine gegen deutsche und österreichische Banken liegen derzeit in den USA Sammelklagen mit Forderungen in Höhe von 18 Milliarden Dollar vor; demgegenüber will sich die Wirtschaft mit maximal drei Milliarden Mark aus ihrer Verantwortung stehlen. Das Auftreten von SPD-Kanzler Schröder und dem verhandlungsführenden Kanzleramtsminister Bodo Hombach hat dabei auch erpresserische Züge: So richtig es ist, daß eine rasche Lösung im Interesse der noch lebenden ZwangsarbeiterInnen ist, so zynisch wirkt es, wenn das hohe Alter vieler Betroffener nun gerade von denen in die Debatte eingebracht wird, die sich jahrzehntelang geweigert haben, ihren Anteil an den Verbrechen zuzugeben und Entschädigungen zu zahlen. Wenn Hombach also betont: „*Wer eine schnelle und unbürokratische Lösung wünscht, muß allerdings auch ein Maximum an Rechtssicherheit geben*", dann heißt das für viele der inzwischen betagten ehemaligen ZwangsarbeiterInnen nichts anderes als: entweder ihr nehmt jetzt das, was Euch angeboten wird und verzichtet auf alle weiteren Ansprüche - oder das ganze Verfahren zieht sich noch hin, womit dann die Zahl der EntschädigungsempfängerInnen weiter sinken dürfte.

VF

Ehemalige ZwangsarbeiterInnen fordern Entschädigung

Literatur zum Thema

Arbeiten für den Krieg -Deutsche und Ausländer in der Rüstungsproduktion bei Rheinmetall-Borsig 1943-1945, B. Kasper/L. Schuster/C. Watkinson, VSA-Verlag, Hamburg 1987

Arbeit für den Krieg, Gerd Wysocki, Steinweg-Verlag, Braunschweig 1992

Zwangsarbeit: Arbeit - Terror - Entschädigung, Geschichtswerkstatt Marburg, Ergebnisse Verlag, Hamburg 1989

Europa und der „Reichseinsatz" -Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge in Deutschland 1938-1945, Ulrich Herbert (Hg.), Klartext Verlag, Essen 1991

Verschleppt zur Sklavenarbeit-Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter in Schleswig-Holstein, Gerhard Hoch / Rolf Schwarz (Hg.), Alveslohe und Nützen 1985

Rüstungsproduktion und Zwangsarbeit im Volkswagenwerk 1939-1945, Klaus-Jörg Siegfried, Campus-Verlag, Frankfurt/Main 1986

„Partigiani"

Gegen Faschismus und deutsche Besatzung. Der Widerstand in Italien

Zur Geschichte der italienischen Resistenza gegen Faschismus und deutsche Besatzung 1943 - 1945. Eine Fotoausstellung des ISTORECO (Reggio Emilia/Italien) mit Begleitprogramm.

Partisanen in Genua mit gefangengenommenen deutschen Soldaten

Während der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland war das faschistische Italien Deutschlands engster Verbündeter. Mussolini, der Führer der italienischen Faschisten, hatte bereits 1922 vom König die Macht übertragen bekommen und prägte auch in ideologischer Hinsicht das nazistische Deutschland entscheidend mit. Mit dem Kriegseintritt Italiens an der Seite Deutschlands im Jahr 1940 entsteht der erste Widerstand gegen das faschistische Regime Mussolinis. Als die Alliierten 1943 in Sizilien landeten, trat die italienische faschistische Regierung zu den Alliierten über. Die Deutschen besetzten Nord- und Mittelitalien, Mussolini errichtete unter ihrem Schutz in Norditalien die Republik von Salo. In den Jahren der Besatzung verschleppten die Nationalsozialisten zahlreiche Juden, Mitglieder der italienischen Widerstandsbewegung und Soldaten, die nicht auf deutscher Seite weiter in den Krieg ziehen wollten, in Konzenrationslager oder als Zwangsarbeiter nach Nord- und Osteuropa. Italien blieb bis zum April 1945 in zwei Teile gespalten. Im nördlichen Teil entwickelte sich trotz blutiger Repression und bei nur geringer Unterstützung durch die Alliierten eine breite antifaschistische Streik-und Partisanenbewegung. Sie richtete sich auf der einen Seite gegen die italienischen Faschisten, auf der anderen Seite gegen die deutsche Besatzungsmacht. Im März 1944 betrug die Zahl der aktiven Partisanen 120.000, insgesamt wurden nach dem Krieg 358.000 WiderstandskämpferInnen anerkannt, 72.500 waren gefallen, 33.000 blieben Invaliden.

Das in Reggio Emilia/Norditalien ansässige „Institut für die Geschichte der Resistenza und für Zeitgeschichte" (Istituto per la storia della resistenza et della societa contemporenea die Reggio Emilia - ISTORECO -) erarbeitet zur Zeit eine in italienischer und deutscher Sprache abgefaßte Wanderausstellung, welche die Geschichte der Resistenza in ganz Italien dokumentiert. Im April wird die Ausstellung in Kiel (und damit erstmals in Deutschland) zu sehen sein. „Zeitzeichen", Verein für Politik, Geschichte und Dokumentation e.V. und KAGON (Autonome Gruppe) aus Kiel werden die Ausstellung vom 12.April bis zum 25.April im Kommunikationszentrum „pumpe" in Kiel zeigen. Für die Zeit während der Ausstellung ist ein Rahmenprogramm mit verschiedenen Veranstaltungen in den Ausstellungsräumlichkeiten geplant. Die Veranstalter möchten eine Reihe von Werkstattgesprächen mit HistorikerInnen und Zeitzeugen organisieren, in denen der Themenbereich „Deutsche Besatzung in Norditalien - italienische ZwangsarbeiterInnen in Schleswig-Holstein - die italienische Resistenza - Wehrmachtsdeserteure in der Resistenza" dargestellt und diskutiert werden kann. Ergänzt wird diese Reihe durch Vortragsveranstaltungen sowie Film- und Videovorführungen.

Das konkrete Programm und die genaueren Termine entnehmt bitte den Kieler Veranstaltungsmagazinen und/oder achtet auf entsprechende Ankündigungen, da bei Redaktionsschluß der *enough is enough* leider noch keine konkreten Termine feststanden.

Die Ausstellung „Partigiani" wird jedenfalls vom 12. bis zum 25.April 1999 in der „Galerie" der Kieler „pumpe", Haßstraße 22 zu sehen sein.

„Wir durften ja nicht sprechen. Sobald man Kontakt suchte mit irgendjemandem, hagelte es Strafen."

Ausstellung und Begleitveranstaltungen

vom 10 bis 29. Mai 1999, in der Stadtbücherei Kiel (Zentralbibliothek), Holstenbrücke 1, Mo-Fr 10-19 Uhr , Sa 10-14 Uhr

Die **Ausstellung** gibt Einblicke in das ehemalige Mädchenkonzentrationslager Uckermark. Dieses Lager war dem damaligen, nahe gelegenen Frauenkonzentrationslager Ravensbrück angeschlossen. Ein Teil des Lagers Uckermark diente in den späteren Jahren dem Konzentrationslager Ravensbrück als Vernichtungslager. Ca. 1200 Mädchen und junge Frauen, die offiziell im Alter von 16 bis 21 Jahren waren, wurden hier gequält, mißhandelt, getötet. Die Ausstellung richtet sich an Mädchen und Frauen sowie an Jungen und Männer. Die Ausstellungsstücke werden auf unterschiedlichen Höhen hängen, so daß es z.B. auch RollstuhlfahrerInnen möglich sein wird, die Ausstellung zu betrachten. In fünf **Begleitveranstaltungen** vom 10. Mai bis zum 25. Mai 1999 kommen Zeitzeuginnen zu Wort, die das Lager Uckermark erleiden mußten, sowie Frauen, die sich aus wissenschaftlicher Perspektive oder vor dem Hintergrund ihrer Familiengeschichte zum Thema äußern. In der Abschlußveranstaltung am 27. Mai 1999 wollen wir mit den Teilnehmerinnen nach Handlungskonsequenzen suchen. Die Begleitveranstaltungen richten sich ausschließlich an Mädchen und Frauen. Eine Gebärdendolmetscherin ist eingeplant.

Beginn der Veranstaltungen entnehmt bitte dem demnächst erscheinenden Programm. Alle Veranstaltungen finden in der Stadtbücherei Kiel (Zenralbibliothek), Holstenbrücke 1, stattAusstellung und Begleitveranstaltungen

„Das 'Jugendschutzlager' Uckermark – eine Einführung"
Eröffnungsveranstaltung mit Angelika Meyer
10. Mai 1999

„Mit dem schwarzen Winkel im KZ Ravensbrück"
mit Christa Schikorra und Ilse Heinrich
12. Mai 1999

"Ich war doch kein Unmensch ..."
Über die Fürsorgeerziehung im NS-Staat mit Emilija Mitrovic
17. Mai 1999

„Die Hempelsche - das Schicksal eines deutschen Kindes, das 1940 vor der Gaskammer umkehren durfte"
mit Elvira Manthey
19. Mai 1999

„Ich lebe, weil du dich erinnerst – Frauen und Kinder in Ravensbrück"
mit Dunya Breur
25. Mai 1999

„Das Erbe antreten"
Abschlußveranstaltung
27. Mai 1999

Deutsches Militär - von Massenmördern geprägt?

Seit dem Bekanntwerden des Auftritts von Neonazi Manfred Roeder bei der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg Ende 1997 wird dem Zusammenhang von Bundeswehr und extrem rechten Einstellungen und Aktivitäten wieder etwas mehr Aufmerksamkeit zuteil. Neben Ulrich Sanders „Szenen einer Nähe. Vom großen RechtsUm bei der Bundeswehr" liegt nun die Untersuchung von Lorenz Knorr „Rechtsextremismus in der Bundeswehr" vor.

Ausgangspunkt der Untersuchung des früheren Bundessprechers der VVN/BdA und langjährigen Vizepräsidenten des Internationalen Verbindungsforums der Friedenskräfte ist die militärische Zerschlagung des Faschismus: „*Nach dem 8. Mai 1945 galt es also nicht nur, faschistische und militaristische Verbände ein für allemal auszuschalten und deren führenden Repräsentanten sowie den einflußreichen Helfershelfern des NS-Regimes einen erneuten Zugriff auf Machtpositionen zu versperren. Faschismus und Militarismus wollte man ... für immer ausschalten - und zwar mit ihren sozialstrukturellen Wurzeln. Das bedeutet, Staat und Wirtschaft derart zu demokratisieren, daß eine öffentlich unkontrollierte Zusammenballung von Macht unmöglich sein würde.*" (S. 10) Daß dies für die Bundeswehr nicht gelang, macht Knorr anhand vieler konkreter Nachweise, aber auch anhand einer Einordnung einzelner Entwicklungen in ihren historischen Zusammenhang deutlich.

So gab etwa die von den USA forcierte Politik des „Kalten Krieges" den Rahmen für die Gründung der Bundeswehr und ihre Einschwörung auf das Feindbild „Kommunismus" ab; der Aufbau der deutschen Streitkräfte nach 1945 war stark von ehemaligen Offizieren der Wehrmacht des NS-Regimes geprägt. Knorr zeigt dies u.a. am Werdegang einiger führender Militärs, wie z.B. General Hans Speidel oder dem ersten Generalinspekteur der Bundeswehr, Adolf Heusinger, der „*nach Dokumentenlage und militärischer Stellung zu den wichtigsten Kriegsverbrechern der faschistischen Wehrmacht*" (S. 57) zählt.

Anschaulich schildert Knorr auch die Entwicklung des Traditionsverständnisses der Bundeswehr sowie die verschiedenen Strömungen in der Bundeswehr und ihre Stellung zum Konzept der „Inneren Führung". Dabei zeigt er, daß dieses Konzept - von offizieller Seite als markanteste Unterscheidung zur Nazi-Wehrmacht gerne öffentlich betont - in den Streitkräften nie dominiert hat, immer wieder politischen Angriffen ausgesetzt war und heute weitgehend ausgehöhlt ist. Fast in Vergessenheit geraten sind in diesem Zusammenhang etwa die „Denkschriften" und Aktivitäten der Generale Grashey, Schnez und Karst.

Zwar bietet Knorrs Arbeit für KennerInnen nicht viel Neues und über manche politische Bewertung ließe sich sicherlich streiten (neben einer Vielfalt von antifaschistischen Aktivitäten blieben antisemitische, aggressiv antikommunistische und faschistische Denkmuster auch nach 1945 in beträchtlichem Umfang lebendig), als Überblicksdarstellung ist sie allerdings zu empfehlen.

Lorenz Knorr
Rechtsextremismus in der Bundeswehr
Deutsches Militär - von Massenmördern geprägt?
Verlag für Akademische Schriften
Frankfurt 1998
270 Seiten, DM 29,80

Was auch immer geschieht,
nie dürft ihr so tief sinken,
von dem Kakao, durch den man euch zieht,
auch noch zu trinken.
-Erich Kästner-

Noch ein 100. Geburtstag: Erich Kästner (* 23.2.1899)

Erich Kästner
23.02.1899 - 29.07.1974

„... so wäre alles gut und schön, wenn er an Wunder glaubte ... "

Im letzten Jahr Bertolt Brecht, in diesem Jahr Erich Kästner: Wieder gibt es den einhundertsten Geburtstag eines deutschen Schriftstellers zu feiern, wiederum leider in Abwesenheit des zu Ehrenden. Das ist bei der Art des Jubiläums nicht weiter verwunderlich, aber um so bedauerlicher, als es dadurch Unberufenen leichter wird, die Feiern zu gestalten: Auch Roman Herzog beispielsweise wird aus diesem Anlaß einen Empfang geben. Aber, mag man fragen, was soll daran so problematisch sein: Auch Roman Herzog mag an „Emil und die Detektive" seine Freude gehabt haben, und staatsgefährdend ist diese Literatur wohl kaum, der Klassenkampf war Kästners Sache nicht – so what? Weshalb überhaupt in einer antifaschistischen Zeitschrift viel Worte über Kästner machen? Nun: Wer so fragt, kennt Kästner nicht oder zu wenig; ich gehe davon aus, daß das für etliche LeserInnen der „enough ... " gilt ('tschuldigung!); Kästner zu kennen, lohnt sich aber sehr - deshalb also diese und die folgenden Worte. Und gleich ein Literaturtip. Einem Aufsatz Rudolf Walter Leonhardts in der „Zeit" entnehme ich ein Zitat aus der Kästner-Biografie von Werner Schneyder (die ich nicht gelesen habe, der Tip gilt also auch für mich), ein Zitat, das zumindest eine vor mehr als 30 Jahren existente Denk-Strömung richtig wiedergibt, wenn es auch nicht umfassende Gültigkeit hat: "Den Jungen war über Eltern und Lehrern ein ganzes Lebensalter verdächtig geworden. Alles, was dieser Generation angehörte, konnte nur spießig, faschistoid, Feindbild sein. Erich Kästner war für die, die in den sechziger Jahren zu denken und zu handeln begannen, von vornherein einer von jenen. Er entstammte einer Generation, die den Faschismus nicht verhindert hatte ... Es war diesen Jungen eher ein Rätsel, warum ein Verfasser einer Geschichte wie *Das doppelte Lottchen* von den Nazis geächtet war."

Aber das wurde er, und seine Bücher wurden verbrannt

Erich Kästner ist während der Nazizeit in Deutschland geblieben, da ihm „akute Lebensgefahr" nicht drohte und er „Augenzeuge bleiben und eines Tages schriftlich Zeugnis ablegen" wollte. Das hat er aus seiner Sicht getan, dazu hat er u.a. zu verschiedenen Zeiten im „Dritten Reich" Tagebuch geführt, er hat seine Schlußfolgerungen in Aufsätzen und Theaterstücken öffentlich gemacht. Er war aktiv gegen Wiederbewaffnung und Atomrüstung; keine Politikerin und kein Politiker, die zur Zeit über den Einsatz deutscher Truppen im Kosovo nachdenken, dürfte Platz auf einer Kästner-Geburtstagsfeier haben. Im Folgenden soll Kästner – der unbekanntere, der „politische" Kästner – vor allem selbst zu Wort kommen, auch über sich selber. Nur ein äußerst beschränkter Einblick in Kästners Denken kann hier gegeben werden – seine „Gesammelten Schriften für Erwachsene" bleiben zum Entdecken und zur Auseinandersetzung empfohlen.

Über das Verbrennen von Büchern

Am 10. Mai 1958 sagte Kästner auf einer Veranstaltung des PEN-Clubs zum 25. Jahrestag der von den Nazis organisierten Bücherverbrennung unter anderem: „Ich habe mich, damals schon und seitdem manches Mal gefragt: 'Warum hast du, am 10 Mai 1933 auf dem Opernplatz in Berlin, nicht widersprochen? Hättest du, als der abgefeimte Kerl eure und auch deinen Namen in die Mikrophone brüllte, nicht zurückschreien sollen?' Daß ich dann heute nicht hierstünde, darum geht es jetzt nicht. Nicht einmal, daß es zwecklos gewesen wäre, steht zur Debatte. Helden und Märtyrer stellen solche Fragen nicht. (...) Als ich in jener Zeit, anläßlich der Amateurboxmeisterschaften, im Berliner Sportpalast saß und als zu meiner Überraschung bei jeder Sieger-Ehrung die Besucher aufstanden, den Arm hoben und die beiden Lieder sangen, blieb ich als einziger sitzen und schwieg. Hunderte schauten mich drohend und lauernd an. Nach jedem Boxkampf wurde das Interesse an mir größer. Trotzdem lief dieses Nebengefecht des Abends, zwischen dem Sportpalast und mir, glimpflich ab. Es endete unentschieden. Was ich getan, genauer, was ich nicht getan hatte, war beileibe keine Heldentat gewesen. Ich hatte mich nur geekelt. Ich war nur passiv geblieben. Auch damals und sogar damals, als unsere Bücher brannten. Ich hatte angesichts des Scheiterhaufens nicht aufgeschrien. Ich hatte nicht mit der Faust gedroht. Ich hatte sie nur in der Tasche geballt. Warum erzähle ich das? Warum mische ich mich unter die Bekenner? Weil, immer wenn von der Vergangenheit gesprochen wird, von der Zukunft die Rede ist. Weil keiner unter uns und überhaupt niemand die Mutfrage beantworten kann, bevor die Zumutung an ihn herantritt. Keiner weiß, ob er aus dem Stoffe gemacht ist, aus dem der entscheidende Augenblick Helden formt. Kein Volk und keine Elite darf die Hände in den Schoß legen und darauf hoffen, daß im Ernstfall, im

ernstesten Fall, genügend Helden zur Stelle sein werden." (Gesammelte Schriften für Erwachsene, München/ Zürich 1969, Band 8, S. 283/284)

Am Schluß dieses Artikels werde ich auf diese Rede noch einmal zurückkommen. Bemerkenswert ist an dieser Stelle vielleicht, daß Kästner nicht nur dieses eine Mal ein Verbrennen seiner Bücher erleben mußte. Im Oktober 1965 – nun zitiere ich wieder – „hat in Düsseldorf eine Jugendgruppe des „Bundes Entschiedener Christen", wohlversehen mit Gitarrenbegleitung, einem evangelischen Pressefotografen und zwei etwa dreißigjährigen Diakonissinnen, am Ufer des Rheins Bücher verbrannt. Unter Absingung frommer Lieder. Mit Genehmigung des Amtes für öffentliche Ordnung. Und, wie dergleichen zu geschehen pflegt: spontan. Die jungen Protestanten hatten ihren spontanen Entschluß bei besagtem Amte vier Wochen vorher angemeldet, und die Polizei hatte das Autodafe´ erlaubt. Wegen des feuergefährlichen Funkenflugs allerdings nicht auf dem im Gesuch erwähnten Karlsplatz, sondern am Rheinufer. Hier wurden dann also, neben Schundheften, Bücher von Camus, der Sagan, von Nabokov, Günter Grass und mir mit Benzin begossen und angezündet. Die Schundhefte waren jugendliches Eigentum. Den literarischen Teil des Zündstoffs hatte man aus den Regalen von Eltern und entfernteren Verwandten entfernt, beizeiten ins Jugendheim gebracht und dort in Pappkartons deponiert gehabt. Spontaneität ist seit alters ein schönes Vorrecht der Jugend. (....)

... die kleinen Brandstifter ... wiesen jede Anspielung auf die Bücherverbrennung vom 10. Mai 1933 entrüstet von sich. In einer ihrer Bibelstunden war von einem Briefe des Apostels Paulus an die Epheser die Rede gewesen und von der Verbrennung heidnischer Zauberbücher. Nicht Goebbels, sondern Paulus hatte sie inspiriert. Sie kannten nicht die deutsche, sondern die Apostelgeschichte. (...)

Jedermann hat das Recht, Literatur, die er mißbilligt, im Ofen oder auf dem Hinterhof zu verbrennen. Aber ein öffentliches Feuerwerk veranstalten, das darf er nicht. Auch nicht, wenn er ein entschiedener Christ ist. Auch nicht, wenn es die Polizei erlaubt. Auch nicht, wenn der Oberbürgermeister nichts dabei findet. Und nicht einmal, wenn der Oberbürgermeister Sozialdemokrat ist. ... " (a.a.O., S. 195 – 197). Soweit zu Kästners Begegnung mit christlichem Fundamentalismus; kurze Zeit nach dem empörenden Vorfall haben übrigens auf einem CVJM-Kongreß fast 200 deutsche Delegierte die Bücherverbrennung ausdrücklich begrüßt; es war die Zeit, in der Ludwig Ehrhardt unliebsame Intellektuelle als „Pinscher und Uhus" bezeichnete (bei F. J. Strauß hieß das später „Ratten und Schmeißfliegen").

Das Dritte Reich ist vorbei, und man wird daraus Bücher machen

„Das Dritte Reich ist vorbei, und man wird daraus Bücher machen. Miserable, sensationelle und verlogene, hoffentlich auch ein paar aufrichtige und nützliche Bücher. Eine psychologische Untersuchung, die sich mit dem Verhalten des Durchschnittsbürgers beschäftigt, wird nicht fehlen dürfen. Und sie könnte etwa 'Die Veränderbarkeit des Menschen unter der Diktatur' heißen. Ohne eine solche Analyse stünden die fremden Rächer, Forscher, Missionare und Gruselgäste ohne Leitfaden im Labyrinth. Sie wissen nicht aus noch ein. Und auch wir, die im Labyrinth herumtappten, als es noch kein Museum war, sondern als der Minotaurus und seine Opfer noch lebten, auch wir werden das Buch nötighaben. Verständnis und Selbstverständnis sind erforderlich. Verständnis bedeutet nicht Einverständnis. Alles verstehen und alles verzeihen sind keineswegs ein und dasselbe. Doch wer kein Zyniker oder Pharisäer und wer erst recht kein blinder Richter sein möchte, der muß nicht nur wissen, was geschehen ist. Er wird studieren müssen, wie es geschehen konnte. Er wird umlernen müssen. Andernfalls gliche er einem Ignoranten, der über die Eigenschaften des Wassers spräche, ohne zu wissen, wie sich Wasser unterm Null- und überm Siedepunkt zu verhalten pflegt. Auch der Mensch kann den Aggregatzustand wechseln. Wasser verwandelt sich bei großer Kälte und Hitze, der Mensch unter großem Druck. Daß er bis zur Unkenntlichkeit veränderbar ist, fällt nicht sofort auf, da er den aufrechten Gang und die gewohnten Gesichtszüge beibehält. Auch die Intelligenz und der Fortpflanzungstrieb bleiben intakt. Nur der Schlaf und der Appetit sind vorübergehend gestört, und zwar im ersten Stadium der sich unter ständig wachsendem Druck vollziehenden Veränderung. Denn in diesem ersten Stadium hat er noch Angst. Er hat Angst vor wirtschaftlichem Ruin, vorm Gefängnis, vor Schlägen, vor Fußtritten, vor der Peitsche, vor Hunger und Siechtum, Angst ums Leben der Angehörigen, Angst vorm eigenen Tod und Angst, aus Angst zu lügen und zu verraten. Im zweiten Stadium der Veränderung unter Druck hat er nur noch eine einzige Angst: etwas anderes zu sagen, als man von ihm hören will. Und im dritten Stadium hat er überhaupt keine Angst mehr. Das Verfahren, ihn unter Druck zu verändern, ist geglückt. Er hat den Aggregatzustand gewechselt. Er ist, weil man mit ihm zufrieden ist, mit sich zufrieden. Er ist glücklich, weil er, nun aus freien Stücken, die Ansichten der herrschenden Verbrecher teilt. Sollten sie ihn, wegen einer abweichenden, womöglich humanen Meinung oder Handlung, vor Gericht stellen, bedürften sie keines Anklägers. Er wäre über seinen Rückfall am meisten empört. Er bäte um seine Hinrichtung und stürbe als glücklicher Mensch. Er stürbe, genauer, nicht als das, was man andernorts einen Menschen nennt, aber er stürbe glücklich. Im besten Einvernehmen mit Herrscher und Henker. ... " (Tagebuch Mayrhofen II, 15. Juni 1945. Gesammelte Schriften... 6, S. 187/ 188)

Euch liegt der Rohrstock tief im Blut

„Immer wieder wird der amerikanische Vorwurf, die deutschen Gegner

der Diktatur hätten kläglich versagt, als ungerecht empfunden. Wer so abschlägig urteile, heißt es, sei ein Ignorant oder ein Pharisäer oder beides. Man habe, heißt es, sowenig tun können wie ein Gefesselter, der zusehen muß, wie seine Frau und seine Kinder gequält werden. Ich weiß, daß der Vergleich zutrifft. Trotzdem fürchte ich, daß auch der Vorwurf stimmt. Wir nehmen die Bibelzeile 'Seid untertan der Obrigkeit, die Gewalt über euch hat!' wörtlicher als andere Völker. Wir bleiben untertänige Untertanen, auch wenn uns größenwahnsinnige Massenmörder regieren. Und was uns an der Empörung hindert, sind nicht nur die Fesseln. Was uns lähmt, ist nicht nur die nackte Furcht. Wir sind bereit, zu Hunderttausenden zu sterben, sogar für eine schlechte Sache, doch immer auf höheren Befehl. Wir opfern uns en gros und auf Kommando. Wir sind keine Attentäter, auch für die edelste Sache nicht, gerade hierfür nicht. Unsere Attentate mißlingen. Es gehört zum Charakter. Wir sind politisch subaltern. Wir sind Staatsmasochisten. 'Euch liegt der Rohrstock tief im Blut', habe ich einmal geschrieben. Den Rest an Einzelmut beseitigt die Erziehung. 'Es ist schade um die Menschen', sagt Indras Tochter im 'Traumspiel'. Es ist schade um die Deutschen. Sie haben eine Tugend und ein Talent zuwenig. Es fehlt ihnen das Zeug zur Nation. Nun haben ihnen die Sieger die Abrechnung mit der Diktatur abgenommen, die spontane Vergeltung, das Ziehen des Schlußstrichs, die Bilanz der Rache, die selbständige Rückkehr in die Ordnung der Völker. Das Ausland vollzieht die Liquidation, und die deutschen Gläubiger gehören zur Konkursmasse. War eine andere Lösung abzusehen? Wo war, vor zwei Monaten, unser eigener Wille zur Abrechnung? Wo war die zum Tribunal entschlossene und legitimierte Minderheit? Die Halbtoten aus den Konzentrationslagern kamen ins Lazarett. Wer Uniform trug, kam hinter Stacheldraht. Die Minorität war nicht aktionsfähig. Und es ist die Frage, ob sie gehandelt hätte, wenn sie zu Handeln imstande gewesen wäre. Das es die Frage ist, verbirgt und verhüllt die Antwort." (Tagebuch Schliersee, 9. Juli 1945. Ges. Schriften... 6, S. 226/227)

Kästner über Kästner

Vor dem Züricher PEN-Club übernahm Kästner, der dort als Gast geladen war, einmal seine eigene Vorstellung. Kästner über Kästner liest sich u.a. so: „Als ich ihn einmal fragte, warum er neben seinen bitterbösen Satiren Bücher für kleine Jungen und Mädchen schreibe, gab er eine Antwort, die uns aus der Klemme helfen kann. Die Attacken, sagte er, die er, mit seinem als Lanze eingelegten Bleistift, gegen die Trägheit der Herzen und gegen die Unbelehrbarkeit der Köpfe ritte, strengten sein Gemüt derartig an, daß er hinterdrein, wenn die Rosinante wieder im Stall stünde und ihren Hafer fräße, jedesmal von neuem das unausrottbare Bedürfnis verspüre, Kindern Geschichten zu erzählen. Das täte ihm über alle Maßen wohl. Denn Kinder, das glaube und wisse er, seien dem Guten noch nahe wie Stubennachbarn. Man müsse sie nur lehren, die Tür behutsam aufzuklinken... Und als er immer wieder von 'gut' und von 'böse', von 'dumm' und 'vernünftig', von 'erziehbar' und von 'unverbesserlich' daherredete, ging mir ein Licht auf. Ich hatte ihm eine verkehrte Mütze aufgesetzt und mich gewundert, daß sie ihm nicht passen wollte! Hier lag der Grund begraben! Unser Gast, meine Damen und Herren, ist gar kein Schöngeist, sondern ein Schulmeister! Betrachtet man seine Arbeiten – vom Bilderbuch bis zum verfänglichsten Gedicht – unter diesem Gesichtspunkte, so geht die Rechnung ohne Bruch auf. Er ist ein Moralist. Er ist ein Rationalist. Er ist ein Urenkel der deutschen Aufklärung, spinnefeind der unechten 'Tiefe', die im Lande der Dichter und Denker nie aus der Mode kommt, untertan und zugetan den drei unveräußerlichen Forderungen: nach der Aufrichtigkeit des Empfindens, nach der Klarheit des Denkens und nach der Einfachheit in Wort und Tat. Er glaubt an den gesunden Menschenverstand wie an ein Wunder, und so wäre alles gut und schön, wenn er an Wunder glaubte, doch eben das verbietet ihm der gesunde Menschenverstand. Es steckt jeder in seiner eigenen Zwickmühle. Und auch unser Gast hätte nichts zu lachen, wenn er nicht besäße, was Leute, die nichts davon verstehen, seinen 'unverwüstlichen und sonnigen Humor' zu nennen pflegen." (G.S. ... 7, S. 297/298)

Man muß den rollenden Schneeball zertreten

Zum Schluß, wie angekündigt, noch etwas aus der Rede „Über das Verbrennen von Büchern".

„Die Ereignisse von 1933 bis 1945 hätten spätestens 1928 bekämpft werden müssen. Später war es zu spät. Man darf nicht warten, bis der Freiheitskampf Landesverrat genannt wird. Man darf nicht warten, bis aus dem Schneeball eine Lawine geworden ist. Man muß den rollenden Schneeball zertreten. Die Lawine hält keiner mehr auf. Sie ruht erst, wenn sie alles unter sich begraben hat. Das ist die Lehre, das ist das Fazit dessen, was uns 1933 widerfuhr. Das ist der Schluß, den wir aus unseren Erfahrungen ziehen müssen, und es ist der Schluß meiner Rede. Drohende Diktaturen lassen sich nur bekämpfen, ehe sie die Macht übernommen haben. Es ist eine Angelegenheit des Terminkalenders, nicht des Heroismus. Als Ovid sein 'Pricipiis obsta!' niederschrieb, als er ausrief: 'Bekämpfe den Beginn!', dachte er an freundlichere Gegenstände. Und auch als er fortfuhr: 'Sero medicina paratur!', also etwa 'Später helfen keine Salben!', dachte er nicht an Politik und Diktatur. Trotzdem gilt seine Mahnung in jedem und auch in unserem Falle. Trotzdem gilt sie auch hier und heute. Trotzdem gilt sie immer und überall." Auch heute. Und hier. Mit unserem Kampf für eine Zukunft ohne Faschismus und Krieg erfüllen wir das eigentliche Vermächtnis auch des Humanisten und Antifaschisten Erich Kästner. Angesichts der heutigen Naziumtriebe und der politischen Rechtsentwicklung in vielen Bereichen gilt auch uns die Mahnung:

Zertreten wir den Schneeball!

Dietrich Lohse

Im Namen des Spießervolkes ergeht folgendes Urteil

Wir, Otto Schily, Innenminister und Abschieberichter von seiner Schröder Gnaden, erklären die kurdischen Menschen in Deutschland für schuldig im Sinne der Anklage.

Sie haben wiederholt gegen folgende Gesetze verstoßen:

1. Aufenthalt auf deutschen Straßen.

2. Aufenthalt in Gebäuden welche auf deutschem Boden liegen, aber anderer Staaten gehören und diesen als Botschaften dienen.

3. Zerstörung deutscher Fensterscheiben.

4. Zerstörung deutscher und japanischer Autos.

5. Zeigen von Bildern einer Person, die Staatsfeind einer befreundeten Nation ist.

6. Skandieren von Parolen, die Frieden in einem Gebiet proklamieren, in dem eine befreundete Nation Krieg führt.

7. Widerstand gegen Schläge von deutschen Polizeibeamten.

8. Provokation von Sicherheitskräften einer befreundeten Nation, bis diese Sicherheitskräfte unbewaffnete Menschen erschießen mußten, was zu schwerwiegenden Traumata der Sicherheitskräfte führen könnte.

9. Permanentes Beharren auf internationale Abkommen.

10. Stetiges Erinnern an die Menschenrechte.

Die Angeklagten werden zur Höchststrafe verurteilt. Sie sollen gefoltert und hingerichtet werden. Die Strafe ist sofort nach der Abschiebung zu vollstrecken.

Begründung

Die Straftatbestände sind hinlänglich bewiesen. Wir verweisen auf die Beweisstücke Nr. 1 bis Nr. 1243, insbesondere die Zeitungsartikel aus *BILD* 16. – 21. Februar 1999, die Mitschnitte von *RTL* aus dem gleichen Zeitraum und diverse Zeugenaussagen christlicher und sozialdemokratischer Politiker. Weiterhin verweisen wir auf die Bekundungen der Angeklagten selber, die speziell die Tatbestände 6, 9 und 10 in vollem Umfang erfüllen.

Die Argumentation der Verteidigung, daß das von der Anklage geforderte Strafmaß unzulässig sei, da in Deutschland weder Folter noch Todesstrafe zulässig seien, greift nicht. Die Strafe wird nicht in Deutschland vollstreckt. Sonst könnten wir uns gleich die hohen Abschiebekosten sparen.

Auch korrespondieren die Argumente der Verteidigung, in der Türkei würde ein schmutziger Krieg gegen die Angeklagten geführt, der auch mit deutschen Waffen unterstützt werde, daher die Angeklagten in Notwehr gehandelt hätten, nicht mit den Bekundungen der Zeugen Ecevit, Fischer und der Herren der verschiedenen Wirtschaftsunternehmen, die hier vor diesem Gericht aufgetreten sind. Alle Zeugen haben übereinstimmend erklärt, daß die Türkei lediglich gegen einige wenige Terroristen vorgeht, welche das Staatswesen der Türkei stürzen wollen, sich gegen die praktizierte Ordnung des Militärs auflehnen und ein Gebiet für sich beanspruchen, das militär-strategisch von großer Bedeutung für das Abendland ist, und dessen Ölvorkommen auch deutschen Unternehmen zugänglich gemacht werden sollen.

Umstände, welche geeignet sind, das Strafmaß zu mildern, sind nicht ersichtlich. Das Gericht hat den Angeklagten mehrmals nahegelegt, von ihrem Irrweg abzugehen, wie es beispielsweise das Gericht selber vorgemacht hat. Das Gericht räumt ein, einst selbst an wirre Ideen von Menschenwürde und individuellen, nicht veräußerbaren Rechten geglaubt zu haben, und sogar Staatsfeinde juristisch vertreten zu haben, in der Annahme, daß unser Gemeinwesen solche rechtsstaatlichen Maßnahmen verlange.

Wie es das Gericht vorgemacht hat, stand es auch den Angeklagten frei, Reue zu zeigen. Sie hätten nichts weiter tun müssen, als ihre ermordeten und gefangenen Verwandten, ihre zerstörten Dörfer und ihr geknebeltes Volk zu vergessen, sowie die Maßnahmen einer befreundeten Nation zur Ergreifung eines Staatsfeindes zu tolerieren. Die Angeklagten haben sich jedoch uneinsichtig gezeigt.

Somit ist die Höchststrafe ein angemessenes Mittel zur Befriedung Deutschlands. Gegen dieses Urteil ist der Widerspruch unzulässig.

Das Gericht weist an dieser Stelle alle Mutmaßungen über Beeinflussung des Gerichtes seitens rassistischer Kreise weit von sich. Diese Beeinflussung hat natürlich niemals stattgefunden und wäre überdies für dieses Urteil nicht vonnöten gewesen.

Die Verfassung... Entschuldigung... Verhandlung ist geschlossen.

HPW

Hier gibt's die „Enough“!

Infoladen, Hafermarkt 6, 24943 Flensburg
Carl v. Ossietzky-Buchhandlung, Heiligengeistgang 9, 24937 Flensburg
Vaikuntha, Süderfischer Str. 24, 24937 Flensburg

Infoladen Beau Rivage, Hansastr. 48, 24118 Kiel
Zapata Buchhandlung Jungfernstieg 27 & Medusastr. 16, 24143 Kiel
Trau Dich, Holtenauer Straße 92, 24105 Kiel

Café Themroc, Kulturwerkstatt Forum e.V., Wieksbergstraße 2, 23730 Neustadt

Info Café, AJZ, Neumünster

Peter-Panther-Buchladen Zingelstr. 12, 25704 Meldorf

Café Brazil, alternative, Willy-Brand-Allee 9, 23554 Lübeck
Infoladen im Akzent, Fleischhauerstr. 32, 23552 Lübeck

Dritte Welt-Laden, Lübecker Str., 23843 Bad Oldesloe
Inihaus, Turmstraße 14, 23843 Bad Oldesloe

Dritte Welt-Laden, 22926 Ahrensburg

Autonomes Jugendhaus, Lübecker Str. 45, 22941 Bargteheide

Autonomer Infoladen Aurora
Soziales Zentrum, Ulzburger Str. 6a, 22850 Norderstedt

Verein Miteinanderleben e.V., Lohgerbergang, 23879 Mölln

Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg
Café & Buch, Marktstr. 114, 20357 Hamburg
Buchladen, Osterstr. 156, 20255 Hamburg
Buchhandlung im Schanzenviertel, Schulterblatt 55, 20357 Hamburg
B5 (Info)-Café, Brigittenstr. 5, 20359 Hamburg

NICHT
SONDERN
BEKÄMPFEN